

NEUE ZEIT

JULI 1980

29

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Dölliner Str. 13/14
Fernruf 24305



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum

Unterschrift des Leiters

**CITIUS,
ALTIUS,
FORTIUS**



7500-71014

14159-29 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ

PSF-77



SOWJETUNION IM BILD

Eine estnische Sage erzählt vom bösen Zauberer Järvevana, der im See Olemiste lebt und Tallinn versenken will. Doch kann er das nur, wenn die Stadt fertiggebaut ist. So steigt der Zauberer jährlich eines Herbstnachts aus seinem See und fragt den ersten, der ihm in den Weg läuft: „Ist Tallinn nun schon fertiggebaut?“ Und stets lautet die Antwort: „Ach wo, an der Stadt wird noch gebaut!“ Järvvana taucht wieder in seinem See...

Jede Sage enthält ein Körnchen Wahrheit. Tallinn ist immer in Bau, ganz besonders aber in diesem Sommer. Die Hauptstadt der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik, die 1980 den 40. Jahrestag der Wiederherstellung der Sowjetmacht feiert, nimmt Olympiade-Gäste auf. Die altehrwürdige Stadt hat sich schön gemacht. Die berühmte Altstadt (Toompea) wurde restauriert. Neben dem Hotel „Viru“ ist das Hochhaus des Hotels „Olümpia“ entstanden. Ein neuer Flughafen wurde in Betrieb genommen, der alte stille Vorort Pirita zu einem modernen Segelsportzentrum ausgebaut, wo bald die olympische Regatta abgehalten wird. An der malerischen Küste der Tallinn-Bucht ragen



die Häuser des Olympischen Zentrums empor. Ringsum alles, was die Sportler brauchen: der günstig gelegene Hafen, Hellinge, Reparaturwerkstätten, das erstklassige Hotel „Sport“, ein internationaler Klub.

Zum umfangreichen Kulturprogramm der Olympiade gehört das traditionelle Singfest, auf dem ein vereinigter Chor von 32 000 Personen auftritt und dem bis zu einer Viertelmillion Zuhörer beiwohnen.

Das Symbol der olympischen Regatta in Tallinn ist der reizende Robbenjunge Vigri.



Das
Olympische
Segelsport-
zentrum



Alt und neu
fügen sich
harmonisch
ineinander



Modernste
Technik für die
Kommentatoren
der Tallinner
Regatta

Fotos:
A. Motschalgin

HUMANE OLYMPISCHE IDEEN

Die im Altertum aufgekommenen Olympiaden leben fort. Was ist der Grund? Bestimmt nicht nur der Umstand, daß die Menschen sich für die Kraft, Ausdauer und Geschicklichkeit der Sportler begeistern. Eine Antwort finden wir in den Statuten der Spiele. Dort heißt es u. a.: „Die Ziele der olympischen Bewegung sind: Zur Entwicklung jener schönen körperlichen und moralischen Eigenschaften beizutragen, die die Grundlage des Sports bilden; die Jugend durch Sport im Geiste der besseren Verständigung und der Freundschaft zu erziehen, was eine bessere und ruhigere Welt schaffen hilft; die Olympischen Prinzipien in der ganzen Welt zu verbreiten, um internationalen guten Willen zu fördern; die Athleten der Welt alle 4 Jahre beim großen Sportfest, den Olympischen Spielen, zu vereinigen.“

In diesen Tagen werden zwei Milliarden Menschen auf allen Kontinenten den Verlauf der Moskauer Olympiade verfolgen, und man stellt sich kaum vor, daß die Wiederbelebung der antiken Olympiaden nur mit Schwierigkeiten verwirklicht werden konnte. Ihr tiefer Sinn wurde mit großer Energie Ende des vorigen Jahrhunderts vom hervorragenden französischen Pädagogen und Vertreter der Öffentlichkeit Pierre de Coubertin propagiert. Er sagte: „Lassen Sie uns nicht in der Aufrüstung, sondern im Rudern wettstreiten... In den Stadien müssen Menschen der verschiedenen Nationalitäten zusammentreffen. Mag dies ein beharrlicher, kompromißloser Kampf sein. Aber ein friedlicher Kampf.“ Es wundert nicht, daß die neuen Olympiaden sehr viele Sportler anziehen, die ihre Rivalen nicht nur übertreffen, sondern auch besser kennenlernen wollen. Die Atmosphäre der Spiele begünstigt die freundschaftlichen Kontakte der Sendboten verschiedener Länder und Kontinente.

Man kann jenen Sportlern, die sich seit Jahren auf dieses Ereignis vorbereiteten und diese Spiele womöglich in ihr Leben eingeplant

hatten, nun aber nicht an der Olympiade teilnehmen können, nur sein Mitleid ausdrücken. Bitternis und Enttäuschung empfinden heute jene Sportler, mit denen Washington sein unfaires Spiel getrieben hat. Der Boykott hat schmerzlich auf die Sportler jener Länder zurückgeschlagen, die der törichten Erpressung nachgaben. Letzten Endes ist dieses reaktionäre Unterfangen bekanntlich gescheitert. Alle Kontinente haben die Moskauer Olympiade besucht.

Die Hauptstadt der XXII. Olympiade empfängt die Gäste mit offenen Armen. Alles ist getan, damit das grandiose Sportforum erfolgreich verläuft. An der Vorbereitung der Spiele haben praktisch alle Sowjetbürger — auch durch freiwillige Einsätze auf Baustellen, beim Sommerputz usw. — teilgenommen. In kurzer Zeit wurden 70 olympische Objekte, viele davon von einzigartiger architektonischer Lösung, gebaut bzw. rekonstruiert. Den Gästen wird ein sehr reiches Kulturprogramm geboten. Wie Leonid Breshnew in seinem Grußschreiben an die Erbauer der olympischen Bauten in Moskau schrieb, „erfüllt die UdSSR bei der Vorbereitung der XXII. Olympiade voll und ganz die übernommenen Verpflichtungen“.

Daß Moskau auf die Spiele in hohem Grade vorbereitet ist, wird von vielen schon eingetroffenen Gästen und Sportlern betont. IOC-Präsident Lord Killanin hob hervor: „Seit Jahren habe ich die Vorbereitungen Moskaus auf die Olympischen Spiele verfolgt. Sie verliefen gut und sind ausgezeichnet abgeschlossen.“

Die Moskauer Olympiade verspricht trotz der Abwesenheit einiger Länder interessant zu werden. Abraham Ordia, Präsident des Obersten Sportrates Afrikas, erklärte: „Entgegen den Versuchen bestimmter Kreise, die Olympiade in Moskau zu vereiteln, wird sie bestimmt erfolgreich sein und neue hohe sportliche Leistungen und Rekorde bringen. Dazu bestehen in der Hauptstadt und den anderen sowjetischen Städten, in denen die Wettbewerbe stattfinden werden, ausgezeichnete Voraussetzungen.“

Obwohl die Moskauer Spiele die Ordnungszahl XXII. tragen, fielen drei der erneuerten Olympiaden aus — jedesmal wegen eines Kriegs: 1916 (VI. Olympiade), 1940 und 1944 (XII. bzw. XIII. Olympiade). Seit den XIV. Olympischen Spielen 1948 wird der traditionelle vierjährige Zyklus strikt eingehalten: Die Menschheit hat einen großen Krieg zu vermeiden gewußt. Auch die Olympische Bewegung trägt zur Festigung des Friedens, zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zwischen den Völkern bei. Zweifellos werden auch die XXII. Olympischen Spiele, die erstmalig in der Hauptstadt eines sozialistischen Staates abgehalten werden, ein weiterer Beitrag zum Frieden, zur Eintracht, zur Annäherung der Menschen sein.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 29 JULI 1980

Gründungsjahr 1943

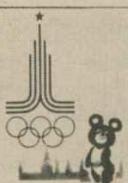
Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktsionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Humane olympische Ideen	1
W. Kusnezow — Lebenswichtige Initiativen und „fote Punkte“	5
W. Nisski — Nikaragua. Land im Aufbau	7
W. Gawilewski — UdSSR—SFRJ. Stabile, vielfältige Beziehungen	8
L. Skuratow — Mauritus fordert	9
W. Midzew — Namibia. Manöver der Rassisten & Co.	10
D. Wolski — Erfolg Kampuchea	11
V. Gustschin — Polen. Jahre des Aufstiegs	12
L. Stoklizkaja — Fallen der „gleichberechtigten Partnerschaft“	14
J. Dimow — Böses Omen	15
Notizen ◆ Glossen	16
S. Mirski — Psychologische Aggression des Westens	18
L. Charkow — Afghanistan. Die Wahrheit kommt an den Tag	20
J. Botschkarjow — M. Jobert, ein Afrikaner!	21
W. Jefremow — Für Frieden und Sicherheit am Mittelmeer	22
S. Beglow — Nach alten Doktrinen (Das politische Buch)	22
B. Assojan — Simbabwe. Die Freiheit errungen. Wie weiter!	24
L. Fjodorow — Die ILO in den 80ern	26
A. Nosdrjakow — Grünes Licht	26
M. Iljinski — Der Mekong, ein Helfer	28
Biographisches: Fernando Belaunde Terry	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Sendboten aller Kontinente sind zu den XXII. Olympischen Spielen, dem Fest der Jugend, des Sports und des Friedens nach Moskau gekommen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 11. Juli beging das mongolische Volk seinen Nationalfeiertag — den 59. Jahrestag der mongolischen Volksrevolution. Leonid Breshnew und Alexej Kosygin richteten Glückwünsche an Jumshagin Zedenbal, den Ersten Sekretär des ZK der MRVP und Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volkschurals, sowie an Jambyn Batmunch, den Vorsitzenden des Ministerrats der MVR: „Die sowjetischen Menschen freuen sich über die großen Erfolge des mongolischen Volkes. Wir werden auch in Zukunft alles tun, damit die brüderliche Freundschaft und die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der MRVP, zwischen der UdSSR und der MVR immer tiefer und inhaltsreicher zum Wohl der Völker unserer Länder, im Interesse von Frieden und Sozialismus werden.“

Am 14. Juli begann in Kopenhagen die UNO-Weltkonferenz anlässlich des Jahrzehnts der Frau. Leonid Breshnew richtete an die Konferenzteilnehmerinnen eine Grußbotschaft.

Nguyen Huu Tho, amtierender Präsident der SR Vietnam, wurde am 10. 70 Jahre alt. Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR verlieh dem Jubilar den Orden der Völkerfreundschaft. Leonid Breshnew richtete Glückwünsche an Nguyen Huu Tho.

Vom 10. bis 15. Juli fand in Tbilissi, der Hauptstadt der Georgischen SSR, der Weltkongress der Sportwissenschaft „Der Sport in der modernen Gesellschaft“ statt. Leonid Breshnew richtete eine Grußbotschaft an seine Teilnehmer und Gäste.

Am 8. und 9. Juli trafen im ZK der KPdSU Andrej Kirilenko, Boris Ponomarjow, Michail Simjanin und Wadim Sagladin, erster stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, mit einer Delegation der Italienischen Kommunistischen Partei zusammen — mit den Mitgliedern der IKP-Führung Gian Carlo Pajetta, Paolo Bufalini sowie mit dem Mitglied des ZK der IKP, Renzo Gianotti. Die Delegationen erläuterten und bekräftigten die Positionen ihrer Parteien zu einem weiten Fragenkreis der internationalen Politik und der Weltlage. Beide Seiten bekundeten Beunruhigung über die Verschlechterung der internationalen La-



Am 14. Juli wurde im Bolschoi-Theater die 83. Tagung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) feierlich eröffnet. Im Namen des Olympischen Komitees der UdSSR und der sowjetischen Sportler begrüßte Sergei Pawlow, Vorsitzender des Olympischen Komitees der UdSSR, die Tagungsteilnehmer. Wassili Kusnezow, erster stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR begrüßte die Tagungsteilnehmer im Namen des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und erklärte in seinem Auftrag die 83. IOC-Tagung in Moskau für eröffnet. IOC-Präsident Lord Killanin bedankte sich bei allen, die zur Eröffnung der Tagung gekommen sind, und konstatierte, daß diese Tagung unmittelbar den XXII. Olympischen Spielen vorangeht. TASS-Foto: Während der Tagung.

ge, über die Gefahren des Wettrüstens, das durch die kürzlichen Beschlüsse der Brüsseler NATO-Ratstagung erneut forciert wurde. Zugleich betonten die Seiten Bedeutung und positiven Charakter der Treffen Leonid Breschnew mit Valéry Giscard d'Estaing in Warschau und mit Helmut Schmidt in Moskau.

Am 13. Juli wurde in Le Port auf Réunion der V. Parteitag der KP Réunions eröffnet. Das ZK der KPdSU richtete an den Parteitag eine Grubotschaft, in der die sowjetischen Kommunisten ihre Solidarität mit der KP Réunions bekämpften und ihr neue Erfolge bei der Festigung der Kräfte der Demokratie, des Friedens und des sozialen Fortschritts wünschten.

Vom 8. bis 13. Juli stattete eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab (siehe S. 8).

Vom 7. bis 14. Juli weilte eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter dem stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Ivan Käbin, zu einem

offiziellen Besuch in Österreich. Die Delegation wurde von Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und Bundeskanzler Bruno Kreisky empfangen. Es wurde konstatiert, daß sich die sowjetisch-österreichischen Beziehungen in Politik, Handel und Wirtschaft, Kultur und anderen Bereichen erfolgreich und fruchtbar entwickeln. Besonders wurde die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen betont, um die Entspannungspolitik voranzubringen und konkrete Abrüstungsergebnisse zu erreichen.

In Budapest traf die sowjetisch-ungarische Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu ihrer 25. Tagung zusammen. Maßnahmen zur Verwirklichung des langfristigen Programms für die Entwicklung der Spezialisierung und der Kooperation der Produktion beider Länder bis 1990 wurden festgelegt.

Am 10. Juli fand bei den Wiener Truppenabbaugesprächen eine turnusmäßige Plenarsitzung statt. Die sowjetische Delegation unterbreitete neue wichtige Vorschläge der Warschauer Vertragsstaaten, die direkt an den Gesprächen teilnehmen (siehe S. 5).

Vom 22. Mai bis 7. Juli fand in Genf eine weitere Runde der sowjetisch-

amerikanischen Verhandlungen statt, bei denen ein abgestimmter gemeinsamer Vorschlag eines allgemeinen, vollständigen und kontrollierbaren Verbots der chemischen Waffen und einer Vernichtung ihrer Arsenale für den Abrüstungsausschuß vorbereitet werden soll. Am 8. Juli gaben die UdSSR und die USA vor dem Abrüstungsausschuß eine gemeinsame Mitteilung über den Verlauf ihrer Verhandlungen ab.

Am 8. und 9. Juli weilte der Außenminister Ungarns, Frigyes Puja, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Polen.

Vom 7. bis 12. Juli stattete CSSR-Außenminister Bohuslav Chňoupek der DR Afghanistan einen offiziellen Freundschaftsbesuch ab. Ein afghanisch-tschechoslowakisches Communiqué wurde veröffentlicht, in dem die vorrangige Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der CSSR und der DR Afghanistan konstatiert wird.

Vom 7. bis 11. Juli stattete der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing der BRD einen offiziellen Besuch ab. In Bonn fanden französisch-bundesdeutsche Konsultationen statt.

Die einseitige Schließung der Grenze zu Laos durch die thailändischen Behörden ist ein Bestandteil der von China, den USA und Thailand unternommenen Aktionen zur Verschärfung der Lage in dieser Region, erklärte SRV-Außenminister Nguyen Co Thach in einem Interview für den Korrespondenten der japanischen Zeitung „Akahata“. Thailand hat Handlungen intensiviert, die einen Anschlag auf die Souveränität und die territoriale Integrität Kampuchea darstellen, und es verletzt die Seegrenze Vietnams, sagte der Minister. Zugleich haben die Chinesen ihre Provokationen an der Nordgrenze der SRV verstärkt.

Vom 11. bis 13. Juli fand in Amman eine außerordentliche Tagung der Außenminister der Länder der Islamischen Konferenz statt. Die Vertreter von 42 Staaten und der PLO behandelten die Lage in den von Israel besetzten arabischen Gebieten. In der Schlußerklärung heißt es, daß ein gerechter Nahostfrieden nicht ohne den vollständigen und vorbehaltlosen Abzug Israels aus allen besetzten arabischen Gebieten, insbesondere aus Jerusalem, sowie ohne die Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina erreicht werden kann.

Ein gemeinsames Communiqué nach einem Treffen zwischen der Französi-

schen KP und der Ägyptischen KP wurde veröffentlicht. Es wird betont, daß die Abkommen von Camp David letztlich zur verstärkten US-Militärpräsenz im Nahen Osten beitragen und zugleich der Regierung Begin ermöglichen, ihren aggressiven Expansionskurs fortzuführen.



Tausende Araber in Nablus [im von Israel besetzten Westjordanland] begrüßten den Bürgermeister der Stadt, Basam Chakaa, der nach medizinischer Behandlung aus Jordanien zurückkehrte. Vor einem Monat war Bassam Chakaa Opfer eines israelischen Terroranschlags: In seinem Wagen explodierte eine Bombe. Unser Bild: Bassam Chakaa trifft ein.

Foto: AP-TASS

In Kairo wurden nach einer mehr als zweimonatigen Unterbrechung die dreiseitigen Verhandlungen über eine „Palästinenser-Autonomie“ unter Teilnahme von Vertretern Ägyptens, Israels und der USA wiederaufgenommen. Bekanntlich lehnen die Einwohner des Westjordanlandes und des Gazastreifens die ihnen von Washington, Tel Aviv und Kairo aufgezwungene Form der „Selbstverwaltung“ entschieden ab.

Die Sicherheitsorgane des Iran deckten eine Verschwörung gegen das bestehende Regime auf. Die Teilnehmer des Komplotts beabsichtigten, die Kontrolle über den Luftwaffenstützpunkt Nogehc 400 km westlich der Hauptstadt zu errichten und ihn zu ihrem Kommandopunkt zu machen sowie strategische Objekte in Teheran und Qum ebenso wie Khomeinis Residenz zu bombardieren. Einige Verschwörer wurden hingerichtet.

In Lahore fand ein Treffen von Vertretern der fünf größten verbotenen Oppositionsparteien Pakistans statt, auf dem die Lage im Lande behandelt wurde. Die Teilnehmer des Treffens verlangten vom Militärgouverneur Zia-ul-Haq, die gesamte Macht an eine zivile Übergangsregierung zu übergeben. Sie nahmen eine Resolution an, in der die Aufhe-

bung des Kriegsrechtes und die Rückkehr zur Demokratie verlangt wurden.

In Beirut und einigen anderen Gebieten Libanons kam es zu Kämpfen zwischen den beiden größten christlichen Rechtsgruppierungen — zwischen der National-Liberalen Partei und der Kataeb-Partei —, die bis vor kurzem miteinander verbündet waren. Etwa 150 Personen wurden getötet und mehr als 700 verletzt. Die Phalangisten der Kataeb-Partei besiegt den Rivalen, besetzten seine Einflußzonen und erbeuteten große Munitionsvorräte. Die Fortschrittskräfte Libanons appellierten an die Zentralbehörden des Landes, den Bürgerkrieg zu beenden und eine weitere Enklave unter Kontrolle der Kataeb-Partei nicht zuzulassen.

Aboud Jumbe, Vorsitzender des Revolutionsrates von Sansibar, gab die Aufdeckung eines Komplotts bekannt. Die Verschwörer wollten politische Unruhen auf Sansibar und Differenzen in der Bevölkerung hervorrufen. 16 Personen wurden verhaftet und die tansanische Armee teilweise in Gefechtsbereitschaft versetzt.

Am 14. Juli wurde in Detroit der Nationalkonvent der Republikanischen Partei der USA eröffnet. Der Parteitag hat die Kandidaten für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Landes zu wählen.

Zwei kubanische Versorgungsschiffe der Fischereiflotte, die „Moroboro“ und die „Gilberto Pico“, wurden am 13. Jul. 30 Meilen vor der Westsahara-Küste von zwei Militärflugzeugen ohne Erkennungszeichen beschossen. Der Kapitän der „Moroboro“ wurde getötet, drei andere Mitglieder der Besatzung schwer verletzt.



Eine Massendemonstration gegen die Unterstützung Washingtons für das volksfeindliche Regime Südkoreas fand in New York statt. Unser Bild: Das Plakat eines Demonstranten trägt die Aufschrift „Die Nuklearwaffen aus Südkorea abziehen!“

Foto: W. Borodin (TASS)

Mehr als 80 Länder haben sich zur Teilnahme an der Moskauer Olympiade bereiterklärt. Das zeigt, wie sich die Weltöffentlichkeit, die Sportverbände und jene Regierungen, die keine Marionetten des US-Präsidenten sein wollen, gegen entspannungsfeindliche Versuche wenden. Auch die Proteste vieler US-Sportler, weiter Kreise der amerikanischen Bevölkerung und anderer Länder gegen den Olympiadeboykott sind erfreulich. Millionen Herzen auf allen Kontinenten werden für die Olympiade schlagen. Die Olympiade 80 wird zweifelsohne ein großes internationales Ereignis, ein Fest der Weltjugend — trotz aller Bemühungen ihrer Gegner. Die Olympiade wird Frieden und Fortschritt fördern.

Antonio NUÑEZ MARTINEZ
Stockholm

Die meisten italienischen Massenmedien berichten nicht objektiv über die großen Anstrengungen der UdSSR für den Weltfrieden. Wir in Italien haben viele ernste Probleme, doch Presse, Rundfunk und Fernsehen in unserem Land lassen sich meist lieber über fremde Schwierigkeiten aus, besonders in der UdSSR. Schreibt mehr über Euer Land, über das multinationale Sowjetvolk, über Eure Zukunftspläne!

Fabio VIVODA
Staranzano, Italien

In der „NZ-Post“ findet man hin und wieder Leserbriefe, in denen vorgeschlagen wird, die „Neue Zeit“ durch eine bessere Gestaltung noch attraktiver zu machen. Doch Ihre Zeitschrift sollte eine solide, seriöse Publikation bleiben, ohne aufgedonnerte Gestaltung. Die Dokumentarberichte sind ganz ausgezeichnet. Über Ereignisse der Nachkriegszeit wie der 20er und 30er Jahre sollte öfter berichtet werden. Dieser Zeitschriftenabschnitt weist viele bedeutende, bisweilen dramatische Entwicklungen auf.

J. SCHUSCHKEWITSCH
Moskau

LEBENSWICHTIGE INITIATIVEN UND „TOTE PUNKTE“

Wladlen KUSNEZOW

Die sogenannten toten Punkte entstehen in der Weltpolitik meist, wenn die Grundinteressen von Staaten miteinander kollidieren, oder wenn es um prinzipiell wichtige Fragen geht. Die „toten Punkte“ belasten das Weltklima, ihre Überwindung erfordert große Anstrengungen und sehr viel Zeit. Besonders gefährlich sind die Sackgassen bei den Verhandlungen über die Eindämmung und Begrenzung des Wettrüstens. Verzögerungen bei solchen Verhandlungen kosten die Menschheit teuer zu stehen, im direkten und im übertragenen Sinne des Wortes. Solange die Verhandlungen auf der Stelle treten, lässt das Wettrüsten nicht nach. Es nehmen die Rüstungsausgaben, es nimmt auch die Gefahr als Folge der Waffenhortung zu.

Bei einem solchen „toten Punkt“, der aus Verschulden der NATO entstanden ist und mit der Zeit zu einem heißen Punkt zu werden droht, ist die Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen angelangt. Sie löst in Europa heftige Diskussionen und Befürchtungen um sein Schicksal aus. Die gleiche NATO-Führung hat die Truppenabbaugespräche in Wien in eine Sackgasse gebracht. Dabei sind sie berufen die Konfrontation im gefährlichsten Raum des Kontinents zu mindern und den Weg zur militärischen Entspannung freizulegen.

Wenn sich die Probleme wie in einem Labyrinth verfangen haben, muß jemand den Ausweg weisen. Das hat erneut Moskau getan. Die am 5. Juli veröffentlichte Mitteilung des Politbüros des ZK der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR enthält neue Ideen und konkrete Vorschläge, die darauf gerichtet sind, eine Vereinbarung über die Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen sowie bei den Wiener Verhandlungen zu ermöglichen. Am 10. Juli brachte die sowjetische Delegation in Wien die neuen Vorschläge ein.

Die Regierungen und die Öffentlichkeit der Welt erörtern lebhaft die UdSSR-Initiativen im Bereich der politischen und der militärischen Entspannung.

Brücke über den Abgrund

Die Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen oder, wie man sie noch nennt, der „eurostrategischen“

Waffen der „Grauzone“, hat ihre Vorgeschichte, wenn auch eine kurze. Vor ein paar Jahren begann man in der NATO von der Notwendigkeit eines „Nachrüstens“ zu sprechen, weil die UdSSR in den Waffen mittlerer Reichweite, den SS-20-Raketen (Klassifizierung der NATO), ein Übergewicht erhalten hätte. Niemand hat dieses je auch nur halbwegs überzeugend beweisen können. Im Gegenteil, bis zuletzt wurde eine militärstrategische Kräfteparität auf europäischer und globaler Ebene anerkannt. Man könnte Hunderte entsprechende Äußerungen hoher NATO-Vertreter zitieren. Wir beschränken uns auf zwei. James Carter: „Zwischen uns und der UdSSR besteht eine große Stabilität in bezug auf die strategischen Waffen und das Verhältnis der nichtnuklearen Kräfte auf dem europäischen Schauspiel.“ Helmut Schmidt: Zweifellos bestehet das Gleichgewicht weiter.

Zweifellos... Wozu mußte dann das bestehende Gleichgewicht in Zweifel gezogen werden? Die UdSSR kann es ja nicht über Nacht gestört haben. Wozu mußte man die Öffentlichkeit aufregen, Panik machen und ein Problem schaffen, das heute ganz Europa Kopfzerbrechen bereitet? Wer würde auch glauben, daß die atlantischen Experten, die genau jeden sowjetischen Soldaten und jedes sowjetische Gewehr zählen, „ein erdrückendes Übergewicht“ in den Raketen übersehen haben sollen?

Es gibt kein Übergewicht. Dafür wurde ein Vorwand fabriziert, zwar nicht sehr überzeugend, aber immerhin ausreichend, um aus Westeuropa ein Kernraketenarsenal und einen Schießplatz des Pentagon zu machen. Am 12. Dezember 1979 wurde in Brüssel bekanntgegeben, daß bis 1983 in einigen NATO-Ländern 572 amerikanische Pershing-2- und Flugraketen stationiert werden. Moskau hat diese Herausforderung nicht mit einer anderen beantwortet, vielmehr untersuchte es die Motive der von der anderen Seite geäußerten Befürchtungen, obwohl ihm diese grundlos erschienen. Im Ergebnis wurde ein Kompromiß vorgeschlagen: Die NATO verzichtet auf das „Nachrüsten“, Moskau schränkt einseitig seine Raketenanzahl ein. Die NATO lehnte das ab und zerstörte

damit eine ehrlichen Herzens angebotene und gerechte, für beide Seiten akzeptable und konstruktive Verhandlungsgrundlage. Infolgedessen ist die Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen bei einem „toten Punkt“ angelangt. Wer weiß, wie lange dieser Zustand angedauert hätte, aber da ergriff die UdSSR eine neue Initiative.

Sie erklärte sich bereit, die Frage der Mittelstreckenraketen noch vor Ratifizierung von SALT II zu erörtern. (Früher wurde zwischen der UdSSR und den USA vereinbart, daß nach Inkrafttreten von SALT II eine neue Verhandlungsruhe im Rahmen von SALT III beginnen soll.) Das bedeutet nicht, daß sich die UdSSR mit dem NATO-Beschluß über das „Nachrüsten“ abgefunden hat. Die Aufhebung oder Aussetzung dieses Beschlusses, d. h. die Rückkehr zu der Lage vor diesem Beschluß, war und ist der beste Ausweg aus der heutigen Sackgasse. Da aber die NATO dies rundweg ablehnt, ist Moskau auch zu einer anderen Variante bereit. Es kommt darauf an, eine Brücke über den Abgrund zu schlagen, den der NATO-Beschluß aufgerissen hat.

Wie wird das am besten gemacht? Hier kommen zwei Erwägungen in Betracht. Bei der Erörterung der Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen kann die UdSSR nicht von den USA-Systemen der „Vorneverteidigung“ abscheiden, die ihre Sicherheit gefährden. Auch diese Mittel müssen Gegenstand der Verhandlungen sein. Nach Ansicht der UdSSR müssen beide Probleme gleichzeitig und in organischem Zusammenhang miteinander diskutiert werden. Die zweite Erwägung: Die eventuellen Vereinbarungen können erst nach Inkrafttreten von SALT II realisiert werden. Wird dieser Vertrag in den USA nicht bestätigt, so bestehen keine Garantien dafür, daß Washington auch die erst zu erzielenden Abkommen einhalten wird.

Mängel des „Doppelbeschlusses“

Politiker und Beobachter streiten nun darüber, was Moskau zu seiner neuen Initiative veranlaßt haben mag. Gewisse Leute im Westen versuchen, guten Willen in ein erzwungenes Zugeständnis umzufunktionieren: Die NATO habe es doch geschafft, mit

ihrer „harten Position“ der unnachgiebigen UdSSR einen Kompromiß abzutrotzen! Das ist Wunschdenken. Moskau ist für Festigkeit, nicht für Hartnäckigkeit und Dogmatismus. Die UdSSR wird nie zulassen, daß die USA und die NATO die militärstrategische Balance in Europa stören. Doch ist sie zu einem Höchstmaß an Geduld und zu größten Anstrengungen bereit, um für beide Seiten annehmbare Lösungen und Kompromisse zu finden, damit Europa nicht eine Arena des nuklearen Wettstreits wird.

Wovon ging man in Moskau aus?

Davon, daß jemand ein Beispiel an Umsicht und Vernunft geben muß.

Davon, daß die Öffentlichkeit Europas über das Fehlen der militärischen Entspannung und über die Waffenhortung auf dem Kontinent besorgt ist.

Davon, daß die friedliche Zukunft Europas und seine Sicherheit über alles gehen.

Davon, daß die Bereitschaft zur Überwindung der Sackgasse in einer entscheidenden Frage der europäischen und folglich auch der internationalen Sicherheit als guter Ausgangspunkt dienen kann, um die heutigen labilen Ost-West-Beziehungen zu stabilisieren.

„Le Monde“ (Paris) glaubt, ironisch zu sein, wenn er schreibt, daß „die sowjetische Propagandamaschine den Kurs ändern muß“. Was sich nicht ändert, sind leider die verknöcherten Vorstellungen des Westens von der sowjetischen Politik. Dabei läßt sich diese Politik zeit ihres Bestehens vom Leninschen Prinzip der Strategie und Taktik in den internationalen Beziehungen leiten. Charakteristisch für sie ist ein realistisches und konstruktives Herangehen an die Regelung komplizierter, kontroverser Situationen, bei denen es, wie man so sagt, hart auf hart geht. Lenin empfahl, bei der Verteidigung des Weltfriedens, beim Schutz der Interessen und der Sicherheit der Sowjetrepublik fest und entschlossen vorzugehen. Doch warnte er vor übermäßiger Unnachgiebigkeit in internationalen Angelegenheiten: „Ultimative Forderungen würden unseren Gegnern die Lage erleichtern.“ Moskau denkt nicht daran, jenen die Lage zu erleichtern, die, auf seine „Härte“ spekulierend, „die größte Runde beim Aufstocken der Rüstungen seit Beginn des Raketenzeitalters“ („Washington Post“) ungestört starten wollen.

In der NATO gratuliert man sich zur angeblichen Weisheit des „Doppelbeschlusses“: im Bereich der Raketenkampfwaffen „nachzurüsten“ und zugleich Verhandlungen anzugeben. An dem Bestreben, den ersten Teil dieser NATO-Formel zu realisieren, wird kaum jemand zweifeln. Was den zweiten Teil angeht, steigen Zweifel auf, selbst in atlantischen Hauptstädten. Die „Westfälische Rundschau“ schreibt, daß Washington dem NATO-Beschluß über das Nachrüsten und nicht den Verhandlungen mit der UdSSR den Vorrang gebe.

Dank der sowjetischen Initiative hat die Öffentlichkeit Europas und der Welt jetzt eine gute Möglichkeit, die Aufrichtigkeit Washingtons und seiner Bündnispartner zu prüfen, die immer wieder beteuern, das Problem der Mittelstreckenraketen auf dem Verhandlungswege lösen zu wollen. Die USA-Administration wird nunmehr auch darauf geprüft, ob sie es mit der Einschränkung des Rüstungspotentials, das unmittelbar an die UdSSR-Grenze herangeschoben ist, aufrichtig meint.

Um den Nachrüstungsbeschluß zu rechtfertigen, bauscht man in den USA und anderen NATO-Ländern die Frage der sowjetischen SS-20-Raketen auf, die der UdSSR angeblich das „entscheidende Übergewicht“ sichern: Nur die neuen Pershings und Tomahawks könnten die „sowjetische Raketenbedrohung“ neutralisieren. Aber beispielsweise „Die Welt“ (BRD), die stets die „Nachrüstung“ befürwortet, plauderte (noch dazu unter Berufung auf Experten) aus der Schule, als sie schrieb, daß die Waffen, über die die NATO schon verfügt, ein genügendes Gegengewicht gegen die SS-20-Raketen seien. Man sieht: Es geht ihnen nicht um ein „Ausgleichen“ der Raketenpotentiale, sondern um die militärische Überlegenheit.

Doch wer die sowjetischen Mittelstreckenraketen (die übrigens die USA nicht erreichen können) zum Gegenstand der Verhandlungen machen will, muß bereit sein, auch über die amerikanischen Mittel der „Vorneverteidigung“, die Ziele auf dem Territorium der UdSSR treffen können, zu verhandeln: über Militärstützpunkte, über die in Westeuropa bereits stationierten Kernsprengköpfe, Raketenträgerflugzeuge und die Atom-U-Boote vor der Küste Europas. Von ihnen schrieb der USA-Admiral Burke: „Unsere Truppen und Stützpunkte, unsere Schiffe und Fliegerkräfte sind ein Sprungbrett nach Sowjetrußland. Praktisch umgeben sie Rußland von allen Seiten. Schauen Sie auf die Weltkarte. Sie werden sich davon überzeugen daß sie wie ein riesiger Krokodilsrachen wirken, der jeden Augenblick zuschnappen kann.“

Die UdSSR kann es nicht hinnehmen, daß der Militär-Industrie-

Komplex der USA ihr dicht an ihrer Grenze die Zähne zeigt. Mehrmals warf Moskau in letzter Zeit die Frage nach den amerikanischen Mitteln der „Vorneverteidigung“ auf. Das war auch vor dem NATO-Beschluß über das „Nachrüsten“ gerecht und motiviert. Um so notwendiger und berechtigter ist es heute, nachdem mit diesem Schritt, wie die französische Monatsschrift „Le Monde Diplomatique“ schreibt, „eine Veränderung der USA-Strategie im Hinblick auf Europa — den Übergang von der Konzeption der „Vorneverteidigung“ zur Strategie des Präventivschlags“ — eingeleitet worden ist.

Jedesmal weicht Washington der Erörterung der Frage nach seinen Mitteln der „Vorneverteidigung“ aus. Dabei ist die Frage reif, ja überreif. Eine realistische Bewertung des nuklearen Kräfteverhältnisses in Europa, die Prinzipien der Gleichheit und gleichen Sicherheit, die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts erfordern eine Erörterung.

Noch ein Impuls

Die Erfahrungen der Abrüstungsverhandlungen in den Nachkriegsjahren zeigen: Mehr als sechs Jahre reichen durchaus, um mindestens eine beschränkte Vereinbarung zu erzielen. Dabei ist sie bei den Wiener Verhandlungen nicht erreicht. Selbstverständlich stimmt das nicht gerade zuversichtlich.

Im Westen redet man fortwährend von der Notwendigkeit zusätzlicher Impulse für die Wiener Verhandlungen. Die NATO-Führer haben solche mehrmals versprochen. Wo bleiben sie? Die NATO-Länder stimulieren viel häufiger nicht eine Abrüstungs-, sondern eine Rüstungspolitik.

Positive Impulse gehen immer wieder von der UdSSR und den anderen Warschauer Vertragsstaaten aus. Ein realer Impuls war der Beschuß der UdSSR im Herbst v. J., von sich aus die Stärke ihrer Streitkräfte in Mitteleuropa um 20 000 Mann und 1000 Panzer zu kürzen (diese Aktion nähert sich ihrem Abschluß). Ein solcher Impuls war die Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten vom Mai 1980, in der vorgeschlagen wird, zu vereinbaren, daß kein Staat und keine Staatengruppe in Europa von einem vereinbarten Datum ab die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte in dem von der Helsinki-Schlüsselekte festgelegten Raum erhöht.

In der Hofburg zu Wien, wo die Verhandlungen stattfinden, sind nun neue Ideen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder be-

kanntgegeben. Unter Berücksichtigung der faktischen zahlenmäßigen Stärke der Truppen der UdSSR und der USA wird vorgeschlagen, in Mitteleuropa auf der ersten Etappe (die zweite Etappe sieht eine Truppenreduzierung der anderen direkten Verhandlungsteilnehmer vor) 20 000 sowjetische und 13 000 amerikanische Soldaten abzuziehen. Die UdSSR abschätzt nicht, in das künftige Abkommen die 20 000 Mann einzubeziehen, die sie jetzt einseitig aus der DDR abberuft. Demnach würden die USA ihre Truppen um 13 000, die UdSSR aber faktisch um 40 000 Mann kürzen. Und dies bei der ungewöhnlichen Parität.

Die Vorzüge der neuen Vorschläge liegen auf der Hand. Erstens geben sie die Möglichkeit — selbstverständlich bei Zustimmung der NATO-Länder —, sofort mit der Ausarbeitung des Abkommens zur ersten Etappe zu beginnen. Zweitens bilden sie die Grundlage für eine spätere umfassendere Vereinbarung.

Welche Aufnahme findet dieser gute Willen im Westen? Nur die Taktik der Hinauszögern und der endlosen Diskussionen, in denen das Ganze versandet. Es sieht so aus, als sollten auch die Gespräche über die neuen Angaben, die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte betreffend, diesen Weg gehen. Die Vertreter der Westmächte operieren mit den immer noch zu hoch gegriffenen Angaben über das Kontingent des Warschauer Vertrages, um die Öffentlichkeit vom Kern der Sache abzuwenden: von der Ausarbeitung eines Abkommens über die zwei Etappen bei der gegenseitigen Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen. Inzwischen verlieren die NATO-Länder selbst keine Zeit über die Diskussionen: In dem zur Reduzierung vorgesehenen Raum ist die Stärke der amerikanischen und anderer Truppen in den mehr als sechs Jahren der Verhandlungen bedeutend vergrößert worden.

* * *

Die sowjetischen Initiativen eröffnen neue Perspektiven für Entspannung und Abrüstung. Sie kommen zu einer Zeit, da die Weltgemeinschaft keine wichtigere Aufgabe hat, als zu verhüten, daß die heutigen Spannungen sich zu Schlimmerem auswachsen. Sie konzentrieren die Aufmerksamkeit der Völker und Regierungen erneut auf das Problem der Probleme: auf die Verhütung eines Kernkrieges und die Einstellung des verhängnisvollen Wettrüsts. Deshalb müssen diese Initiativen vernommen, aufgegriffen, realisiert werden.

NIKARAGUA

LAND IM AUFBAU

Vladimir NISSKI

Vor einem Jahr, am 19. Juli 1979, begrüßte die nikaraguanische Hauptstadt begeistert die Soldaten der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, die Sieger über die Diktatur der Somoza-Familie, die in dieser zentralamerikanischen Republik 46 Jahre lang herrschte. Im Zentrum Managuas wurde damals die pompöse Statue des letzten Diktators, Anastasio Somozas, von ihrem Sockel gestürzt. Er selbst verkroch sich auf einem Stützpunkt der USA-Luftwaffe in Florida.

Darauf folgten zahlreiche Mitteilungen über die Anerkennung der neuen Macht in Nikaragua, und ihr legitimer Vertreter nahm einen Platz in der UNO ein. Auf der 34. UNO-Vollversammlung im September 1979 sagte Daniel Ortega Saavedra, ein Mitglied des Führungsrates der Regierung der Nationalen Wiedergeburt, als er eine Bilanz aus der bewaffneten Etappe des Freiheitskampfes des Volkes zog, über den gestürzten Tyrannen: „Die Somoza-Diktatur war eine der schlimmsten in Lateinamerika. Ein Verbrecher, der den Befehl erteilen kann, Bomben auf Schulen, Krankenhäuser und ganze Städte abzuwerfen, Frauen, Greise und Kinder zu töten, das Land einzusäubern und zu plündern, kann nur ein Fremdländer, genauer, ein Söldner sein.“

Die Führer der siegreichen Revolution definieren sie als eine demokratische und antiimperialistische Volksrevolution. Carlos Fonseca, ein Gründer der Sandinistischen Front, der in den Kämpfen gegen die Diktatur im November 1976 fiel, hatte die Ziele des Volkskampfes wie folgt bestimmt: „Es geht nicht darum, die einen an der Macht durch andere zu ersetzen. Es geht darum, das System zu ersetzen, die Ausbeuterklassen zu stürzen und den Sieg der Ausgebeuteten herbeizuführen.“ Nun sind diejenigen, die erst vor kurzem mit der Waffe in der Hand gegen die Nationalgarde Somozas kämpften und Vertreter aller Bevölkerungsschichten um sich zu gruppieren suchten, darangegangen, die vordringlichste und wichtigste Aufgabe zu lösen, d. h. das zerstörte Land wieder aufzubauen.

Immense Auslandsschulden: 1,5 Md. Dollar. Nur etwa 3 Mio Dollar im Staatsäckel. Lahmgelegte Industriebetriebe. Verlassene Baumwoll-, Bananen-, Zuckerrohr- und Tabakplantagen. Lebensmittelverknappung. Ungeheure Arbeitslosigkeit. Zehntausende verwahrloste Kinder und Waisen. Auch nicht die ein-

fachste medizinische Hilfe. Auf diesem Niveau mußten die Patrioten nach dem Sieg anfangen.

Die nikaraguanische Führung mußte sich zuerst einmal damit beschäftigen, die Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln und Medikamenten zu versorgen. Die anderen Probleme blieben akut: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Organisation der Produktion, Wiederherstellung der zerstörten Wohnbauten und Verkehrswege, Energieversorgung...

Das erste Jahr nach dem Sieg der Revolution war schwer. Doch hat es im schwierigsten Bereich, in der Wirtschaft, Früchte getragen. Die wichtigste Errungenschaft der neuen Macht besteht darin, einen außerordentlichen Plan für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft 1980 ausgearbeitet und mit seiner Realisierung begonnen zu haben. Der Plan dient dazu, trotz der Zerrüttung den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen, die akutesten Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken und die Errungenschaften der Revolution zu festigen.

Über welche ökonomischen Hebel verfügt die Regierung der Nationalen Wiedergeburt, um die Schwierigkeiten der Wiederherstellungsperiode zu überwinden?

Davon erzählte uns Planungsminister Henry Ruiz, Mitglied der Nationalen

Baufachkräfte sind im neuen Nikaragua sehr gefragt.

Foto: TASS



Führung der Sandinistischen Front. Er zählte die Hauptmaßnahmen auf, die das Regime schon getroffen hat. Vor allem wurde das Eigentum Somozas und seines Anhangs konfisziert und ins Volkseigentum überführt. Um diese Tatsache richtig bewerten zu können, muß man vielleicht sagen, daß allein die Konfiszierung der Ländereien dieser Leute die Möglichkeit gab, 55% aller landwirtschaftlichen Nutzflächen unter Staatskontrolle zu stellen. Verstaatlicht wurden ferner die Prospektierung und Ausbeutung der Naturreichtümer, der Außenhandel und die Privatbanken. Die Regierung sieht einige sozialökonomische Umgestaltungen auf der Grundlage gemischter Wirtschaft vor. Darin besteht neben dem gesellschaftlichen Sektor auch ein privater, auf dessen Hilfe die Revolution nicht verzichten möchte. Aber wie der Minister hervorhob, erklärt die Regierung es offen, daß ihr Hauptanliegen die Entwicklung des staatlichen Sektors ist.

„Das Wirtschaftsprogramm der Regierung beinhaltet wichtige Umgestaltungen auf dem Lande“, befotete Henry Ruiz. „Das kleine Bauerneigentum und das Gemeindeeigentum an Grund und Boden bleiben bestehen, aber wir wollen große Staatsgüter anlegen. In der Industrie werden wir in erster Linie die Produktion von Nahrungsmitteln, Konsumgütern, Medikamenten und Baustoffen steigern.“

Ich las täglich nikaraguanische Zeitungen, traf mich mit Menschen dieses Landes, lernte die Stadt kennen, die noch vor kurzem ein Schlachtfeld war, und sah mit eigenen Augen, wie diese Pläne in die Tat umgesetzt werden.

Es ist offensichtlich, daß die neue Regierung entschlossen die Interessen der einfachen Menschen schützt. Um der Hungersnot zu steuern, kauft sie große Partien von Nahrungsmitteln. Auf den Märkten stellen Massenorganisationen ihre Posten auf, die die Preise kontrollieren. Die Wohnungsmieten wurden gesenkt. Das Gesundheits- und Bildungswesen entwickelt sich. Auf Anregung des Volksbildungministeriums wurde 1980 zu einem Jahr der Liquidierung des Analphabetentums erklärt.

Man könnte noch weitere Maßnahmen aufzählen. Sie zeugen alle von einer stürmischen nationalen Wiedergeburt.

Noch an Bord der Maschine, mit der ich nach Managua flog, lernte ich zufällig den stellvertretenden Außenminister Jacinto Suarez kennen. Er versprach mir, daß wir uns im Lande selbst noch treffen. Zu einer festgesetzten Stunde stieg ich dann die Treppe zum ersten Stock des Außenministeriums. Die Wände der Halle, in der ich auf den Minister warte, sind mit Plakaten und handgeschriebenen Aufrufen beklebt, die sofort den unruhigen Rhythmus des ersten Revolutionsjahrs empfinden lassen: „Keine Gnade für die Mörder von Brigadisten!“, „Companero, bekämpfe

Schlendrian und Bürokrat!“, „Die Revolution verlangt von jedem revolutionäre Einstellung zur Arbeit!“

Die Brigadisten sind 200 000 junge Freiwillige, die im ganzen Lande das Analphabetentum liquidieren (70% der Bevölkerung, im Dorf sogar 90%) und die Ideen der Revolution auch in den entferntesten Gegenden Nikaraguas propagieren. Im Manifest dieser patriotischen Bewegung heißt es: „Wenn unsere Arbeiter und Bauern lesen lernen, werden sie auch ihre Menschenwürde, die Geschichte ihres Landes und ihre Revolution achten lernen. Das wird sie befähigen, größere Teilnahme an der nationalen Erneuerung und Entwicklung zu haben und aktiv für die Demokratisierung, für die Festigung der Errungenschaften der Sandinistischen Volksrevolution zu kämpfen.“

Die Kräfte der Konterrevolution haben große Angst vor der politischen Aufklärung der rückständigen Bevölkerungsmassen, die das Somoza-Regime zu Unwissenheit und sozialer Passivität zwang. Ebendeshalb verüben sie, wie man mir sagte, fast täglich Anschläge auf die Brigadisten.

Jacinto Suarez sagte mir: „Konterrevolutionäre Elemente gibt es nun einmal objektiv in jedem revolutionären

Prozeß. Nikaragua bildet da keine Ausnahme. Wir haben keine Illusionen darüber, daß wir die Volksmacht konsolidieren könnten, ohne den Widerstand der Gegner der sozialen Umwandlungen überwinden zu müssen. Natürlich wurden die Interessen bestimmter Schichten geschmälert.“

In einigen Gebieten des Landes treiben noch Banden ihr Unwesen, z. B. die „demokratischen Streitkräfte“, die reiche Viehzüchter in der Hauptsache aus Kriminellen geformt haben. Aber sie haben keine soziale Basis. Deshalb sind wir der Meinung, daß solche Banden nicht mehr lange bestehen werden.“

Der stellvertretende Außenminister ging auf die Freunde und Feinde der Revolution ein. Wie er sagte, unterstützen die imperialistischen USA-Kreise und die reaktionären Regimes Zentralamerikas die Überreste der Nationalgarde Somozas im Ausland. Zugleich erheben sie großen Lärm um einen „sowjetischen und kubanischen Druck“ auf Nikaragua, um die eigene Feindseligkeit gegenüber der nikaraguanischen Revolution zu tarnen.

„Wenn Horrorgeschichten von der sowjetischen Präsenz kolportiert werden, antworten wir darauf: „Lügen“

UdSSR — SFRJ

STABILE, VIELFÄLTIGE BEZIEHUNGEN

Der Jugoslawienbesuch einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter W. Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertreter des Präsidiumsvorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, zeigte mit aller Klarheit, daß beide Länder am weiteren Ausbau ihrer allseitigen freundschaftlichen Beziehungen interessiert sind.

Wie Wassili Kusnezow in Belgrad hervorhob, verfolgen die Führungen beider Länder und Parteien den Kurs auf die Entwicklung der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit, einen Kurs, dem die unvergänglichen Ideen des Marxismus-Leninismus und die Nähe der historischen Geschicke beider Länder zugrunde liegen. Dieser Kurs hat die Probe der Zeit bestanden und kennt keine konjunktuellen Schwankungen.

Dušan Čkrebic, der Vorsitzende der Skupschta Serbiens, sagte bei einem Treffen mit der sowjetischen Delegation, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den jugoslawisch-sowjetischen Kontakten gro-

ßen Raum einnimmt. Wie er erwähnte, werden in Serbien mit technischem Beistand der UdSSR große Kraftwerke errichtet und Bergwerke modernisiert; serbische Bauleute halfen bei der Aufführung von Hotelkomplexen in der UdSSR.

Mit großer Gastfreundschaft wurde die sowjetische Delegation in Sarajevo, der Hauptstadt Bosniens und der Herzegowina, und in der für ihre Hüttenindustrie bekannten Stadt Zenica aufgenommen. Der Skupschta-Vorsitzende dieser Republik, Niko Mihaljević, betonte, daß die Freundschaft und Zusammenarbeit beider Länder, zu deren Entwicklung Leonid Breschnew und Josip Broz Tito auch persönlich viel beitrugen, für uns verpflichtend seien. In Jugoslawien wisse man das Heldentum der Sowjetbürger im zweiten Weltkrieg zu schätzen und erziehe die Jugend im Geiste des damaligen gemeinsamen Kampfes, damit sie nicht den hohen Preis vergesse, um den die Völker unserer beiden Länder den Sieg erkauft haben.

Die Delegation wurde vom

Wenden wir uns der Vergangenheit Nikaraguas zu", setzt Jacinto Suarez fort. „Darin findet man keinen einzigen Beweis für eine Aggression der UdSSR gegen unser Land. Keine einzige sowjetische transnationale Gesellschaft hat unsere Nationalreichtümer ausgebaut, bekanntlich gibt es solche Gesellschaften in der UdSSR auch nicht. Dafür haben wir die Ausbeutung, Erniedrigung, Gewalt und Aggression, die wir von den USA erlitten haben, noch nicht vergessen.“

Die außenpolitische Schritte der Regierung der Nationalen Wiedergeburt im vergangenen Jahr zeigen, daß das neue Nikaragua aktiv an der Nichtparteigebundenheit, am Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für die Festigung von Frieden und Sicherheit, für die weitere Entwicklung der Entspannung teilnimmt.

Auf Initiative Nikaraguas wurde auf der Außenministerkonferenz der zentralamerikanischen Länder (Managua, Ende Juni) die Frage erörtert, diesen Raum in eine Zone des Friedens, der Sicherheit und internationalen Zusammenarbeit umzuwandeln. Die nikaraguanische Delegation hatte ein Dokument vorbereitet, das bei vielen Konferenzteilnehmern Anklang fand.

Charakteristisch für die nikaraguansche Außenpolitik ist das Streben nach Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern. Beim offiziellen Freundschaftsbesuch einer Partei- und Regierungsdelegation der Republik Nikaragua in der UdSSR (März 1980) wurden die Grundlagen für die technisch-wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Auch wurde ein Plan der Kontakte zwischen der KPdSU und der Sandinistischen Front 1980/81 unterzeichnet. Die Verhandlungen bedeuteten eine neue Etappe in den sowjetisch-nikaraguanischen Beziehungen.

Wir verließen Nikaragua mit der ersten Maschine der neuen Aeroflot-Route. Die sowjetische IL 62 wurde herzlich von Hunderten Nikaraguern verabschiedet, die eigens dazu auf den Flughafen von Managua gekommen waren. Zusammen mit uns flog eine große Gruppe Journalisten aus Nikaragua nach Moskau. Sie werden später dem nikaraguanischen Volk über die UdSSR, die tiefen und aufrichtigen Sympathien ihrer Bürger für Nikaragua berichten, das den Weg fortschrittlicher Umgestaltungen geht.

Managua—Moskau

MAURITIUS FORDERT

Das Parlament hat von Großbritannien die Rückerstattung der Insel Diego Garcia gefordert. Als Mauritius noch britische Kolonie war, gehörte das kleine Atoll zu dieser. Bevor England Mauritius aber die Unabhängigkeit gewährte, riß es Diego Garcia davon los, verpflichtete sich jedoch, dieses an keinen anderen Staat abzutreten.



Entgegen dieser Verpflichtung hat London das Atoll faktisch den USA überlassen, und das Pentagon hat dort sofort mit dem Bau eines großen Stützpunktes begonnen. Man will dort z. B. die Eingreiftruppen stationieren, die, dem englischen „Daily Telegraph“ zufolge, jederzeit im Raum des Persischen Golfs eingesetzt werden könnten.

Die Tatsache, daß aus Diego Garcia ein Bereitstellungsraum der USA gemacht wird, erregt bei den Anrainersstaaten des Indik und bei der breiten Weltöffentlichkeit verständliche Besorgnis. Die Teilnehmer der OAU-Gipfelkonferenz, die vom 1. bis zum 4. Juli stattfand, hat eine Resolution angenommen, in der die Militarisierung der Insel als eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in diesem Raum bezeichnet und von England deren Rückerstattung an Mauritius gefordert wird.

Die „Times of India“ will wissen, daß Indira Gandhi bei England „entschiedenen Protest“ einzulegen gedacht und sich dafür Rückhalt bei Sri Lanka, Malaysia und anderen Ländern der Region zu verschaffen sucht.

Die schändliche Abmachung zwischen den USA und England über die Zerstückelung des unabhängigen Mauritius und die Umwandlung von Diego Garcia in einen US-Stützpunkt zeigen nochmals, wie skrupellos die Imperialisten das Völkerrecht mißachten, wenn sie ihre Aggressionspläne ausführen wollen.

L. SKURATOW



Belgrad, die Bundes-Skupština

Foto: A. Gorjatschew

Skupština-Vorsitzenden der SFRJ, Dragoslav Marković, empfingen und hatte Gespräche mit Cvjetin Mijatović, Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ und Vorsitzender des Präsidiums der SFRJ, sowie mit Dušan Dragosavac, Sekretär des Präsidiums des ZK des BdKJ. Zur Erörterung standen wichtige Fragen der Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit und internationale Probleme.

In einem Interview für das Belgrader Fernsehen sagte Wassili

Kusnezow: „Die Begegnungen mit den jugoslawischen Werktäglichen haben einen unvergesslichen Eindruck auf uns gemacht. Überall wurde unsere Delegation gastlich und herzlich aufgenommen. Darin sehen wir eine Äußerung der freundschaftlichen Gefühle der Völker Jugoslawiens für die Völker der UdSSR. Wir können versichern, daß auch die sowjetischen Werktäglichen für die Jugoslawen die gleichen Gefühle empfinden.“

Man kann mit Genugtuung konstatieren, daß die Beziehungen UdSSR—SFRJ immer stabiler und vielfältiger werden. Auf dem festen Fundament, das im Ergebnis der Treffen Leonid Breschnew und Josip Broz Titos gelegt wurde, im Einklang mit den bei diesen Treffen angenommenen gemeinsamen Dokumenten wird die sowjetisch-jugoslawische Zusammenarbeit erfolgreich nach allen Richtungen entwickelt und um neue Formen und Inhalte bereichert. Die UdSSR wird Jugoslawien gegenüber auch künftig Kurs auf den Ausbau der allseitigen Zusammenarbeit, auf Festigung von Freundschaft und Vertrauen steuern.“

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im Juli

MANÖVER DER RASSISTEN & CO.

Wenjamin MIDZEW

In Namibia haben die Besatzungsbehörden der RSA einen „Ministerrat“ mit Regierungsbefugnissen zusammengestellt. Pretoria behält sich die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten und das Verteidigungsressort Namibias vor. Für alles übrige ist die Pseudoregierung zuständig. Die Rassisten haben noch einen Schritt zur sogenannten internen Regulierung getan.

Es sei daran erinnert, daß die Okkupanten lange vorher, Ende 1978, in Namibia Wahlen zur Nationalversammlung aufzogen. Die Wähler wurden terrorisiert, die Wahlergebnisse gefälscht. Auf diese Weise fielen 41 von den 50 Sitzen in der Versammlung an die Marionetten, die für die Demokratische Turnhallenallianz kandidiert hatten. Diesem Hauften, der anfangs als beratendes Organ des Generalverwalters — des Statthalters der RSA — bezeichnet wurde, bekam gesetzgebende Befugnisse. Später wurde aus ihm das Kabinett gebildet.

Die ganze Prozedur, eine Folge von Verstößen gegen UNO-Beschlüsse, wurde von der westlichen Presse eine „Satellitisierung Namibias“, d. h. seine Umwandlung aus einem okkupierten Land in einen angeblich unabhängigen Staat, einen Satelliten der RSA, genannt.

Die Sache steht so: In der UNO wird über Namibia eins beschlossen, die RSA tut aber unter Vorschubleistung und mit dem Beistand des Westens etwas anderes.

Schon 1966 annulierte die UNO-Vollversammlung das Mandat der RSA über Namibia. Seitdem stand es wiederholt bei verschiedenen UNO-Instanzen einschließlich des Sicherheitsrats zur Debatte. In Resolutionen wurde die Okkupation des Landes immer wieder verurteilt und die RSA aufgefordert, die Kolonialverwaltung und die Besatzungstruppen aus Namibia abzuberufen. Einmütig sind auch die gefälschten Wahlen von 1978 verurteilt worden. Niemand hat das namibische Scheinparlament anerkannt, und man kann mit Gewißheit sagen, daß auch die Marionettenregierung keine internationale Anerkennung finden wird. Wer möchte schon als Schutzherr des Rassismus dastehen und die unverkennbare Vorspiegelung als Tatsache hinnehmen?! Worauf rechnet Pretoria?

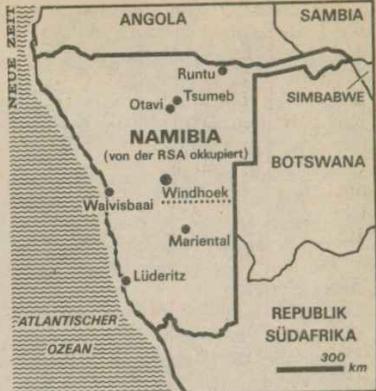
Die Vorgänge in Simbabwe, die Entmachtung des Regimes Muzorewa-

wa — Smith sowie die Ausrufung der Unabhängigkeit dieses Landes, an dessen Spitze jetzt die patriotischen Kräfte stehen, haben die herrschenden Kreise der RSA in Bestürzung versetzt. Man redet dort von einem Verrat des Westens und von Sofortmaßnahmen, die getroffen werden müssen, damit es in Namibia und in der RSA selbst nicht auch so kommt. Der Rassismus ist fest entschlossen, seine Positionen zu halten.

Die Regierung Botha hat vor allen Dingen die militärischen Aufwendungen dieses Jahres auf die Rekordhöhe von 2,5 Md. Dollar gebracht. Neben größeren Ankäufen konventioneller Waffen, deren Verkauf von der UNO verboten ist, und neben der Verstärkung der Streitkräfte hat sie die Entwicklung von Kernwaffen forciert. Die Führung der RSA täuscht vor, sie treffe Maßnahmen zur Liberalisierung des Apartheidregimes, hat aber die Repressalien gegen dessen Gegner verstärkt. Zugleich hat sie eine starrere Haltung zur Namibia-Frage angenommen.

Wir erinnern: Am 30. Oktober 1978 beschloß der Sicherheitsrat auf Antrag Generalsekretär Waldheims einen UNO-Plan für Namibia (Resolution Nr. 435). Ihm zufolge müssen im Land Wahlen unter UNO-Kontrolle abgehalten werden, und es ist vorgeschlagen worden, Truppen und Verwaltungspersonal der UNO dafür hinzuschicken. Bei der Abstimmung über die Resolution Nr. 435 enthielten sich die UdSSR und die CSSR der Stimme, denn der unter Teilnahme der Westmächte aufgestellte Plan gab der RSA in einigen Punkten eine bevorzugte Stellung vor der SWAPO (Volksorganisation Südwestafrikas), die von der UNO-Vollversammlung schon im Dezember 1973 als „wirkliche Repräsentantin des Volks von Namibia“ anerkannt wurde. Trotz der Schwächen des Plans stimmten ihm Staaten Afrikas und die SWAPO zu. Um eine friedliche Bereinigung des Namibia-Problems zu erwirken, machten sie allerlei Zugeständnisse und schlugen vernünftige Kompromisse vor.

Inzwischen sind anderthalb Jahre vergangen, aber die Ausführung des Plans ist noch nicht angelaufen, obwohl schon mehrmals Termine dafür angesetzt worden waren. Die RSA macht Schwierigkeiten. Sie lehnt den Plan in seiner Gesamtheit zwar nicht ab, stellt aber völlig unannehbare Bedingungen. So hat sie eingewilligt,



dab zu beiden Seiten der Grenzen Namibias zu Angola und Sambia eine 50 km breite demilitarisierte Zone angelegt wird, hat aber verlangt, daß die SWAPO-Truppenteile diese Zone räumen, während dort 20 Garnisonen und Stützpunkte der RSA bestehenbleiben sollen. Wäre die Zone denn dann demilitarisiert? Sie wäre es nur für die SWAPO, aber keineswegs für die RSA.

Und noch ein Beispiel. Pretoria verlangt, daß außer Vertretern der RSA und der SWAPO an den Waffenstillstandsverhandlungen die namibischen Marionettenparteien, die im Land keinen nennenswerten politischen Einfluß haben, sowie die UNITA, die Emigrantenorganisation der angolanischen Konterrevolutionäre, beteiligt werden sollen. So wohl die „Frontstaaten“ als auch die SWAPO haben das abgelehnt.

Die Führung der RSA sucht die Erfüllung des UNO-Plans hinauszuschieben, um Zeit zu gewinnen. Sie beeilt sich, in Namibia die SWAPO niederzuwerfen, deren Stützpunkte und Lager in den Nachbarländern zu vernichten und sie derart zu schwächen, daß man bei der Entscheidung über das Geschick Namibias mit ihr nicht zu rechnen braucht. Zeit gewinnen wollen die Rassisten auch, um in Namibia die Positionen der Marionetten zu untermauern.

Hielte man in Namibia jetzt freie Wahlen ab, so würde nach Ansicht gut unterrichteter Beobachter bestimmt die SWAPO siegen. Der Einfluß der 30 Marionettenorganisationen, die vor der Okkupationsverwaltung kriechen, ist so gut wie null. Nach Presseprognosen würden sie genauso geschlagen werden wie in Simbabwe die Anhänger Muzorewas.

Die Rassisten haben ihre eigene Lehre aus den Vorgängen in Simbabwe gezogen: Sie haben den Kampf gegen die SWAPO verschärft. Schon sind 50 000—60 000 südafrikanische Soldaten in Namibia zusammengezogen worden. Zu Strafoperationen hat man viele Söldner hingebracht, die früher in Simbabwe ihr Unwesen trieben.

Die SWAPO konnte, kann und wird auch nicht vernichtet werden. Mit ihrem langjährigen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit hat sie bei der Bevölkerung starken Rückhalt gefunden. Die rassistischen Ausschreitungen gegen diese patriotische Organisation können das Volk nur noch mehr für sie einnehmen. Auf ihrer Seite sind Angola, Sambia und die anderen „Frontstaaten“ sowie alle Mitglieder der OAU, wie die Anfang Juli abgehaltene 17. Gipfeltagung dieser Länder gezeigt hat. Mit den patriotischen Kräften Namibias ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenen solidarisch. Sie genießen den Beistand der UdSSR, ja der ganzen sozialistischen Ländergemeinschaft.

In dieser Situation sucht die RSA-Führung die unabhängigen Staaten Afrikas einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Durch bewaffnete Überfälle auf Angola und andere „Frontstaaten“ wollen die Rassisten sie zwingen, der SWAPO keine Hilfe zu leisten. Wie wir sehen, ist die Aggression gegen die unabhängigen afrikanischen Länder ein Bestandteil der Strategie Pretorias — und vielleicht nicht nur Pretorias.

An Verurteilungen der Apartheid und der Besetzung Namibias durch die RSA hat es im Westen nicht gemangelt. Die imperialistischen Mächte suchen den Eindruck zu erwecken, als wollten sie den Widerstand der RSA gegen die Ausführung des UNO-Plans brechen. Sie haben bei der UNO sogar eine „Kontaktgruppe“ für Namibia gebildet, angeblich um auf Pretoria Einfluß zu nehmen. Sie besteht aus Vertretern der USA, Englands, der BRD, Frankreichs und Kanadas.

RSA-Soldaten an der angolanisch-namibischen Grenze

Foto: Camera Press—TASS



Vertreter dieser Fünfergruppe haben wiederholt auf die RSA eingeredet, sie solle den UNO-Plan akzeptieren, aber umsonst. Die Überredungskünste haben Pretoria eher Mut gemacht. Es hat ganz den Anschein, als ob hinter den „Kontakten“ der Gruppe mit der RSA die Absicht steckt, den UNO-Plan Punkt für Punkt umzumodeln, damit er schließlich den neokolonialistischen Interessen Pretorias entspricht.

Diese sind übrigens recht materiell. Namibia hat sehr viel Naturschätze. Dort gewann man 1977 z. B. 1,7 Mio Karat Diamanten, 28 200 t Kupfer, 39 600 t Blei, 48 000 t Zink und 1100 t Zinn. Dort werden außerdem Silber, Beryll, Schwefel, Vanadium, Wolfram und andere wertvolle Minerale gewonnen. Seit einigen Jahren entwickelt sich das Land zu einem der größten Uranproduzenten der kapitalistischen Welt. Alle diese Schätze sind in den Händen südafrikanischer, amerikanischer, britischer und anderer westlicher Konzerne.

Daher das Bestreben der Westmächte und der RSA, das rassistische Kolonialregime durch ein neokolonialistisches Marionettenregime zu ersetzen und ihre eigenen wirtschaftlichen, politischen und strategischen Positionen zu behalten.

Die 17. OAU-Tagung lehnte die Marionettenregierung in Namibia entschieden ab und stellte fest, daß die Verhandlungen der Westmächte mit der RSA restlos gescheitert sind. Sie hat bestätigt, daß die Okkupation Namibias den Frieden gefährdet.

Der afrikanische Gipfel hat alle Länder der Welt aufgerufen, bei der RSA durchzusetzen, daß sie die Okkupation Namibias einstellt.

Die Sondertagung des UNO-Rats für Namibia vom Juni in Algier hat verlangt, daß der Sicherheitsrat zusammentritt und über allumfassende, bindende Sanktionen gegen die RSA debattiert. Sie seien infolge des Verhaltens der RSA-Regierung, die die UNO-Beschlüsse sabotiert, notwendig. In Afrika, ja in der ganzen Welt fragt man, wie lange die Rassisten in der RSA die Geduld der Weltöffentlichkeit noch auf die Probe stellen können.

In der Gratulation zum Tag der Befreiung Afrikas sprach Leonid Brezhnev die Gewißheit aus, daß die gerechte Sache der Befreiung Namibias, dessen Volk unter Führung ihrer anerkannten Avantgarde, der SWAPO, tapfer für Freiheit und Unabhängigkeit kämpft, siegen und daß auch der schändlichsten Erscheinung unserer Epoche, der Apartheid in der RSA, ein Ende bereitet werden wird.

Der unerschütterliche Widerstand gegen die neokolonialistischen Ränke in Namibia bestätigt nochmals, daß sich die Entwicklung trotz allem genau hierauf zu bewegt.

ERFOLG KAMPUCHEAS

Das große internationale Echo auf die offizielle Anerkennung der VR Kampuchea durch Indien hat gezeigt, daß dies ein Ereignis von ersfranger politischer Bedeutung ist, und positive Auswirkungen in Asien haben wird.

Die Regierung Kampuchea wurde von einem der größten nichtpaktgebundenen Länder anerkannt. Und was haben die Gegner Volkskampuchea nicht alles getan, um Differenzen über deren Anerkennung bei den Nichtpaktgebundenen zu provozieren? Dem Beispiel Indiens werden natürlich nicht unverzüglich all jene nichtpaktgebundenen Länder folgen, die noch keine Beziehungen zu Phnom Penh aufgenommen haben. Doch wohin sich die Waagschale neigt, wurde jetzt besonders deutlich.

Wichtig ist auch der Augenblick, in dem dieser Schritt getan wurde. Der Beschuß Neu-Delhis wurde gerade in jenen Tagen gefaßt, da Reste der Pol-Pot-Banden an der kampucheanisch-thailändischen Grenze aktiviert werden sollen, und das nicht auf eigenes Risiko, sondern auf klare Anweisung aus Peking. Die chinesische Führung ihrerseits koordiniert ihre Aktionen mit Washington. Nach Thailand werden überstürzt amerikanische Waffen transportiert, und Peking bekundet seine „volle Unterstützung“ für Thailand. Unterdes werden an der Grenze zu Vietnam chinesische Truppen zusammengezogen. Viele Beobachter halten es für möglich, daß Peking und Washington durch die Einschleusung von Pol-Pot-Banden aus Thailand nach Kampuchea die Spannungen in Indochina insgesamt schüren und möglicherweise auch einen neuen Überfall der Pekinger Hegemonisten auf Vietnam psychologisch vorbereiten wollen.

Kein Wunder, daß in dieser Lage der Beschuß Neu-Delhis, die VR Kampuchea anzuerkennen, von den Liebhabern internationaler Provokationen als Niederlage ihrer Politik aufgenommen wurde. Der Sprecher des Außenministeriums der VR China genierte sich selbst in einem offiziellen Interview für Xinhua nicht, hierüber „Bedauern“ zu bekunden. In Peking hat man auch allen Grund dazu: Die Konsolidierung der internationalen Positionen Kampuchea untergräbt die Hegemoniepläne der chinesischen Führung. Doch die Sache des Friedens in Asien, der Unabhängigkeit und des Fortschritts seiner Völker kann dabei nur gewinnen.

D. WOLSKI

JAHRE DES AUFTIEGS

Von unserem Sonderberichterstatter Viktor GUSTSCHIN

Zufällig passierte ich die sowjetisch-polnische Grenze in Brest frühmorgens am 22. Juni. Ich brauche wohl kaum zu sagen, was es einem Sowjetbürger bedeutet, an diesem Tag und noch dazu im Morgengrauen dort zu sein. Unser Volk wird ihn nie vergessen. Vor 39 Jahren nahmen hier sowjetische Grenzer und die Besatzung der Brester Festung um diese Zeit als erste den Kampf gegen Hitlers Wehrmacht auf, die tückisch in die UdSSR eingefallen war. Und so verweilten denn viele Fahrgäste des Zuges Moskau-Warschau auf dem Bahnsteig bei der Gedenktafel, die am Bahnhofsgebäude zu Ehren der gefallenen Verteidiger von Brest angebracht ist. Vielleicht kamen nicht nur mir folgende Worte eines Liedes in den Sinn, das das Sowjetvolk zum Kampf gegen die faschistischen Eindringlinge rief: „Der edle Zorn wie eine Woge stieg, das Volk zieht in den heil'gen Krieg.“

Wie stark im Geiste mußte dieses Volk sein und wie sicher in seinem Glauben an den Sieg des Guten, um in edlem Zorn gegen den vertierten Feind zu kämpfen, den es doch wohl ohne Skrupel wie einen tollwütigen Hund hätte vernichten können.

Es war in der Tat ein edler Zorn. Weder die Vorgeschichte noch die Geschichte des Großen Vaterländischen Kriegs kennt auch nur eine sinnlose Grausamkeit, die ein sowjetischer Soldat begangen hätte.

Der Krieg des Sowjetvolks gegen den Faschismus war ein heiliger Krieg. Er hat es Millionen Menschenleben gekostet, und es hat sie nicht nur für das eigene Land und die eigene Freiheit aufgeopfert.

Nicht vergessen

In Polen liegt fast an der Grenze, am Bug, der Flecken Dorochnusk, der früher als andere Orte befreit wurde. In der Umgegend, wo im Krieg der Weiler Okopy lag (russisch bedeutet der Name Schützengräben!), liegt jetzt eine Platte, darauf steht ein Obelisk mit einem Stern und der Aufschrift: „Alexander Fjodorowitsch Solotenis, geb. 1926, gefallen am 21.7.1944“.

An einem Abend im Juli 1944 begrüßt hier der polnische Bauer Ludwik Techtej den blutjungen sowjetischen Kundschafter.

Es heißt, in Dorochnusk befindet sich das erste oder eins der ersten Gräber sowjetischer Soldaten, die als Befreier nach Polen kamen. Spä-

ter entstanden viele, denn dort fielen 600 000 sowjetische Soldaten, und weitere Tausende, die in Gefangenschaft gerieten, wurden in Konzentrationslagern nahe der Grenze umgebracht. In einem der größten, in Majdanek, war ich, um das Andenken der Opfer zu ehren.

Der Bau dieser Todesfabrik wurde von Reichsführer SS Himmler genau einen Monat nach dem Einfall in die UdSSR angeordnet. Hier sollte die Bevölkerung Ostpolens und der besetzten sowjetischen Gebiete vernichtet werden. Laut Generalplan sollte es bis zu 250 000 Insassen gleichzeitig haben. Fertig wurde nur ein Fünftel dessen, was gebaut werden sollte. Durch die Niederlagen der Nazis und das Anwachsen der Partisanenbewegung in Polen konnten die Nazis ihr Projekt nicht ganz ausführen. Trotzdem mordeten sie hier etwa 360 000 Menschen.

Angehörige von 50 Nationalitäten fielen den Nazis zum Opfer, am meisten aber Bürger Polens und der UdSSR. Die erste Massenerschiebung nahmen sie in Majdanek im Dezember 1941 vor. Damals kamen etwa 2000 sowjetische Kriegsgefangene ums Leben. Später wurde größtenteils in den Gaskammern gemordet. Aus Dokumenten geht hervor, daß allein von 1942 bis 1944 fast 8 t Zyklon B nach Majdanek geliefert wurden.

Ungläubliches mußten die KZ-Häftlinge erleiden, und es ist wohl ganz richtig, daß zum KZ Majdanek, das auf Beschuß des Sejm „zum Gedenken an das Martyrium des polnischen Volkes und anderer Völker“ erhalten bleibt, Kinder bis zu 14 Jahren keinen Zutritt haben. Aber jeder Erwachsene soll der Leiden gedenken, die der Faschismus Menschen zufügte, und der Opfer, die die Völker bringen mußten, um die braune Pest auszutilgen. Dabei hat noch jetzt längst nicht alle Nazikriegsverbrecher die verdiente Strafe ereilt.

Am 23. Juli, als Majdanek befreit wurde, konnten die sowjetischen Soldaten und die polnischen Partisanen nur sechs Leute vom Lagerpersonal dingfest machen. Sie kamen vor Gericht, der Prozeß in Lublin dauerte vom 27. November bis zum 3. Dezember 1944. Das war im zweiten Weltkrieg der erste Kriegsverbrecherprozeß. Die Angeklagten bekamen die verdiente Strafe. Mit der Zeit konnte die Justiz Polens und anderer Länder weiterer 130 Büttel aus Majdanek habhaft werden. Das ist aber nur der zehnte Teil des

ganzen Personals. Die anderen sind straflos ausgegangen, und manche genießen noch jetzt in westlichen Ländern Zuflucht und Schutz. Darauf hat die polnische Regierung schon vor einigen Jahren in einer Denkschrift an die UNO hingewiesen. Darin heißt es: „Die Tatsache, daß Personen Straflosigkeit und Handlungsfreiheit zugebilligt wird, die den zweiten Weltkrieg anfingen, massenhaft Kriegsverbrechen verübten und unter Verletzung der elementarsten Menschenrechte und -freiheiten Krieg geführt haben, kann zu neuerlichen Verbrechen dieser Art aufreizen und dadurch den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden.“

Wichtigster Gradmesser

Jacek Zajączkowski hat zwar die ganzen 56 Jahre seines Lebens in Chełm zugebracht und dort in einer kleinen Druckerei gearbeitet, er ist aber trotzdem berühmt. Am 22. Juli 1944 setzte und druckte er gemeinsam mit seinen Kollegen, dem Setzer Tadeusz Maruszewski und dem Drucker Benedykt Adamczuk, das Manifest des Polnischen Nationalen Befreiungskomitees über die Gründung Volkspolen.

Damals konnten in der Druckerei, die die Okkupation wie durch ein Wunder überstanden hatte, einige Hundert Exemplare gedruckt werden, und das war eine Heldenat.

„Tadeusz und ich fingen den Text, den uns Leute vom Wojsko Polskie gebracht hatten, bei Kerzenlicht zu setzen an“, erzählt Zajączkowski. „Es gab keinen Strom. Beim Drucken drehten wir die Maschine mit der Hand, ungefähr 15 mal für jedes Exemplar. Wir waren furchtbar schwach, für mehr als 10 Exemplare reichte keinem die Kraft. Oft mußten wir uns verpusten. Als wir gar nicht mehr konnten, baten wir Passanten um Hilfe. Die Nachricht, was wir drucken, ging wie ein Lauffeuер durch die Stadt. Bald bildete sich vor der Tür der Druckerei eine Schlange. Die Leute lasen das Manifest unter Tränen.“

Noch am selben Tag verlas Andrzej Witos, Vizevorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees, vor den Einwohnern der Stadt und vor Bauern der umliegenden Dörfer das Manifest vor dem Gebäude der ehemaligen Bahndirektion, dem Sitz des Komitees. Die Leute ließen sich kein Wort entgehen, sie fanden im Manifest die Antwort auf die Frage, die alle beschäftigte: wie Polen von nun an sein wird.

Das Manifest appellierte an die Polen, einen wirklich demokratischen Staat aufzubauen, es sagte den Kurs auf Freundschaft mit der UdSSR und soziale Umgestaltungen im Interesse des arbeitenden Volkes an.

Um Volkspolen mußte aber noch gekämpft werden, erst Schulter an Schulter mit den sowjetischen Soldaten gegen die Naziokkupanten, die

damals noch einen großen Teil des Landes besetzt hielten, und nach der Niederschlagung des Feindes gegen den Ruin.

Auf meiner jetzigen Reise konnte ich oft sehen, wie schwer und doch schnell Polen in den Nachkriegsjahren vorwärtskam. Es hat nicht nur relativ, sondern auch absolut viel geschafft. Jetzt gehört es zu den zehn industriell höchstentwickelten Ländern der Welt. Mit der Gewinnung von Schwefel nimmt es den ersten und mit der Kohleförderung den zweiten Platz ein, mit der Erzeugung von Baumwollgarn den dritten, mit Zucker den vierten, mit Wollstoffen den fünften, mit Stahl, Zement und Strom den sechsten und mit dem LKW-Bau den siebenten.

Nach dem Krieg hat Polen einen großen Schiffbau entwickelt, und jetzt gewinnt es immer mehr den Ruf eines tüchtigen Flugzeugproduzenten. Schon jetzt nimmt es mit dem Bau von Flugzeugen für die Landwirtschaft den zweiten Platz in der Welt ein. Im Jahre 1977 lief, nachdem ein diesbezügliches Abkommen mit der UdSSR geschlossen worden war, in polnischen Flugzeugfabriken die Erzeugung von Baugruppen für den sowjetischen Aerobus IL 86 an.

Bestimmt könnte man an jedem dieser Beispiele die Veränderungen veranschaulichen, die in Polen eingetreten sind, seitdem es den vom damaligen Manifest gewiesenen Weg gegangen ist. Was aber soll man an erster Stelle nennen? Was halten die Polen selbst für das Wichtigste? Das habe ich Jacek Zajączkowski gefragt.

„Ich möchte nicht im Namen aller Polen sprechen, wenn ich auch glaube, daß die meisten genau so denken wie ich“, sagt er. „Ich würde mein eigenes Geschick, das meiner Kinder, Verwandten und Freunde an die erste Stelle setzen. Wir waren unglaublich arm, unwissend und entrichtet. Der Krieg und die Okkupation machten überhaupt allen Polen das Leben unmöglich. Und jetzt? Ich habe vier Kinder. Jerzy, der Älteste, hat eine Offiziersschule absolviert und ist bei der Armee. Wojciech, der zweite, ist wie ich Buchdrucker geworden und arbeitet zusammen mit seiner Frau in einer Druckerei. Meine Tochter Anna hat Medizin studiert, und Alicja, die Jüngste, hat voriges Jahr die Musikschule absolviert, dieses Jahr das Abitur gemacht und will Biologie studieren. Wir finden, wir haben Glück. Nun ja, meine Frau und ich haben allerhand Alltagssorgen, aber wer hat sie nicht? Wir sehen aber, daß noch nie in Polen soviel für die Menschen, für ihr gutes Auskommen und ihre gesicherte Zukunft getan wurde wie jetzt. Vielleicht sehen das noch nicht alle so ganz, aber es stimmt.“

Diese Worte Zajączkowskis scheinen mir der genaueste Gradmesser für die Leistungen und die Probleme Polens zu sein. Der Mensch und sein



Das alte und das neue Lublin... In den letzten 35 Jahren hat sich seine Einwohnerzahl fast verdreifacht. Heute leben und arbeiten hier mehr als 300 000 Menschen. Unter der Volksmacht sind viermal soviel Wohnungen gebaut worden, wie es vor dem Krieg in Lublin gab.

Foto: CAF



Geschick. Er hat seine Heimat mit seiner Hände Arbeit aus Schutt und Asche wiedererstehen lassen, ihm gehören alle ihre Schätze. Er hatte das neue Polen aufzubauen und mit ihm selbst zu wachsen.

Ende vorigen Jahres las ich in einer Zeitung eine Mitteilung der polnischen Statistischen Hauptverwaltung. Da stand, Polen habe wieder wie vor dem Kriege 35,4 Millionen Einwohner. Damals achtete ich nicht weiter darauf, aber jetzt habe ich mir darüber Gedanken gemacht. Seit Kriegsende sind neue Industrien entstanden. Von manchen Waren wird 10- bis 15mal soviel wie damals erzeugt. Dazu aber, die Bevölkerungszahl aus der Vorkriegszeit wieder zu erreichen, brauchte Polen 35 Jahre, obwohl seine Geburtenzahl in diesen Jahren zu den höchsten in Europa gehörte.

Noch viel schwieriger aber war es, den neuen Menschen mit neuer Weltanschauung und einer neuen, sozialistischen Einstellung zum Leben, zum Volk, zur Allgemeinheit zu erziehen.

Die geschichtlichen Erfahrungen des polnischen Volkes, die Leiden, die es — zum Teil aus Verschulden der eigenen Bourgeoisie — ertragen mußte, und die radikalen sozialen und politischen Wandlungen im Land unter der Volksmacht haben objektiv zur Erfüllung dieser gar nicht leichten Aufgabe beigetragen. Die meisten Polen sehen heute keine ideologische und politische Alternative zum Sozialismus. Das ist ein überragendes Verdienst der Avantgarde der polnischen Werkstatt, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP). Auf ihrem VIII. Parteitag im Februar hat sie erklärt, sie erachte es als äußerst wichtig, „weiter konsequent das gesellschaftliche Bewußtsein

zu formen und zu erreichen, daß die Bürger die wichtigsten Faktoren einer zügigen Entwicklung des Landes kennen. Es sind die sozialistische Ordnung, die führende Rolle der Partei, das Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intellektuellen, die Konsolidierung der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten, die Vertiefung der Freundschaft mit der UdSSR und die Solidarität mit allen Kräften des Fortschritts und Friedens.“

Daß diese Aufgabe auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat, ist nicht weiter verwunderlich. Es kostet viel Zeit und Mühe, den neuen Menschen zu erziehen. Schon Marx sagte, daß es sehr schwierig ist, das Bewußtsein der Menschen zu verändern, daß die am schwersten einnehmbare Festung der menschlichen Schädel ist. Man muß den Sozialismus nicht unter Laboratoriumsverhältnissen, sondern im realen Leben mit allen seinen Schwierigkeiten und Widersprüchen aufbauen, mit dem konkreten „Menschenmaterial“, das Überbleibsel der Vergangenheit nicht leicht abstreift. In Polen hat der Sozialismus, ebenso wie in den anderen Bruderländern, endgültig gesiegt, das Ringen um den neuen Menschen aber geht weiter.

Wie dem Auge alles Nahe größer als alles Ferne zu sein scheint, so scheinen die jetzt zu lösenden Aufgaben viel schwieriger als die schon gelösten, in die Vergangenheit gerückten. Polen hat es schwer gehabt. Vieles, was es jetzt hat, schien vor kurzem noch unerreichbar. Jetzt hat es neue Aufgaben, und ihre Erfüllung ist schwer wie jeder Aufstieg. Aber jede neue Höhe bietet einen neuen Ausblick.

FALLEN DER „GLEICHBERECHTIGTEN PARTNERSCHAFT“

Lilija STOKLIZKAJA

Der politische und wirtschaftliche Neokolonialismus verstkt in den letzten Jahren seine Aktivitäten in den wirtschaftlich am schwtesten entwickelten Staaten. Er will auf die Entwicklung der riesigen Peripherie der dritten Welt einwirken, wo Anfang der 80er Jahre an die 260 Millionen Menschen oder 12 Prozent der Gesamtbevölkerung der Entwicklungsländer lebten.

In manchen Ländern, wie z. B. im Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik, suchen die imperialistischen Mchte mit allen Mitteln unter dem Tarnmantel „gleichberechtigter Partnerschaft“ diese Ex-Kolonien politisch an sich zu binden. In anderen Ländern (Äthiopien und jetzt auch in Afghanistan) führt der Westen Nachhutgefechte mit den Kräften der nationalen Befreiung und des sozialen Fortschritts und setzt einer unabhigen Entwicklung alle nur möglichen Hindernisse entgegen.

Rollenverteilung

Das ausländische Privatkapital ist auch in den wirtschaftlich rckstdigsten Ländern vertreten. Hier entwickeln Firmen, die die Entkolonialisierung ´berstanden haben, Aktivitäten wie der französische Konzern Boussac Cotonfran im Tschad (Baumwollverarbeitung). In vielen Ländern Schwarzafrikas ist bis heute Bankkapital der ehemaligen Mutterlder prsent. Dort sind auch große internationale Konsortien vertreten, insbesondere der multinationale Finanzblock SIFIDA unter Beteiligung amerikanischer und führender westeuropäischer Industrieller.

Doch trotz allem ´bergehen die Kapitalisten weitgehend jene Länder, die besonders ausländische Ressourcen brauchen. In der Mitte der 70er Jahre gelangten von den 7 Md. Dollar privater Direktinvestitionen kapitalistischer Staaten in die dritte Welt nur 7% an die am schwtesten entwickelten Länder.

Auf der Jagd nach hohen Profiten, die ein schneller Kapitalumschlag bringt, sind die multinationalen Gesellschaften vor allem an jenen jungen Nationalstaaten interessiert, die ´uber leicht zugängliche Vorräte dringend benötigter Rohstoffe (das kupferreiche Zaire) oder aber ´uber eine entwickelte Infrastruktur und ein relativ entwickeltes Industriepotential (z. B. Brasilien) verfügen. Zugleich locken die Länder mit

geringen Naturressourcen, kleinen Binnenmrkten und ohne qualifizierte Arbeitskräfte am wenigsten private ausländische Investoren.

Die Strategen der imperialistischen staatlich oder multilateral geleisteten „Entwicklungshilfe“ haben ´uber Einrichtungen wie die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Weltbank) im Rahmen einer „Rollenverteilung“ die „Hauptsorge“ für die am schwtesten entwickelten Länder

Die UNO-Experten rechnen zu den wirtschaftlich am schwtesten entwickelten Ländern jene, in denen 1977 der Produktionsstand des Bruttonsozialprodukts (BSP) durchschnittlich 140 Dollar pro Kopf, der Anteil der verarbeitenden Industrie am BSP 10% beirug und 80% der Erwachsenen Analphabeten waren. Dazu gehören Afghanistan, Bangladesch, Benin, Bhutan, Botswana, Burundi, Kapverden, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Komoren, Äthiopien, Gambia, Guinea, Haiti, VDR Laos, Lesotho, Malawi, Malediven, Mali, Nepal, Niger, Rwanda, Westsamoa, Somalia, Sudan, Uganda, Tansania, Obervolta, Jemenitische Arabische Republik und VDR Jemen.

übernommen. Die westlichen Gelder für die Peripherie der dritten Welt sind in letzter Zeit gestiegen. So hat 1968–1977 die bilaterale und multilateral erwiesene staatliche Hilfe von 1,6 auf 3,4 Md. Dollar zugenommen. Die Apologeten des Neokolonialismus stellen das so dar, als seien sie um das Schicksal der ehemaligen Kolonien oder abhigen Gebiete besorgt. Doch in Wirklichkeit lassen sich die Imperialisten nur ihre eigenen Interessen angelegen sein. Überdies soll ihre „Hilfe“ radikale soziale und politische Veränderungen bremsen.

US-Außenminister Edmund Muskie äußerte sich kürzlich vor der New-Yorker Vereinigung für Außenpolitik hierzu recht deutlich. Zur Politik der USA gegenüber den Entwicklungsländern sagte er: „Diese Programme ermöglichen uns, die Entwicklung der Lage in entscheidenden Regionen der Welt zu beeinflussen. Ohne sie würde unsere Fähigkeit, auf den Gang der Ereignisse einzutwirken, stark abnehmen. Der Kampf für den amerikanischen Einfluß in der Welt verlangt mehr als nur schone Worte. Er verlangt Ressourcen, die der Diplomatie Nachdruck geben... Wir brauchen den Zugang zu Objekten und Res-

So erklären sich auch Versuche der Neokolonialisten, „Fehler“ des klassischen Kolonialismus zu „korrigieren“, der den Feudalismus und andere vorkapitalistische Produktionsmethoden konservieren wollte. Heute setzt man auf die Entwicklung des Kapitalismus in den rckstdigsten jungen Staaten, die vom Westen abhig sind.

Gegenüber jenen Entwicklungsländern aber, die ihre sozialistische Orientierung proklamiert haben, verlegt sich der Neokolonialismus meist aufs Abwarten. Der Westen, der darauf setzt, daß der Vormarsch auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, bietet ihnen „Hilfe“ an, wobei er eine bürgerliche Transformation der unbeständigen Elemente in den revolutionär-demokratischen Regimes anstrebt. Doch derartiger Edelsinn verfligt sich, wenn die Imperialisten entdecken, daß es nicht bei dem verbalen Bekenntnis für die sozialistische Orientierung bleibt und die führenden Politiker dieser Länder grundlegende sozialokonomische Umgestaltungen in Angriff nehmen. So haben die einschneidenden Veränderungen in Äthiopien — die

Nationalisierung der Industrie, die Umgestaltung der Landwirtschaft und die Schaffung der Voraussetzungen für den Aufbau einer Gesellschaft nach sozialistischen Prinzipien — sofort zu einer Verringerung der westlichen „Hilfe“ gefrt. Der Umfang der staatlichen „Hilfe“ des Auslands an Äthiopien ist von 5,3 Dollar pro Kopf (1975) auf 3,7 Dollar (1977) gefallen.

Abhigkeit durch kapitalistische Entwicklung — so formuliert der Imperialismus letztlich seine Strategie der Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern an der Peripherie der dritten Welt.

Neokolonialistische Gelüste

„Wir müssen zusammenarbeiten, unseren Wirtschaftsraum ausweiten. Im 19. Jh. haben wir versucht, dieses Problem durch koloniale Unternehmen zu lösen. Doch diese Zeiten sind vorbei, die Gelüste aber sind geblieben.“ Dieses so offene Eingeständnis der „Notwendigkeit“ neokolonialistischer Expansion stammt von Claude Cheysson, Mitglied der EG-Kommission, verantwortlich für die Beziehungen zu den Entwicklungsländern.

Die Bedeutung der Märkte der

EIN BÖSES OMEN

Die Zusammenkünfte führender Politiker der USA und der VR China haben die Besonderheit, daß sie öfter Aggressionsakten der einen oder anderen Seite vorausgehen. Kurz nach dem aufsehenerregenden Gespräch Präsident Nixons mit Mao Ze-dong von Ende Februar 1972 intensivierte die US-Luftwaffe ihre Umtreibe am Himmel Vietnams. Sieben Jahre später folgte dem Besuch des Pekinger „starken Mannes“, Deng Xiaopings, in den USA die Großinvasion Chinas in die Nordprovinzen Vietnams.

Daher ist es begreiflich, daß die Öffentlichkeit der Zusammenkunft Carters mit dem Premier des Staatsrats der VR China, Hua Guofeng, so besorgt entgegensaß. Beide waren zur Trauerfeier für den verstorbenen japanischen Ministerpräsidenten Ohira am 10. Juli in Tokio eingetroffen. Übrigens hat die US-Presse dieses erste Gipfeltreffen seit Aufnahme der amerikanisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen vorher möglichst heruntergespielt und den Schwerpunkt darauf verlegt, daß die politische Zukunft der beiden Herren ja „ungeiß“ sei. Jedenfalls betrafen ihre Gespräche eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit. In welchem Sinne! Zahlreiche Kommentare laufen darauf hinaus, daß sich das Treffen gegen eine Erwärmung in den Ost-West-Beziehungen gerichtet habe (so die „Stuttgarter Zeitung“).

In Tokio wurde aber nicht nur über ein abgestimmtes Vorgehen gegen die positiven internationalen Entwicklungstendenzen diskutiert. Auch Afghanistan und Kampuchea standen zur Diskussion. Es steht zu erwarten, daß neue Waffenpartien aus China und den USA an die afghanischen Banden abgehen werden. Befürchtet wird, daß Peking und Washington Thailand zu neuen Provokationen gegen Kampuchea aufhetzen können. Kommentatoren meinen, das Treffen in Tokio könne eine noch größere Spannung auch an der chinesisch-vietnamesischen Grenze zur Folge haben. Nicht von ungefähr hat Peking neulich drei neue Divisionen hinverlegt und die eindeutige Aggressionsvorbereitung mit der Drohung begleitet, Vietnam wieder „eine Lektion zu erteilen“.

Das Treffen Carters und Hua Guofengs ist ein böses Omen. Ihre Abmachung nimmt greifbare Formen an und bedroht den Frieden und die Stabilität vieler Länder.

J. DIMOW



So stellte der bekannte kubanische Karikaturist René de la Nuez (Aufschrift auf dem Bündel — „Hunger“) die bekräftigte Hilfe der USA für die Entwicklungsländer dar

Entwicklungsländer für die Stimulierung der Nachfrage in der westlichen Wirtschaft hat besonders nach der Krise von 1974/75 zugenommen, auf die eine tiefe Stagnation folgte. Die imperialistische „Hilfe“ soll einigen Industriezweigen genügend Aufträge sichern. Besagter Cheysson äußerte in einem Interview für die „International Herald Tribune“ (USA) die Überzeugung, daß das wirksamste Mittel für eine Belebung der westlichen Wirtschaft auf den Märkten der Entwicklungsländer zu suchen sei, da die dort investierten Gelder unverzüglich als Nachfrage nach Industriewaren zurückkommen.

Andererseits besteht diese Form neokolonialistischer Expansion neben diversen protektionistischen Barrieren, die gegen die Einfuhr von Erzeugnissen aus den am schwächsten entwickelten Staaten in die Länder des Westens errichtet wurden. Diese Beschränkungen erfassen heute 25—35% der von den ärmsten Ländern ausgeführten Waren. Und auf den kapitalistischen Markt entfallen mehr als neun Zehntel ihres Exports. Die Handelsdiskriminierung macht es den am schwächsten entwickelten Ländern unmöglich, Wirtschaftsprogramme durch Devisenerlöse aus dem Export zu finanzieren, und verstärkt noch mehr ihre Abhängigkeit von imperialistischer „Hilfe“.

Diese „Hilfe“ dient als Ausgangspunkt für die nachfolgende neokolonialistische Expansion. Ein Großteil von ihr fließt nicht in die Entwicklung der Industrie, sondern einer Infrastruktur, die es möglich macht, die ausländischen Investitionen auszubauen.

Bei ihrer neokolonialistischen „Wohltätigkeit“ sahnen die Monopole neben allem anderen auch tüchtig ab. All das kommt die jungen Nationalstaaten teuer zu stehen. Botswa-

na, Burundi, die Zentralafrikanische Republik, Niger und viele andere Länder Schwarzafrikas waren 1976 gegenüber westlichen Geldgebern mit über 13 Md. Dollar verschuldet.

Alarmierende Prognosen

Die schweren Erschütterungen des Währungs- und Finanzsystems, der Volkswirtschaft im allgemeinen und der Energiewirtschaft im besonderen, die der Kapitalismus in den letzten Jahren durchmachte, haben mit voller Kraft sein schwächstes Glied getroffen — die Peripherie der dritten Welt. Die Kluft nicht nur zwischen den kapitalistischen Industrieländern und ihrer ehemaligen kolonialen und halbkolonialen Peripherie, sondern auch zwischen den jungen Staaten selbst wird immer tiefer. Wie UNCTAD-Generalsekretär Gamani Corea kürzlich erklärte, hat das Bruttonsozialprodukt pro Kopf in den am schwächsten entwickelten Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten um weniger als 1 Dollar jährlich zugenommen. Wenn dieses Zuwachstempo in den 80er Jahren ebenso gering sein wird, dürfte 1990 dieser Index nach UNCTAD-Schätzungen höchstens 152 Dollar pro Kopf gegenüber 732 Dollar für die gesamte Gruppe der Entwicklungsländer betragen. Die Förderung der kapitalistischen Produktionsarchie führt zu steigender Ungleichheit der materiellen Verhältnisse.

Daß neokolonialistische Kreise gerade dieses „Modell“ verwirklichen wollen, hat „Le Monde diplomatique“ (Frankreich) überzeugend nachgewiesen. Das Blatt konstatierte nach einer Analyse der Tätigkeit des Stoßtrupps des kollektiven Neokolonialismus, der Weltbank, daß in der Landwirtschaft, der in letzter Zeit die besondere Aufmerksamkeit der Bank gilt, mit der Kreditgewährung an die Bauern letztlich mittlere und große Landbesitzer finanziert werden sollen, die einen relativ geringen Teil des Agrarsektors der dritten Welt ausmachen.

Die alarmierenden Aussichten für die Außenseiter der dritten Welt rufen wachsende Besorgnis bei der Weltöffentlichkeit hervor. Auf der letzten UNCTAD-Tagung (Mai 1979, Manila) wurde ein neues Aktionsprogramm für die 80er Jahre angenommen, das eine grundlegende Verbesserung der Lage dieser Staatengruppe bringen soll. Es wird immer deutlicher, daß der Weg der jungen unabhängigen Staaten zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sozialökonomische Reformen im Interesse der Völker, die Liquidierung des Systems des Diktats und der Ungleichheit in der kapitalistischen Weltwirtschaft verlangt. ■

ARMER CHURCHILL!

„Es ist beinahe peinlich geworden, mitanzusehen, wie sie Carter jedes Mal unterstützt, wenn er seine Politik ändert“, schrieb die britische Wochenzeitung „Observer“ zu Premierminister Margaret Thatcher.

Kaum wird in den USA eine Anhebung der Rüstungsausgaben bekanntgegeben, da verfährt London schon entsprechend trotz seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten — und das obwohl Großbritannien einen größeren Teil seines Nationaleinkommens für die Rüstung ausgibt als wirtschaftlich erfolgreichere europäische NATO-Partner.

Kaum hat Washington von der Stationierung seiner neuen Atomraketen in Europa gesprochen, da haben die Tories bereits Startrampen für sie gefunden.

Das Pentagon hat begonnen, die Atom-U-Boote auf Trident-Raketen umzurüsten. Und auch London braucht dringend Trident-Raketen — obgleich das mindestens 5 Md. Pfund Sterling kosten wird.

Die US-Kongreßabgeordneten diskutierten noch das Für und Wider der Entwicklung einer neuen Generation chemischer Waffen. An der Themse aber fackelte man nicht lange. Das britische Fernsehen widmete der Ausbildung der britischen Armee in chemischer Kriegsführung ein Sonderprogramm. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums teilte nicht ohne Stolz Journalisten mit, England verlange, daß auf seinem Territorium das erste NATO-Versuchsgelände für Tests chemischer Waffen außerhalb der USA geschaffen wird.

Und konnten etwa die Ladies und Gentlemen in Whitehall einfach untätig zusehen, wie die USA eine Eingreiftruppe aufstellen? Kürzlich wurde gemeldet, Großbritannien werde in den nächsten Jahren eine eigene Einsatztruppe für Auslandseinsätze bilden. Sie soll der Zeitschrift „Aviation Week and Space Technology“ (USA) zufolge ferner den USA helfen, den Einfluß des We-

stens „über den traditionellen NATO-Bereich hinaus“ auszuweiten.

Den Tories imponiert es, wenn man sie an Winston Churchill mißt. Hier sei daran erinnert, daß Churchill, als er im Februar 1951 die Regierung Attlee kritisierte, weil sie die Interessen der USA und der NATO höher stellte als die nationalen Belange, erklärte: „Niemand soll denken, ich sei den USA gegenüber feindlich gesint, doch ich meine, daß wir nicht so weit nachgeben sollten.“

Was hätte der arme Churchill wohl zur Politik der jetzigen Toryregierung gesagt?

W. BOIKOW

VERGESSENE GEBOTE

Ganze 22 Jahre wurden sie strikt geheimgehalten — seit 1958 liegen sie in den Archiven. Jetzt erst wurden sie der erstaunten amerikanischen Öffentlichkeit präsentiert.

Gemeint ist ein vom Kongreß angenommenes Papier mit zehn Geboten für die Beamten. Im ersten Gebot heißt es, daß Treue das höchste

moralische Prinzip werden müsse. Dann wird es den Beamten zur Pflicht gemacht, die Verfassung zu hüten, an ihrem Arbeitsplatz „mit vollem Einsatz zu arbeiten“ und „eine wirksamere Erfüllung der gestellten Aufgaben anzustreben“.

Die Gebote Nr. 5 bis Nr. 10 erklären die Grundlagen der US-Demokratie: Unter keinen Umständen sind gute Dienste und Geschenke anzunehmen, die offiziell werden, „um die Erfüllung der vom Staat auferlegten Verpflichtungen zu beeinflussen“. Also keine Korruption. „Verwenden Sie keine vertraulichen Informationen im eigenen Interesse“ und „Entlarvt die Korruption, wo ihr sie findet“.

Warum wurde dieses wichtige Kongreßdokument den Beamten nicht eher zur Kenntnis gebracht? Etwa 1978, als 557 Funktionsträger aller Ränge der Bestechung überführt wurden. Wenn diese zehn Gebote bekannt gewesen wären, dann hätten sie sich möglicherweise nicht nachträglich ein



„Die Antwort aus dem Weißen Haus ist da. Dein Plan, die Astronauten auf fliegenden Untertassen bei einer Rettungsoperation im Iran einzusetzen, wurde abgelehnt.“

Aus „Globe and Mail“ (Kanada)



Die Normalisierung in Kampuchea zu stören und die komplizieren — dieses Ziel haben sich Washington mit Hilfe thailändischer Behörden darangestellt, Polinge gefärbt in die VR Kampuchea einzuschleusen.

„schlechtes Gewissen“ eingehandelt.

Doch für die Gesetzgeber selbst gelten die Gebote offenbar nicht. So wurden in diesem Jahr acht Kongreßabgeordnete bei der vom FBI inszenierten „Operation Abscam“ in flagranti beim Schmiergeldempfang gefaßt. Diese Meldung brachte „U.S. News & World Report“ zufolge „den Kongreßabgeordneten, die das Vertrauen der Bevölkerung zum wichtigsten legislativen Organ der USA wiederherstellen wollen, einen empfindlichen Schlag bei“. Doch die „Operation Abscam“ ist nicht der einzige Schandfleck des Kongresses.

Von jetzt an sollen die zehn Gebote in jeder Dienststelle mit mehr als 20 Beamten ausgehängt werden — doch nicht im Kapitol. Die Abgeordneten strichen den Kongreß schleunigst aus der Liste jener Institutionen, wo der Verhaltenskodex auszuhängen ist. Erstens sind sie ja keine einfachen Beamten. Und zweitens wollen sie die zahlreichen Lobbyisten, die um das Wohlwollen der Parlamentarier buhlen, nicht vor den Kopf stoßen.

V. GRIBATSCHOW

„NEUE ZEIT“

29.80

WIEDER DA

Unterschiedlich wurde in Peking und Tokio der 43. Jahrestag des Beginns der Aggression Japans gegen China begangen. In der „Nördlichen Hauptstadt“ (Peking) tat man alles, um die Untaten der Samurais in Vergessenheit zu bringen, die in wenigen Tagen allein in Nanking 50 000 Personen niedermetzten. In der „Östlichen Hauptstadt“ (Tokio) aber hat man offen-

bar die profitable Ausbeutung der Naturressourcen und der Bevölkerung in den besetzten Regionen Chinas nicht vergessen. Bedeutende japanische Geschäftsleute „mit großen Arbeitserfahrungen in China“ gründeten in den „Jubiläums“tagen eine „Gesellschaft für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Osten“. Diese Gesellschaft hat weitreichende Pläne: Sie

verspricht, Peking beim Bau von Eisenbahnen, bei der Prospektierung von Bodenschätzen und der Erzförderung zu helfen.

Dieser Gedanke stößt auf Gegenliebe in Regierungskreisen Tokios: Gibt es dort ja nicht wenige Chinaexperten mit 40jähriger Erfahrung... So war der japanische Außenminister Okita Verbindungsoffizier der Asiatischen Entwicklungsbehörde in Peking, wo er mit Außenhandels- und Industrieminis-

ster Sasaki zusammenarbeitete. Verbindungs-offizier in Shanghai war der derzeitige Generalsekretär des Kabinetts, Ito.

Offenbar hat man in Peking ebenfalls nichts dagegen, daß die „Kooperationsexperten“ zurückkehren. Ihre Erfahrungen bei der Ausprobung der chinesischen Arbeiter können ja bei den geplanten „vier Modernisierungen“ von Nutzen sein.

F. JURJEW

NICHT ABLENKEN LASSEN!

Edward Meyer, Stabschef der US-Armee, ist in Seoul zur Inspektion eingetroffen. Der General wollte schon seit langem seine guten Freunde besuchen, doch er hatte Pech: Viele seiner südkoreanischen Kollegen schossen einander nieder, und lange Zeit gab es niemand, zu dem man hätte fahren können. Der hohe Besucher dachte natürlich gar nicht daran, gegen den Terror der Militäregierung, gegen die blutige Niederschlagung der Studentendemonstrationen in Kwangju zu protestieren. Doch manche Leute in Seoul sollten einen Rüffel einstecken.

Die Kollegen von der südkoreanischen Armee haben, US-Militärberatern zufolge, ihr eigentliches Wirkungsfeld ganz vernachlässigt und sich Hals über Kopf in die Politik gestürzt. „Ich befürchte, daß ihre Talente und Führungsfähigkeiten eher von politischen Angelegenheiten als von ihren militärischen Aufgaben in Anspruch genommen werden“, hieß es in einem Report. Statt z. B. ein Militärmanöver an der Grenze zur KVDR abzuhalten, wurde eine ganze Marineinfanteriedivision für den Einsatz gegen die Zivilbevölkerung abgestellt. Die Leute fest im Griff zu haben, sei ja gut, doch dafür reiche der Sicherheitsdienst schon aus, argumentieren die Amerikaner. Und so werde auch der „Anstand“ gewahrt.

Washington schickt sich natürlich nicht an, sich aus Seoul zurückzuziehen — zuviel haben die USA schon in ihre Marionetten gesteckt. Vielleicht sollte man lieber selbst Ordnung im Land schaffen?

L. MICHAJLOW

SIE KÖNNEN RUHIG SEIN



Aus der Zeitschrift „Bohemia“ (Kuba)

Das Foto zeigt Lawrence Gene Morgan und David Wayne vom Ku-Klux-Klan, die fünf Teilnehmer einer antirassistischen Versammlung niederschossen.

Ein Bildreporter hielt die Banditen in dem Augenblick fest, da sie in das Gefängnis Greensboro, US-Staat North Carolina, abgeführt werden — doch das nicht wegen dieses entsetzlichen Verbrechens. Die Behörden ergreifen nur während der Untersuchung gewisse Vorsichtsmaßnahmen. Schließlich könnten sich ja Rächer finden! Um ihre Zukunft brauchen sich die rassistischen Mörder kaum Sorgen zu machen: Die amerikanische Justitia sieht in solchen Fällen üblicherweise die Schuldbelege für unzureichend an.

A. BARYSCHEW



In Israel sind die ersten hochmodernen US-Jagdflugzeuge vom Typ F-16 eingetroffen. Piloten der U. S. Air Force haben schon vier von 75 geforderten Maschinen überstellt. Einer der ersten, der sich die Neuanschaffung ansah, war Israels Ex-Verteidigungsminister Weizmann. Der UPI-Korrespondent hielt diesen Augenblick fest.

Mit einem Pfeil auf dem Flugzeugrumpf ist das Schleudersitzsystem gekennzeichnet. Weizmann selbst „katastorierte sich“ freiwillig Ende Mai aus dem Kabinett, wobei er erklärte, die Regierung Begin könne Israel nicht aus der politischen und wirtschaftlichen Sackgasse herausführen. Auch den anderen „Friedensstiftern“ von Camp David bleibt die Möglichkeit, per Schleudersitz auszusteigen.

Psychologische Aggression des Westens

Sinowi MIRSKI

Die USA und die NATO sind vom militaristischen Taumel erfaßt: Die „eurostrategischen Raketen“ und das aggressive Abenteuer gegen Iran, der „nichterklärte Krieg“ gegen Afghanistan und der Versuch, SALT II zu Grabe zu tragen, die ihren Ausmaßen nach beispiellosen Manöver „Global Shield 80“ und die Serie von „Irrtümern“ mit der Auslösung eines „nuklearen Alarms“, deren provokatorischer Charakter unverkennbar ist... All diese militaristischen Aktivitäten der USA und der NATO haben eine mächtige ideologische und propagandistische Unterstützung. Ihre Basis sind Antisowjetismus und Antikommunismus, und diese sind, wie es im Beschuß des ZK-Plenums der KPdSU vom Juni d. J. heißt, „zum Instrument der Forcierung des Wettrüsts, zur Waffe im Kampf nicht nur gegen die UdSSR und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen alle Kriegsgegner und Friedenskräfte geworden, zu einem Mittel, um die Entspannung zu untergraben.“

Mit Hilfe des Antisowjetismus und Antikommunismus, des Lügenmärchens von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ will der Imperialismus das internationale Prestige der UdSSR schädigen und die Öffentlichkeit des Westens den Ideen des Sozialismus abspenstig machen. Mit Hilfe der antisowjetischen Erfindung versucht man, auch die Sowjetbürger zu desorientieren.

Überdies dient der Mythos von der sowjetischen militärischen Bedrohung dazu, im Bewußtsein der westlichen Öffentlichkeit einen der falschen Denkstereotypen der bürgerlichen Propaganda zu verankern und die Öffentlichkeit der USA, Westeuropas und Japans militaristisch zu bearbeiten. Die Zeitschrift der Bundeswehr „Wehrkunde“ schreibt ohne Umschweife vom „psychologischen Angriff“. Und weiter: Dieser Angriff, der vom ideologischen und propagandistischen Apparat des Pentagon und der NATO verwirklicht wird, sei „der Hauptteil, das scharfe Schießen ist der Schlußakt des modernen Krieges“.

„Erinnerungen“ an den dritten Weltkrieg

Vor kurzem war Ex-Präsident der USA Nixon in Westeuropa. Kurz da-

vor war sein Buch „Der reale Krieg“ erschienen. Darin behauptet er, der dritte Weltkrieg sei schon im Gange, und der Westen verliere ihn gegen die UdSSR. Nixons absichtlich panische Gedankengänge sind nicht etwa der Versuch eines abgetakelten Politikasters, sich erneut in den Vordergrund zu spielen. Die Sache ist viel ernster.

Die NATO bauscht die „sowjetische militärische Bedrohung“ auf, um ihre These zu bekräftigen, der dritte Weltkrieg sei im Anzug. Auch der britische General a. D. John Hackett unterstützte diese These in seinem Buch „Der dritte Weltkrieg. August 1985. Eine künftige Geschichte“. Kaum erschienen, lag dieses Opus auch schon auf Präsident Carters Tisch. Dazu die „Newsweek“: „Im Ovalen Saal des Weißen Hauses liegt auf dem Schreibtisch Präsident Carters unter der Bibel das unheimlich betitelte Buch „Der dritte Weltkrieg...““ Zwar ist es Belletristik, aber Sir John serviert die Ereignisse als die „künftige Geschichte“ von 1985 und schildert ausführlich, wie, warum, wann und wo der dritte Weltkrieg verlaufen wird.

Der Autor redet dem Leser ein, der Westen könne den Weltkrieg gewinnen, wenn er seine Rüstungsausgaben von 3–5% auf 9–11% des Bruttonsozialproduktes erhöht. General Hackett meint: Wäre der von ihm erdichtete dritte Weltkrieg 1977 oder 1978 ausgebrochen, so hätte der Westen ihn verloren.

Fast gleichzeitig mit Hacketts Buch erschienen andere, ebenso provokatorische „Erinnerungen“ an einen künftigen Weltkrieg. Sie wurden nicht nur in Westeuropa und den USA gedruckt, sondern auch in Japan, wo die militaristischen Bestseller wie „Der dritte Weltkrieg und Asien“, „Der dritte Weltkrieg und Japan“ sowie „Die Russen sind gelandet!“ aufeinander folgten. Die USA-Zeitschrift „Nation“ schrieb: „Solche Elaborate gehören eindeutig zur vorätzlichen Einschüchterungskampagne, die die Öffentlichkeit für die neue Eskalation des Wettrüsts gewinnen soll. Die Wirkung dieser Bücher ist recht beträchtlich... So ist das Buch „der dritte Weltkrieg“ reiner Unsinn, was es jedoch nicht hindert, ... die Menschen gewissermaßen zu verunsichern.“

Neuen Auftrieb erhielt die propagandistische „Apokalypse“ nach dem Beschuß der NATO-Ratstagung vom

Dezember 1979, USA-Kernraketen in Westeuropa zu stationieren. Am 16. März hieß es z. B. in der Sendung von Radio London „Angriffsziel: Vereinigtes Königreich“: „Der dritte Weltkrieg wird vermutlich in den nächsten 18 Monaten beginnen.“ Am 7. Mai brachte die „New York Times“ den Artikel von Prof. Roger Fisher (Harvard-Universität) „Internationale Beziehungen: Denken an Krieg“. Daran forderte der Autor die NATO auf, „einige mögliche Vorschläge für die Feuereinstellung“ auszuarbeiten, „die unseren Gegnern im künftigen Krieg gemacht werden könnten“. Er möchte sogar, daß die USA und die UdSSR darüber verhandeln. Alles werde in Ordnung sein, meint R. Fisher, wenn Washington und Moskau ein vereinbartes Dokument dieser Art haben, „dann werde man sofort vorschlagen können, daß sich die beiden Seiten einigen: „Ab 01.00 Uhr nächsten Tages treten die vom Warschauer Vertrag und von der NATO 1980 ausgearbeiteten Standardbedingungen für die Feuereinstellung (Variante b) in Kraft.“ Demnach wird zuerst der Abtausch von Atomschlägen, dann die Veröffentlichung dieses Dokuments und dann das Ende des dritten Weltkrieges erfolgen.

Ist das verbrecherische Naivität oder ein Zynismus ohnegleichen? Wie Fisher schreibt, habe ein beunruhigter NATO-Offizier ihn sogar gefragt: „Aber wenn wir im voraus beschlossen haben, wie der Krieg auszugehen hat, wozu dann diesen Krieg führen?“ Auf diese vernünftige Frage bleibt der USA-Professor eine Antwort schuldig. Kein Zufall auch, denn Fisher spricht nicht davon, wie ein dritter Weltkrieg zu verhindern, sondern davon, wie er zu beenden sei. Es geht ihm darum, die westlichen Leser von der Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes zu überzeugen, ja an den Gedanken zu gewöhnen, daß der Krieg unbedingt ausbrechen wird, die einen würden zwar umkommen, andere aber überleben.

Denken an Unausdenkliches

Diese Konzeption liegt heute der psychologischen Aggression des Pentagon und der NATO zugrunde. J. Culver, Mitglied des Verteidigungsausschusses im USA-Senat, verwies auf die „Gefahr der Verbreitung völlig falscher Behauptungen im amerikanischen Volk, der totale Krieg könnte nicht nur gewonnen, sondern auch — wie die gewöhnlichen Kriege von Anno dazumal — überlebt werden.“

Solche Gedanken an Unausdenkliches werden vor allem von gelehrt „Falken“ in Umlauf gesetzt. So erklärte Edward Teller, der „Vater

der H-Bombe", wiederholt, der Kernkrieg sei gar nicht unvorstellbar; die Meinung, daß er das Ende von allem bedeuten würde, sei falsch und führe nur zur „Schwächung der westlichen Demokratien“.

Ernst wird es, weil so etwas bei einigen Politikern und Generälen des Westens Anklang findet und von den Massenmedien kolportiert wird. Einige westliche Organe verharmlosen sogar den Kernkrieg und all seine eventuellen Folgen. In seinen Werbespots preist das USA-Fernsehen etwa konservierte und gedörrte Lebensmittel als unersetzlich für die Versorgung in den Bunkern, wo man die Zeit überbrücken würde, bis „das Schlimmste“ vorbei sei — nämlich „eine Revolution, eine Anarchie oder auch nur ein Kernkrieg“ („International Herald Tribune“). Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (BRD) meint ihrerseits, Hiroshima liege schon so weit zurück, daß die damit verbundenen Schrecken nicht mehr als Realität empfunden werden könnten. Die FAZ-Redakteure meinen wohl, zur Erkenntnis der Realität einer Kernexplosion wäre es nötig, daß der Schrecken von Hiroshima zum Schrecken von Frankfurt/M., Brüssel, London oder Rom wird. Muß oder darf man aber die schreckliche Vergangenheit anderer vergessen, um sich betrügen zu lassen?

Eben darauf wirken aber das Pentagon und die NATO hin. Z. Brzezinski, der Sicherheitsberater des USA-Präsidenten, nennt die Möglichkeit des Untergangs von Millionen Menschen im Kernkrieg mit zynischem Dünkel einen „egozentrischen Gedanken“. Diese menschenfeindliche Philosophie verrät die Wahlverwandtschaft zwischen dem Washingtoner „Falken“ und seinem Pekinger Gesinnungsgenossen Deng Xiaoping, der sich über den Kernkrieg ebenso nonchalant ausläßt. Unlängst erklärte Deng vor Vertretern des Hearst-Zeitungstrusts: „Wir haben nicht viel zu verlieren“ (an materiellen Werten sind die Maoisten nicht reich, und das Menschenleben bedeutet ihnen bekanntlich nichts), „und wir sind weniger als die USA, Westeuropa und Japan darüber besorgt, was im Kriegsfall vernichtet werden könnte.“

Diese Erklärung ist der logische Schluß der Propaganda von Gedanken an Unausdenkliches. Ihre Verbreiter, die die Wahrheit vom Kernkrieg unter den Tisch fegen wollen, bereiten dadurch im Grunde den Tod von Millionen vor.

Auf dem Pazifik-Atoll Bikini führten die USA 1946—1958 insgesamt 23 Kernwaffenversuche durch, darunter einen mit einer H-Bombe 1956. Die Bevölkerung wurde 1946

evakuiert. 23 Jahre später erklärten die USA-Behörden das Atoll für „ungefährlich“ und ließen die Bewohner zurückkehren. Aber 9 Jahre später wurden sie wieder ausgesiedelt, weil auf Bikini ein erhöhter Strahlungspegel besteht. Das Wasser, die Früchte der Kokospalmen und des Brotaums sind radioaktiv verseucht. Associated Press: „Die von der Insel vertriebenen Einwohner werden in den nächsten 30, vielleicht aber auch 100 Jahren wegen der Strahlung nicht nach Bikini zurückkehren können.“

Die erschreckende Erfahrung Bikinis zeigt: Selbst wenn jemand einen Nuklearkrieg überleben sollte, wird dieser unsernen Planeten unbewohnbar machen, für alle Menschen. Auch für Brzezinski und Deng.

Sozialer Auftrag

Die psychologische Aggression ist eine Mehrzweckkampagne. Der erste Zweck ist, durch Steigerung der Angst vor der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ und dem unvermeidlichen Kernkrieg im Westen eine für das Wettrüsten günstige moralisch-psychologische Atmosphäre zu schaffen.

Der bekannte USA-Wirtschaftsexperte V. Perlo schreibt: „In der ganzen USA-Geschichte hat noch kein einziger amerikanischer Präsident zu Friedenszeiten die Streitkräfte so unaufhörlich und rasch vergrößert wie J. Carter. Seine Haushalte können nicht im üblichen Sinne des Wortes Friedensaushalte genannt werden: Eher sind es Budgets der Vorbereitung auf einen Aggressionskrieg.“ Schon in den 50er Jahren sagte J. F. Dulles ohne Umschweife: „Damit das Land die Bürde des Unterhalts mächtiger Streitkräfte trägt, muß man eine emotionale Atmosphäre schaffen, die der psychologischen Situation der Kriegszeit ähnlich ist. Man muß die Vorstellung von einer Gefahr von außen hervorrufen.“

Besagte „Gefahr von außen“, d. h. die „sowjetische militärische Bedrohung“, erlaubt es den imperialistischen Kreisen, Dutzende Milliarden Dollar, D-Mark, Pfund, Lire usw. aus der Tasche des Steuerzahlers in die Tresore der Rüstungsmonopole zu praktizieren. Mehr noch, die westliche Bourgeoisie schüchtert die Bevölkerung mit der Unvermeidlichkeit eines dritten Weltkriegs auch in der Hoffnung ein, die Werktagen von den inneren Problemen abzulenken. Diese — und folglich auch der Kampf zwischen Arbeit und Kapital — werden immer akuter.

Nach Meinung des Pentagon und der NATO könne die Schärfe des Klassenkampfes angesichts der sich

vertiefenden Wirtschaftskrise gemindert werden, wenn der Durchschnittsbürger im Westen denke, jeden Augenblick könne es zur nuklearen Weltkatastrophe kommen. Dann wird ihm die Lust nach sozialen Forderungen schon vergehen!

Die Bourgeoisie spekuliert auf den antisowjetischen Mythos und die Unvermeidlichkeit des Krieges im Interesse ihrer gesamten Klasse, aber auch in dem einer exklusiven Gruppe. Am deutlichsten zeigte sich dieser Zweck der psychologischen Aggression im Zusammenhang mit dem Bestreben des USA-Präsidenten und seines Anhangs, im Weißen Hause zu bleiben. In „Paris-Match“ lesen wir: „Carter kann bei den Wahlen im November nur gewinnen, wenn in Amerika Angst in Erwartung eines neuen Weltkrieges herrschen wird, und er tut alles, damit sich der Himmel bewölkt.“

Die Rüstungsbudgets, die Wirtschaftskrise und der Klassenkampf, die politischen Ambitionen des USA-Präsidenten, all diese Ziele der psychologischen Aggression betreffen das eigene System. Die Einschüchterung und Irreführung der westlichen Öffentlichkeit durch antisowjetische Lügenmärchen muß die Stärkung des kapitalistischen Systems ermöglichen. Aber die psychologische Aggression hat auch einen sozialen Auftrag, der das andere System betrifft: Die Bevölkerung der westlichen Länder muß glauben, daß der Kapitalismus einen Kernkrieg nur durch Vernichtung des Sozialismus als System gewinnen könne.

Und so prophezeien die westlichen Politiker und Propagandisten anderen den Untergang, versichern jedoch, der Kapitalismus sei dermaßen lebensfähig, daß ihm auch ein Kernkrieg nicht viel antun könne. Der USA-Präsident sagte: „Wir sind ein starkes Land und können, wenn es darauf ankommt, selbst einem strategischen Kernschlag standhalten.“ Aber in einer Sonntagsbeilage der „New York Times“ hieß es: „Die Anhänger des Wettrüstens vertreten die phantastische Theorie, ein Volk, das aus radioaktiver Asche aufersteht, könnte nicht nur überleben, sondern auch über die übrige in Rauchschwaden gehüllte Welt triumphieren... Senator Richard Russell betete einmal insbrüngig, der amerikanische Adam mit seiner Eva möge aus den Ruinen auferstehen, um die freie Welt wieder entstehen zu lassen.“

Die Propaganda der Gedanken an Unausdenkliches soll beweisen, daß die Zukunft nicht dem Sozialismus, sondern dem Kapitalismus gehöre. Wenn dazu der Versuch unternommen werden müsse, den Verlauf der Geschichte mit Waffengewalt zu ver-

ändern und einen Nuklearkrieg gegen den Sozialismus zu entfesseln, so dürfe man vor nichts zurückschrecken („lieber tot als rot“!). Man müsse nur dem „potentiellen Gegner“ zuvorkommen, d. h. der UdSSR den Präventiv-, lies: Erstschlag versetzen. Die „International Herald Tribune“ schrieb u. a., die neue amerikanische interkontinentale MX-Rakete, die von den westlichen Experten einmütig als „Waffe des Erstschlags“ bezeichnet wird, bedeute für das Pentagon die Hoffnung, „einen Kernkrieg zu führen und zu gewinnen“. Die Erstschlag-Konzeption, die die materielle und die ideo-logisch-propagandistische Kriegsvorbereitung umfaßt, zeigt die ganze Gefahr des realen und aggressiven Vorhabens der Militaristen.

Die Wahrheit wird siegen

Nach Ansicht Willy Brandts könne der heutige Lauf der Dinge, vor allem das Wettrüsten, dazu führen, daß sich die Menschen „in den Tod rüsten“. Der Grund sei die die ganze Menschheit gefährdende Militarisierung nicht nur im materiellen Bereich, sondern auch im Denken.

Leider ist die Bevölkerung im Westen in ihrer großen Mehrheit schlecht über die sowjetische Friedenspolitik informiert, auch darüber, daß in der UdSSR jegliche Kriegspropaganda verboten und strafbar ist. Zudem ist sich die westliche Öffentlichkeit nicht voll darüber klar, wie gefährlich nicht nur die MX-, Pershing- und Flügelraketen, sondern auch die psychologische Aggression für sie und die Welt sind.

Der bekannte USA-Wissenschaftler F. Neal betont: „Das Hauptprinzip unserer UdSSR-Politik ist die These von der ständigen Gefahr einer sowjetischen Aggression. Die Gefahr besteht nicht. Aber an diese These glauben so viele, daß sie fast nie in Zweifel gezogen wird.“

Ahnliches ist in Westeuropa zu beobachten. Wie das Institut für Meinungsforschung Allenbach (BRD) mitteilte, ergaben seine Befragungen aus der ersten Jahreshälfte 1979, daß zwei Drittel der Befragten der UdSSR mißtrauen. Bei der Befragung des Französischen Instituts für Meinungsforschung vom 15. November 1979 antwortete ein ebensolcher Anteil bejahend auf die Frage, ob ein dritter Weltkrieg in nächster Zukunft möglich sei. „Morning Star“ (London) veröffentlichte am 7. April d. J. die Ergebnisse einer öffentlichen Umfrage: Fast 50% der Befragten seien überzeugt, daß der nukleare Konflikt im kommenden Jahrzehnt ausbricht. Wie die Zeitung mit Recht betonte, „zeugen die Umfrageergebnisse eindeutig davon, daß die

Bevölkerung unter dem Einfluß der Regierungspropaganda von der wachsenden Gefahr einer nuklearen Ost-West-Konfrontation steht“.

Solche Angaben zeigen, welche Demoralisierung die imperialistische Propaganda bewirkt.

Und doch ist der Sieg des Friedens — entgegen den Behauptungen der neuen Brandstifter — keine Utopie. In den USA, in Westeuropa und Japan entfaltet sich immer breiter der Kampf der fortschrittlichen Öffentlichkeit gegen die Kriegsvorberatungen und die Militarisierung des Denkens, die sich auf die Erfindung von der „sowjetischen Bedrohung“ gründet. Die Erkenntnis verbreitet sich, daß ein Kernkrieg verhütet werden kann und muß. Darin bestärkt die Tatsache, daß die Imperialisten in den 35 Jahren, die seit dem Sieg über den Hitlerfaschismus vergangen sind, trotz Versuchs keinen Kernkrieg entfesseln konnten. Mehr noch, dank dem beharrlichen und konsequenten Friedenskampf, in dessen Vorhut die UdSSR steht, ist es, wie Leonid Breschnew feststellte, gelungen, „den tragischen Zyklus Weltkrieg — kurze friedliche Atempause — wieder Weltkrieg zu durchbrechen“. Das ZK-Plenum der KPdSU vom Juni d. J. äußerte die durchaus begründete Überzeugung, daß es „objektive Möglichkeiten und gesellschaftlich-politische Kräfte gibt, die fähig sind, ein Abgleiten zu einem neuen kalten Krieg zu verhindern, eine normale, friedliche Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu gewährleisten und die Gefahr eines thermonuklearen Weltkonflikts abzuwenden“.

Sehr wichtig ist auch die im Westen zunehmende Erkenntnis, daß der Kernkrieg den Kapitalismus nicht von seinen Mängeln befreien und ihm erst recht nicht den Sieg im historischen Wettstreit mit dem Sozialismus bringen kann. Recht hat der USA-General a. D. Hugh Hester, der in einem Schreiben an Carter erklärte: „Geben Sie die Versuche auf, den Sozialismus zu vernichten, wie sie fast jede Regierung der USA seit 1917 unternahm, denn Sie können ihn nicht vernichten, ohne unseren Planeten unbewohnbar gemacht zu haben.“

Zu erreichen, daß dies erkannt wird, bedeutet, die menschenfeindlichen Pläne jener zu entlarven, die die Gedanken an Unausdenkliches verbreiten und sie mit der Produktion von „Euroraketen“ und ihrer Unterbringung in Westeuropa verknüpfen. Dies zu erreichen, bedeutet, einen sehr wichtigen Schritt dazu zu tun, daß sich der Schrecken von Hiroshima nie mehr wiederholt.

Laut Meldungen der Agentur Bakhtar wurden im Mai und Juni d. J. 140 Lehrer und andere Angestellte, Bauern, Handwerker und Geistliche von Konterrevolutionären getötet, die nach Afghanistan eingeschleust worden waren. Banden brannten mehr als 30 Schulen nieder, zerstörten ein Krankenhaus in Logar, sprengten einige Geschäfte und vergifteten fast 500 Kinder und Schüler.

Vor mehreren Monaten erklärten die afghanischen Behörden unmißverständlich, daß die USA, Peking und Pakistan Banden drillen, mit Waffen, Spreng- und Giftstoffen versorgen und dann nach Afghanistan einschleusen. Die Schuldigen, die das frei gewordene Volk hassen, waren bemüht, die Spuren zu verwischen. Aber die Wahrheit kommt bekanntlich stets an den Tag. Die US-Zeitung „Philadelphia Inquirer“ schrieb am 8. Juni, die CIA verwirkliche ein Geheimprogramm zur Versorgung aufrührerischer Afghanen mit Waffen aus dem Ausland. Die CIA-Agenten kauften monatelang auf dem Weltmarkt Waffen und Munition an — um der Tarnung willen hauptsächlich bundes-deutsche, belgische und israelische — und lieferen sie insgeheim nach Pakistan, von wo aus sie nach Afghanistan gelangten.

Da es aber um ein Geheimprogramm geht, streitet die US-Administration die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ab. Wenn Journalisten etwas über die US-Hilfe an die Söldner erfahren wollen, die gegen die legitime Regierung Afghanistans auftreten, so antworten Washingtons Sprecher kurz und bündig: „Kein Kommentar.“ Die US-Administration will nämlich vorspiegeln, in Afghanistan handle es sich um einen Aufruhr aus religiösen Motiven und um einen selbständigen Kampf gegen die Volksmacht.

Die Version, die USA seien unbeteiligte Beobachter in Afghanistan, wird von der Pariser Zeitschrift „Afrique-Asie“ widerlegt, die schreibt: „Die Carter-Administration hat die Hoffnung nicht aufgegeben, die Errungenschaften der Aprilrevolution von 1978 zu nützen zu machen und in diesem Lande ein prowestliches, sowjetfeindliches Regime einzusetzen... Washington beteiligte sich mindestens seit März 1979 an Versuchen, das Regime in Kabul zu stürzen.“

Bei ihren Querreibereien haben die USA auf Pakistan gesetzt, wo vor der Aprilrevolution geflohene Gutsbesitzer, Wucherer und deklassierte Elemente zu „aufständischen Kräften“ — lies Banden — zusammengetrommelt werden. Der britische TV-Kameramann Downey, der fast vier Monate in Lagern der

DIE WAHRHEIT KOMMT AN DEN TAG



Banditen auf dem Weg aus Pakistan in die DRA

Aus „L'Express“ (Frankreich)

afghanischen Konterrevolutionäre lebte, bezeugt dem „African Communist“ (London) zufolge: „In der Hauptsache kämpfen die „Aufständischen“, um zu plündern, um das alte feudale System zu erhalten und den linken Reformen der Kabuler Regierung vorzubeugen.“ In diesem Zusammenhang stellt die erwähnte Zeitschrift fest, daß die USA und Co. die Banditen als Freiheitskämpferinstellen wollen, daß sie Mörder und Diversanten zu „Opposition“ und „Widerstand“ zählen. Sie schreibt weiter: „Die Freiheit, die die USA, wie sie behaupten, in Afghanistan verteidigen, bedeutet freie Hand für Gutsbesitzer und feudale Tyrannen, damit sie das afghanische Volk auch weiter auspowern, das seit Jahrhunderten ihrer reaktionären Herrschaft ausgeliefert war.“

Von zahlreichen Stützpunkten aus, die für CIA-Gelder errichtet wurden, überfallen Banditen die friedlichen afghanischen Dörfer; dorthin kehren sie geschlagen zurück, um neue Kräfte zu sammeln.

Die Organisatoren volksfeindlicher Aktionen konnten z. B. auch die intensive Ausbildung von Diversanten in Peshawar nicht verheimlichen. Der bundesdeutsche „Spiegel“ bezeugt, daß pakistanische und chinesische Offiziere in den dortigen Grenzgebieten zahlreiche „Aufständische“ gedrillt hätten, und daß in diesen Lagern die Anwesenheit der CIA zu spüren sei. Die militärischen Operationen der Banden wurden bis vor kurzem von einem verantwortlichen CIA-Mann, Louis Dupré, geleitet. Man nannte ihn den amerikanischen Konsul. Nach ihm hat sich dort

ein anderer Vertreter derselben Behörde breitgemacht.

Im Juni zeigte die US-TV-Gesellschaft NBC einen Dokumentarfilm, in dem ein Amerikaner zu Worte kam, der in Afghanistan 11 Tage lang illegal Söldner gedrillt hatte.

In die Presse sickerten Meldungen durch, daß die „Aufständischen“ aus den USA Geld erhalten. Die „Times of India“ schrieb am 16. Juni, daß die USA gemeinsam mit anderen westlichen Ländern für afghanische Emigranten und fremdländische Söldner ca. 100 Millionen Dollar bereitgestellt haben.

Nachdem in Afghanistan einige große Banden vernichtet geschlagen worden waren, erfuhr man so manches, worüber sich hochgestellte Persönlichkeiten der USA lieber ausschwiegen. Als z. B. die Terroristen am 4. Juni in der Balkh-Provinz auf dem Felde arbeitende Bauern überfielen, blieben sie nicht ungestraft; ihre amerikanischen Waffen und der englische Sprengstoff wurden ihnen abgenommen.

Aussagen gefangengenommener Terroristen und geheime Waffenarsenale, die von afghanischen Truppen entdeckt wurden, zeugen beredt davon, daß sich die USA, Peking und ihre Helferhelfer auch weiter in die Angelegenheiten der leidgeprüften DRA einmischen. Afghanische Behörden gaben Anfang Juli bekannt, der vor kurzem gefangengenommene Söldner Ashmat Khalil habe gestanden, daß ihm seine amerikanischen und chinesischen „Lehrmeister“ in der Nähe der pakistaniischen Stadt Parachinar das Banditenhandwerk beigebracht hätten.

Hier noch ein Detail. Vor kurzem gab eine Gruppe von Kongreßleuten in Washington Carters Beschuß bekannt, Ende Juli eine „Woche der Hilfe für Afghanistan“ zu veranstalten. Es sollen Gelder „für Afghanen“ aufgebracht werden, was in Wirklichkeit bedeutet, daß die USA die Banditengruppen finanziell und militärisch noch mehr unterstützen wollen.

Die Werkätigen der Demokratischen Republik Afghanistan sind fest entschlossen, mit internationalistischer Hilfe der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Öffentlichkeit der andauernden Aggression eine Abfuhr zu erteilen und in ihrem Lande den Frieden herzustellen, damit es gedeiht und den Weg des Fortschritts geht.

L. CHARKOW

M. JOBERT, EIN AFRIKANER?

Die in Paris erscheinende Zeitschrift „Jeune Afrique“ brachte am 2. Juli einen Afghanistan-Artikel. Der Autor fällt über alle her, die die Banden der afghanischen Konterrevolutionäre „verlassen“ hätten, die, wie er behauptet, „sich allein schlagen“. Er gab es den USA, die es nur bei einem Boykott und einem Verbot des Getreideexports in die UdSSR bewenden ließen, den Repräsentanten Frankreichs und der Bundesrepublik für deren Gespräche mit der UdSSR, China für seine „Untätigkeit“, Pakistan, weil es nicht mehr getan habe als „flüchtige Puschis“ aufzunehmen, dem Iran, weil er zum „heiligen Krieg“ für Afghanistan aufruft, doch „gelähmt“ bleibe. Wegen dieser „internationalen Indifferenz“, so der Schreiber, schlagen sich „Hirten und Bergbewohner“ allein, zudem „mit bloßen Händen“.

Stammt all das wirklich von Michel Jobert, ehemaliger Außenminister Frankreichs und KSZE-Teilnehmer? Was ist in ihn gefahren! Nichts weiter. Nur ist Poltrentner M. Jobert jetzt Mitarbeiter eines pseudounabhängigen Blattes, wobei er sein wahres politisches Wesen, das eines Erzreaktionärs, enthüllt.

Die Verleger von „Jeune Afrique“ behaupten, ihre Zeitschrift werde von Afrikanern für Afrikaner gemacht. Doch was soll da ein Jobert! Zudem würden Afrikaner vielleicht eher einem Ex-Außenminister als einem Mitarbeiter der Zeitschrift glauben, wenn man ihnen zu suggerieren sucht, daß weder die USA noch China Banden der afghanischen Konterrevolutionäre mit Waffen beliefern und Pakistan nicht Aufmarschgebiet für die Aggression gegen Afghanistan geworden sei. In unserem obenvorliegenden Beitrag werden Tatsachen gegen die heuchlerischen Klagen M. Joberts über die „Hirten und Bergbewohner“ angeführt, die angeblich ohne irgendwelche Unterstützung mit „bloßen Händen“ kämpfen. Nein, nicht mit „bloßen Händen“, sondern mit Waffen aus China, den USA und anderen westlichen Ländern morden die konterrevolutionären Banditen.

J. BOTSCHKARJOW

FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT AM MITTELMEER

Wassili JEFREMOW

Am Mittelmeer liegen über 20 souveräne Staaten Europas, Afrikas und Asiens. Jahrtausendelang verband es die einander ablösenden alten Zivilisationen. Es verbindet auch die jetzigen Staaten, und die Völker dieser Region haben schon immer vom Frieden geträumt. Leider hat er nicht immer geherrscht, und auch jetzt ist das eine Zone von Konflikten, in der Waffen gehortet und oft auch zum Einsatz gebracht werden.

In Washington will man im Mittelmeer schon lange ein „Mare nostrum“ sehen, will man die eigene zunehmende militärische Präsenz in diesem Raum mit „Sicherheitsinteressen“ der USA rechtfertigen. Deren Mittelmeerstrategie besteht vor allem darin, dort eine wuchtige Militärfaust zusammenzuballen. Diese, so schrieb ein ehemaliger Berater der US-Mission in Saudi-Arabien, Jesse Lewis jr., in seinem Buch „Das strategische Gleichgewicht im Mittelmeer“, werde die USA befähigen, „die schöne Helena der Ozeane“ in Besitz zu nehmen. In die politische Sprache übersetzt bedeutet das die Ansprüche auf das nahöstliche Öl und auf die strategischen Positionen in Südeuropa, auf den Mittelmeerinseln und im Nahen Osten. Die Militärmacht soll auch verhindern, daß sich die antikolonialistischen Befreiungsprozesse in den Mittelmeerlanden fortentwickeln.

Die militärische Präsenz der USA in diesem Raum besteht größtenteils aus der 6. Flotte, die bis zu 50 verschiedene Schiffe einschließlich Flugzeugträger und Atom-U-Boote zählt. Außerdem stehen dort ständig Landungseinheiten mit Marineinfanterie.

Zur Zeit trifft Washington Sofortmaßnahmen „zur Verstärkung der Südflanke der NATO“, in die, der „Newsweek“ zufolge, der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei eine „klaffende Bresche“ schlägt. Die USA forcieren die Verhandlungen über eine Rückkehr Athens in die Militärorganisation der NATO. Sie liebäugeln mit der Türkei und bringen neue Separatpläne für eine Lösung des Zypernproblems aufs Tafel.

Über all das wurde auf der kürzlichen Tagung des NATO-Rats in Ankara gesprochen. Sein Generalsekretär, Joseph Luns, hob besonders hervor, daß die strategische Bedeutung der Südostflanke der NATO größer geworden sei. Auf der Tagung wurde über eine stärkere Militärpräsenz der USA im Mittelmeerraum und besonders über das Verhältnis

zwischen Griechenland und der Türkei debattiert. Zugleich auch über ein „verwandtes“ Problem: die Rückkehr Athens ins Militärsystem der NATO. Als vordringliche Aufgabe betrachtet das Pentagon die Aufrechterhaltung der vier US-Stützpunkte in Griechenland.

Nicht weniger Gewicht legt es auf eine vollständige Wiederherstellung der Beziehungen zu Ankara. Es hat sich gehörig angestrengt, den Embargo-Beschluß des US-Kongresses über die Lieferung amerikanischer Waffen nach der Türkei annullieren zu lassen (der Grund dafür war, daß Ankara 1975 die US-Stützpunkte in der Türkei schloß). Dabei wird nicht nur die unmittelbare Nähe der Türkei zur UdSSR in Betracht gezogen (die immer der Hauptgrund war, warum die USA und die NATO ihr so viel Aufmerksamkeit schenkten), sondern auch ihre Rolle als „nördlicher

Wachposten des Nahen Ostens und Afrikas“. Nachdem das Embargo im Sommer 1978 aufgehoben worden war, gab die türkische Regierung bekannt, daß einige US-Stützpunkte vorübergehend wieder geöffnet werden.

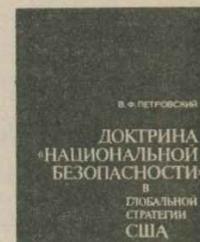
Besonders rege wurde das Interesse der USA für die Stützpunkte in der Türkei, nachdem der Iran kategorisch verlangt hatte, daß die Horchposten und anderen Militärobjekte der USA im Iran liquidiert werden. Ende März kam ein türkisch-amerikanisches Abkommen über eine „gemeinsame Verteidigung“ zustande. An die USA werden 26 Stützpunkte auf fünf Jahre verpachtet, und dafür wird der Türkei militärische und wirtschaftliche Hilfe versprochen, die sich 1980 allein auf 450 Mio Dollar belaufen wird.

In einem Kommentar zum NATO-Treffen in Ankara schrieb die libanesische Zeitung „Al-Safir“ besorgt, der Beschluß über eine eventuelle Benutzung der Stützpunkte in der Türkei zur „Beilegung von Krisen, die nicht die NATO betreffen“, bedrohe direkt sowohl Syrien als auch den Iran.

Unter stärkeren Druck setzt man auch Spanien, das man in die NATO einbeziehen will. Geplant ist eine Nahostfiliale der NATO und als erster Schritt

DAS POLITISCHE BUCH

NACH ALTEN DOKTRINEN



Als Carter sich zum erstenmal um die Wahl zum US-Präsidenten bemühte, schwor er hoch und heilig, er werde die Ehre und Größe seines Landes in der Weltpolitik wiederherstellen. Heute müssen selbst gemäßigte Kritiker zugeben, daß er auf dem Kurs gescheitert ist, der, um mit dem namhaften amerikanischen Historiker Arthur Schlesinger zu sprechen, „im Ausland den Glauben der Freunde wie der Feinde an die Nüchternheit, Folgerichtigkeit und Zuverlässigkeit der amerikanischen Außenpolitik erschüttert hat.“

Die anrüchigsten Erscheinungsformen der heutigen Politik lassen einen Rückfall in frühere erkennen, nur daß sie das gewisse subjektive Gepräge der jetzigen Regierung tragen. Jedem US-Präsidenten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts scheint der Schatten des vorigen zu

folgen, den er zurückgelassen hat. Die „Carter-Doktrin“ nennt man einen Abklatsch der „Truman-Doktrin“.

Die „Kraftakte“ der USA in der Weltpolitik, bei denen sie vorgeben, die nationalen Interessen zu wahren, nimmt Prof. Dr. hist. habil. W. F. Petrowski in seinem Buch „Die Doktrin der nationalen Sicherheit in der Globalstrategie der USA“ unter die Lupe.

Die ausschlaggebenden Prinzipien dieser Politik sind in Trumans Gesetz über die „nationale Sicherheit“ niedergelegt. In verschiedenen Varianten wird diese Politik bis auf den heutigen Tag betrieben. Typisch für sie sind: die Orientierung auf

* Петровский В. Ф. Доктрина «национальной безопасности» в глобальной стратегии США. М. «Международные отношения». 1980.

ein Militärbündnis zwischen Israel und Ägypten in organisierter Form. In diesen militaristischen Rahmen gehören schließlich auch die Pläne des Pentagon, in Italien Mittelstreckenraketen zu stationieren.

Die verlässlichsten Partner der USA im östlichen Mittelmeer sind Israel und Ägypten. Tel Aviv bietet seine Dienste schon lange aufdringlich an. Schon 1971 machte Dayan, damals Verteidigungsminister, der NATO das Angebot, Flugplätze auf Sinai zu benutzen.

Nach dem Zustandekommen der Obereinkünfte von Camp David forderte Ministerpräsident Begin Washington auf, in Haifa einen Marine- und in Ezion einen Luftwaffenstützpunkt zu bauen, und bot ihm an, die von Israel auf Sinai gebauten Flugplätze unter Kontrolle des Pentagons zu stellen.

Bei seiner Orientierung auf das Mittelmeer mißachtet Washington die Interessen und Bestrebungen der Völker dieses Raums. Der Führer der libyschen Revolution, Ghaddafi, hat folgendes erklärt: „Die Schiffe der 6. US-Flotte im Mittelmeer sind jetzt wie vor Jahren ein starkes Druckmittel gegen die Völker Afrikas. Diese Flotte ist in das Komplott gegen die arabischen Länder, gegen Moçambique, Angola, Äthiopien

und andere unabhängige Regimes eingebaut. Sie unterstützt die reaktionären Kräfte, darunter Israel und die rassistischen Minderheitsregierungen.“

Anders als die USA liegt die UdSSR in unmittelbarer Nähe des Mittelmeers. Deshalb trifft sie entschieden dagegen auf, daß das Pentagon mit dem Mittelmeer wie mit einem amerikanischen See verfährt. Die UdSSR verlangt vor allem eine strikte Befolgung der KSZE-Schlusssakte, in der es heißt, daß der „Prozeß der Verbesserung der Sicherheit nicht auf Europa beschränkt sein, sondern sich auch auf andere Teile der Welt erstrecken soll, insbesondere auf den Mittelmeerraum.“ Allgemein bekannt ist die sowjetische Initiative zur Zurücknahme sämtlicher mit Atomwaffen bestückter Schiffe aus dem Mittelmeer, ferner der Vorschlag, diese Region zu einer Zone des Friedens, der guten Nachbarschaft und der Zusammenarbeit zu machen. Im Mai d. J. forderten die Warschauer Vertragsstaaten die Nato-Länder auf, „mit der Erörterung — zum Beispiel im Rahmen der UNO — der Frage der Einschränkung und Verringerung der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten in den jeweiligen Gebieten, sei es im Atlantischen, im Indischen oder im Stillen Ozean, im

Mittelmeer oder im Persischen Golf, zu beginnen“.

Ende Juni kam in Heraklion, dem Verwaltungszentrum Kretas, eine Internationale Konferenz für die Liquidierung der Militärstützpunkte im Mittelmeerraum zum Abschluß. Die Vertreter Griechenlands, Zyperns, der Türkei, Italiens, der UdSSR, Bulgariens, des Weltfriedensrates und anderer demokratischer Weltorganisationen riefen die Völker dazu auf, mit vereinten Kräften den Frieden und die Entspannung zu wahren. Die Konferenz beschloß ein Programm für gemeinsame Aktionen der Mittelmeervölker mit dem Ziel einer vollständigen und endgültigen Auflösung der US- und der NATO-Stützpunkte in anderen Ländern.

Trotzdem verstärken Washington und seine Bündnispartner ihre militärische Präsenz und Aktivität im Mittelmeerraum. Auch hier betätigen sie sich im Sinne einer Machtpolitik, wie sie ihnen schon viele schmähliche militärische und politische Niederlagen eingetragen hat. Die Orientierung auf das Mittelmeer wird den USA nicht den ersehnten Gewinn bringen, weil sie den Lebensinteressen der Völker der hier aneinander grenzenden drei Kontinente zuwiderläuft.

Gewalt, ein ausgeprägter Expansionsismus und die Tatsache, daß die militärischen Interessen den nationalen vorangestellt werden.

Die herrschenden Kreise der USA haben sich alle Mühe gegeben, den Begriff „nationale Sicherheit“ zu einem Gummibegriff zu machen, um mit ihm unter verschiedenen Umständen manipulieren zu können. Prof. Petrowski betont: „Durch Hervorhebung des Wortes ‚nationale‘ in diesem Ausdruck werden die vom bürgerlichen Staat wahrgenommenen Interessen der herrschenden Spitzenschicht für allgemein nationale ausgegeben.“

Der in dem Buch zitierte amerikanische Forscher Daniel Yergin hat scheinbar seherisch die expansionistischsten Erscheinungen der Doktrin von der „nationalen Sicherheit“ damit in Zusammenhang gebracht, daß „die Grenzen der Sicherheit, die man subjektiv festlegt, in immer entferntere Gebiete verlegt werden“.

Die amerikanische Expansions- und „Abschreckungs“-Doktrin hat sich immer vor allem gegen die UdSSR, die anderen sozialistischen Länder und die nationalen Befreiungskräfte gerichtet. Indessen haben sich unter dem Einfluß des neuen Kräfteverhältnisses in der Welt in der Außenpolitik der USA auch an-

dere, realistische Tendenzen Bahn gebrochen. Wie aber Prof. Petrowski schreibt, hat der klassenbedingte imperialistische Kern ihrer Politik bewirkt, daß Washingtons Kurs den Ländern anderer Gesellschaftsordnung gegenüber unkonsequent ist und im Zickzack verläuft. Durch die sowjetisch-amerikanischen Vereinbarungen von 1972—1974 wurden die Positionen derer im Lande verstärkt, die dafür sind, daß die Gefahr eines Kernkriegs abgeschwächt und die internationale Entspannung vertieft wird. Die Gegner dieses Kurses warteten weiter auf einen geeigneten Augenblick. Sie erblickten ihre Chance in der Politik der Regierung Carter. Im Dezember 1978 erklärte der Sicherheitsberater des Präsidenten, Brzezinski, bei der Amerikanischen Assoziation für Außenpolitik: „Die USA beabsichtigen zu definieren, wo sie ‚Lebensinteressen‘ haben, worin sie bestehen, was für Geschehnisse sie als Bedrohung ansehen werden und wann.“

Prof. Petrowski schreibt: „Die Orientierung auf den Einsatz militärischer Gewalt, mag sie sich auch noch so ultramodern geben, ist eine Quelle der Spannungen und Komplikationen in der jetzigen Weltlage und äußert sich konkret in einer Ausdehnung der materiellen Grund-

lage für einen Krieg. Sie stellt eine wirkliche und nicht eine vorgetauschte Kriegsgefahr dar.“

Scharf kritisiert der Autor die in den USA kultivierte „Idee“, daß die Entspannung und das Wettrüsten unbeschadet nebeneinander hergehen können. An zahlreichen Beispielen weist der Buchverfasser nach, daß der Schlüssel zu wahrer Sicherheit der Staaten eine Begrenzung und dann eine Einstellung des Wettrüstens ist.

Die militaristischen Exerzierübungen der jetzigen US-Regierung haben der Entspannung, der Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der Stabilität in der Welt geschadet. Doch der Kampf wegen der ausschlaggebenden weltpolitischen Entwicklungstendenzen entbrennt mit neuer Stärke, denn, wie Prof. Petrowski sehr richtig schreibt, die sozialistischen Länder, viele andere Staaten und weite Kreise der Öffentlichkeit setzen sich für die der Menschheit einzige annehmbare Alternative ein: dafür, daß das Wettrüsten aufhört, daß die Entspannung vertieft und daß das ganze System der weltpolitischen Beziehungen nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz umgebaut wird.

Prof. Dr. S. BEGLOW

DIE FREIHEIT ERRUNGEN. WIE WEITER?

Von unserem Sonderberichterstatter Boris ASSOJAN

Im Park eines Luxushotels von Salisbury, des Monomatapa, hinter einem Maschengitter spielen Damen in himbeerroten Jacken und Herren in weißen Hüten mit himbeerroten Bändern mit großen schwarzen Kugeln. Auf dem säuberlich geschnittenen Rasen fühlen sie sich ganz unbeschwert, und man könnte glauben, daß in Simbabwe alles wie früher ist. Vor dem Maschengitter aber stehen barfüßige Afrikanerjungen, die noch vor einem halben Jahr nicht in den Park gedurft haben, und schauen mit offenen Mündern dem Spiel zu. Taktvoll sehen die Herren und Damen über sie hinweg.

Salisbury: Hinter der Fassade

Das luxuriöse Europäerviertel von Salisbury ist nicht groß. Man braucht es nur durch die Moffat Street oder die Cameron Street zu verlassen, dann kommt man in eine andere Welt, in die Afrikanerviertel. Enge Straßen, verrostete Häuser, Schmutzwasserrinnenale längs der Gehsteige. Aus offenen Fenstern klingen afrikanische Rhythmen.

Wo sich die Salisbury und die Bank Street überschneiden, ist der Marktplatz mit Haltestellen von Autobussen, die schwarzen Kapitalisten gehören. Sogar am Sonntag sind hier viele kleine Läden geöffnet. Aus billigen Bars dröhnt Musik und tönt das Lachen von Leuten, die ihr Glück an Spielautomaten, „einarmigen Banditen“, versuchen. Durch die weit offenen Türen sieht man den sichtlich kühlen großen Totosaal, in dem Leute gruppenweise oder einzeln an den Ständen stehen und den anderen den Rücken kehren oder die Hände vorhalten, um sich nicht ins Spiel gucken zu lassen. Sie sehen sorgenvoll aus, decken wie auf Kommando ihre Notizen auf und sehen mich mißtrauisch an. Zwei Portugiesen stehen an einer Säule und werfen verächtliche Blicke um sich. Man sieht ihnen an, daß sie Unterweltler sind, die über alles „Bescheid wissen“ und vor nichts Angst haben.

Noch weiter, wo die Stadt zu Ende ist, beginnen die Afrikanergettos, die

in den Reiseführern, wenn überhaupt, so als Afrikanervororte genannt sind. Die engen Straßen mit den ebenerdigen Baracken, deren Fenster halbblind in die Gegend sehen, sind wie mit dem Lineal gezogen. Auf staubigen Ödflächen spielen zerlumpte Kinder mit einem aus Lumpen gemachten Ball. Zum Straßensymbol gehört das obligate Polizeirevier hinter Stacheldraht und die Kirche auf einer Anhöhe.

Noch weiter von der Stadt leben Flüchtlinge, die im Krieg Zuflucht in dem abweisenden Salisbury gesucht hatten. Tausende wie fröstelnd aneinander geschmiegte Hütten bilden eine ganze Stadt, deren Einwohner den Schmutz, das erschreckende Elend und die Kriminalität als etwas Gewohntes hinnehmen.

So leben heute noch Afrikaner. Das ist eine Hinterlassenschaft des rassistischen Kolonialregimes. Sie sind jetzt frei, aber an ihrem Leben hat sich wenig geändert. Wie früher gehen sie im Morgengrauen ins Industrieviertel von Salisbury auf Arbeit und schuften um einen Elendslohn für den weißen Unternehmer. Die neue Regierung versucht, ihre Lebensverhältnisse zu verbessern, stößt aber beim Privatkapital auf hartnäckigen Widerstand, und es droht, im Falle „zu radikaler Reformen“ die Wirtschaft zu ruinieren. Aber die Regierung hat die Steuer auf Nahrungsmittel um 5% gesenkt, einen Mindestlohn für Industrie- und Landarbeiter angekündigt und begonnen, den Staatsapparat im Interesse der Afrikaner umzugestalten.

Was wollen die Werktätigen?

Seit der Ausrufung der Unabhängigkeit kommt es von Zeit zu Zeit zu Streiks.

Die Regierung fordert die Streikenden zum Arbeitsantritt auf und erläutert ihnen, daß baldige Veränderungen nicht zu erwarten seien, daß mit der Ausrufung der Unabhängigkeit nicht sofort alles im Überfluß da sein könne. Leider erfährt die Bevölkerung aber oft

nichts von Regierungsbeschlüssen. In einem der „befestigten Dörfer“, in die die Rassisten die Bauern im Krieg sperrten, sagte man mir, sie wüßten noch immer nicht, ob sie in ihre Dörfer zurückkehren oder weiter „in diesem Kerker“ leben sollen.

Öfter kommt es zu Streiks, weil gewisse Leute an einer politischen Destabilisierung in Simbabwe und daran interessiert sind, die Regierung zu diskreditieren, weil sie die Unzufriedenheit der Werktätigen schüren, sie zu regierungsfeindlichen Aktionen aufzutreten und dadurch die Produktion desorganisieren und die afrikanische wie die europäische Bevölkerung verunsichern.

Die Hauptursache aber ist, daß die Arbeiterklasse von Simbabwe, die etwa eine Million Angehörige zählt, ein Elendsdasein fristet und die Regierung durch ihre Aktionen zu einschneidenderen Reformen veranlassen will.

Die meisten Beschäftigten verdienen (selbst nachdem am 1. Juli ein Gesetz über Mindestlöhne in Kraft getreten ist) viel weniger als das Existenzminimum von mehr als 120 Simbabwedollar* monatlich für eine vierköpfige Familie. Ein Landarbeiter z. B. bekommt durchschnittlich 25–30 und auf manchen Anwesen, wie aus Reden im Parlament hervor ging, sogar nur 7 Simbabwedollar. Fabrikarbeiter kommen auf rund 60 Dollar. Der Arbeiter Robson Mataini, der bei der Firma Textile Mills seit 1952 arbeitet, verdient 88 Dollar. Er hat fünf Kinder. Auf meine Frage, was er von der Unabhängigkeit erwartet, sagte er ohne Zaudern: „Mehr Lohn und kostenlosen Unterricht für die Kinder.“

Und hier, was nur andere Arbeiter sagten. Der Lastträger Francis Kodeni (34) hat drei Kinder, verdient 58 Dollar und zahlt davon 15 Dollar Miete für ein Loch, das der Hausbesitzer „eine Wohnung ohne allen Komfort“ nennt. Der Familie reicht das Geld nicht einmal für die Ernährung.

Linos Musariri (28) ist auch Lastträger und bekommt um 2 Dollar weniger. Für Miete geht fast die Hälfte des Lohns drauf. „Ich muß jede Woche borgen“, sagt er. „An Heiraten denke ich nicht, das Geld reicht nicht einmal für mich allein.“

Es gibt unzählige solche Fälle. Wie schwer müssen es da erst die Hunderttausende von Arbeitslosen haben, die Flüchtlinge, die im Krieg obdachlos wurden, die in Konzentrationslager, in die „befestigten Dörfer“ gesperrten Bauern! Die

* 1 Simbabwedollar = 1,5 US-Dollar

neue Regierung hat also sehr akute Probleme.

Probleme

Bei der Eröffnung des ersten Parlaments im unabhängigen Simbabwe kündigte Präsident Canaan Banana „eine Ära der Wandlungen im Interesse des Volkes“ an.

Die Regierung sieht es als ihre Hauptaufgabe an, nicht zu dulden, daß die Unabhängigkeit nichts weiter als eine neue Flagge, eine neue Hymne und ein neuer Name des Landes bedeutet. Sie hat erkannt,

zerstört wurden. Die Lehrer sind in die Städte geflüchtet, die noch brauchbaren Schulhäuser sind von den rassistischen Behörden in Kasernen umgewandelt worden. „Ich war in mehreren Bezirken“, sagt der Minister. „Überall habe ich ein und dasselbe gesehen: Die Schuleinrichtung ist entweder vernichtet oder gestohlen worden.“

In den Afrikanervierteln herrscht ein empfindlicher Grundstücksmangel (die Einwohnerschaft wächst rasch, jährlich um mehr als 3,5%). Der Bodenbesitz der Afrikaner liegt fast ausschließlich in Dürregebieten. Demographen sagen voraus, daß Simbabwe in 20 Jahren doppelt so viele Einwohner haben wird. Das werde zu einer noch größeren Überbevölkerung und zur Zerstörung der Krume und der Vegetation führen. „Wenn die Bauern nicht zusätzliche Parzellen bekommen, werden die Naturverhältnisse immer schneller schlechter werden“, warnt George Whitlow, ein Dozent der Universität von Simbabwe. Schon lange hätten die Bauern ange-siedelt und der Grund und Boden umverteilt werden müssen. Das ist aber erst nach der Aus-

rufung der Unabhängigkeit wirklich möglich geworden.

Pläne zur Lösung der Probleme

Im Krieg verließen über 200 000 Afrikaner das Land. Jetzt kehren zehntausende Flüchtlinge aus Sambia, Moçambique und Botswana zurück. Sie werden mit Flugzeugen, Autos und Autobussen befördert. Längs der Grenze werden für sie provisorische Siedlungen geschaffen, und von dort fahren sie allmählich in ihre Heimatorte.

„Wahrscheinlich wird die Landwirtschaft den größten Teil der Flüchtlinge aufnehmen“, sagt Dennis Norman. „Sie sollen von den jetzt brachliegenden Ländereien Parzellen bekommen, ferner landwirtschaftliche Geräte, Sämereien und Düngemittel. Wir werden die Bildung von Genossenschaften aus Kleinproduzenten fördern und Wirtschaften zusammenlegen.“

Die Agrarproduktion ist der Schlüssel zum Vorwärtkommen Simbabwes. Sie erbringt etwa 50% der Deviseneinkünfte. Verlangt sich ihre Entwicklung, so wirkt sich das sofort auf andere Wirtschaftszweige aus. „Wir müssen die Agrar-

produktion in den nächsten 15 Jahren verdoppeln“, sagt Norman.

Vorläufig sind das alles aber nur Pläne. Es wird die junge Republik noch viel Mühe kosten, die früheren Erträge an den wichtigsten Nutzpflanzen — Tabak, Baumwolle und Mais — wieder zu erreichen. Sie sind noch wesentlich geringer. Mais mußte dieses Jahr sogar aus der RSA importiert werden.

Ernste Probleme bestehen auch im Unterrichtswesen. In ihren Wahlreden versprachen die Kandidaten fast aller Parteien, einen kostenlosen Schulbesuch einzuführen. Das ist aber zumindest in den nächsten Jahren nicht möglich. Experten haben errechnet, daß das bei den Grund- und den Oberschulen 500 Mio bzw. 3 Md. Dollar kosten wird, und das kann sich das Land jetzt nicht leisten. Als Alternative schlägt die Regierung eine Erweiterung des Fernunterrichts an den Schulen vor.

Ebenso steht es mit der kostenlosen ärztlichen Betreuung. Auch dieses Versprechen kann die Regierung vorläufig nicht einlösen. Es liegen nur einige Projekte über eine Verbilligung der ärztlichen Behandlung für die ärmsten Bevölkerungsschichten vor. Eins betrifft eine Sondersteuer zugunsten des Gesundheitswesens für die hochbezahlten Landesbewohner.

Da die internationalen Sanktionen gegen den Handel mit dem früheren Rhodesien aufgehoben worden sind und nach den in Simbabwe gewonnenen mineralischen Rohstoffen eine zunehmende Nachfrage besteht, werden die wirtschaftlichen Aussichten des Landes günstig beurteilt. Bei ausgiebigen Investitionen wird sich Simbabwe in zehn Jahren zum größten Exporteur von Industrie- und Agrarerzeugnissen nach vielen Ländern Afrikas entwickeln und sich von der RSA viel unabhängiger machen können.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist mit vielen Schwierigkeiten verbunden, aber die Führung Simbabwes will für eine gerechte Verteilung der Güter im Land sorgen, den Lebensstandard einer Bevölkerungsmehrheit heben, die Ausbeutung von Simbabwern durch das einheimische und ausländische Großkapital beschränken und sie schließlich ganz aufheben. Darin sehen die fortschrittlich denkenden Simbabwer das hohe Ziel der Revolution, die mit der Erringung der politischen Unabhängigkeit begann. Sie vertreten auch den Standpunkt, daß die Einheit der patriotischen Kräfte des Landes konsolidiert werden muß, damit es erreicht werden kann.



Behausungen der Afrikaner in einem Vorort von Salisbury.

Foto des Autors

dass die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes anders werden muß, damit eine überwiegende Bevölkerungsmehrheit es besser hat. Das ist mit enormen Schwierigkeiten verbunden. Man muß den Lebensstandard von 7 Millionen Afrikanern gleichzeitig heben, darf das hohe wirtschaftliche Entwicklungstempo nicht ablaufen lassen, muß Industrie und Landwirtschaft mit Ausrüstungen und geschulten Kräften versorgen.

Der Krieg hat die Wirtschaft empfindlich geschädigt. Wie mir Landwirtschaftsminister Dennis Norman sagte, verloren die Bauern fast ein Drittel ihres Viehs. Viele wanderten in die Städte ab, der Anbau der wichtigsten Nutzpflanzen ging stark zurück. Mit der Ernährung ist es derart schwierig, daß nach Voraussage von Experten bis Oktober fast vier Fünftel der Bauern hungern werden, falls man nicht Sofortmaßnahmen dagegen trifft. Die Unterernährung ist von Krankheiten begleitet, besonders in den „befestigten Dörfern“, wo nicht einmal für die elementarste Hygiene gesorgt ist.

Dzingai Mutumbuka, der Minister für Bildungswesen und Kultur, hat berichtet, daß Anfang dieses Jahres auf dem Lande über 3000 Schulen geschlossen und zum großen Teil

Die ILO in den 80ern

L. FJODOROW

Welchen Weg wird eine der ältesten zwischenstaatlichen Organisationen, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), in diesem Jahrzehnt gehen? Wird sie mit der Zeit Schritt halten oder aber werden die reaktionären Kräfte ihre Arbeit bremsen können?

Diese Fragen interessieren Millionen Werktätige in vielen Ländern der Erde, die mit der ILO große Hoffnungen verbinden, da sie vor allem den Schutz der Interessen der Werktätigen proklamieren. Auch die Gegner des sozialen Fortschritts verbinden mit der ILO weitreichende Spekulationen. Als diese Organisation 1919 gegründet wurde, verhehlten bürgerliche Regierungen und reformistische Gewerkschaftskreise nicht, daß sie an einer Art Barriere gegen den Einfluß der Befreiungs-ideen der revolutionären Weltbewegung interessiert waren. Die Umgestaltung der Welt durch die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hat der Monopolbourgeoisie stets Furcht eingebläfft.

Diese beiden antagonistischen Ele-

mente haben auch in der ILO-Verfassung Ausdruck gefunden, sie verankert die sozialen Hauptforderungen der Werktätigen, die die revolutionären Umgestaltungen der Epoche widerspiegeln. Doch finden sich dort auch Artikel, mit denen Unternehmer, bürgerliche Regierungen und reformistische Gewerkschaften den „Klassenfrieden“ propagieren und die Illusion verbreiten, in der Ausbeuterordnung könne eine grundlegende Verbesserung der Lage der Werktätigen erreicht werden. Obgleich in der ILO Vertreter der kapitalistischen Länder auch weiterhin eindeutig überrepräsentiert sind und der Einfluß der Werktätigen geringer ist als ihr politisches Gewicht in der Welt, bringt der ideologische und politische Kampf in der Organisation für die Kräfte der sozialen und demokratischen Erneuerung günstige Ergebnisse. Das hat die 66. ILO-Generalkonferenz, die Ende Juni in Genf zu Ende ging, deutlich gezeigt.

Auf der Tagung wurden das Apartheidssystem und der israelische Ras-

sismus in den besetzten arabischen Gebieten entschieden verurteilt. Die Versuche reaktionärer Kräfte unter Führung der USA, eine Verurteilung der Politik Israels zu vereiteln, scheiterten.

Der US-Delegierte behauptete, die diesbezügliche Resolution gefährde die „künftige Tätigkeit der ILO, indem sie für politische Fragen Energie fordert, die wirksamer eingesetzt werden könnte, um die Lebensbedingungen der Werktätigen in allen unseren Ländern zu verbessern“. Doch auf ihn wurde nicht gehört. Kein Wunder — ist ja der Kampf gegen die Diskriminierung wie gegen die anderen Formen der Unterdrückung, gegen die Verletzung der demokratischen Freiheiten der ILO wesenseigen.

Die ILO hat wichtige Entscheidungen im Interesse der Werktätigen immer dann gefaßt, wenn sie sich von ihrer Verfassung leiten ließ, wenn sie ihren Einsatz für die Werktätigen mit dem Engagement für Frieden und Sicherheit der Völker verband. Leider wurden solche Entscheidungen früher nur selten gefaßt. So Anfang der 60er Jahre, als auf Initiative der Länder der sozialistischen Gemeinschaft eine Resolution verabschiedet wurde, die das Internationale Arbeitsamt (IAA) beauf-

GRÜNES LICHT

Alexej NOSDRJAKOW, Generalmajor der Miliz

IOC-Präsident Lord Killanin besuchte die Sowjetunion vor den Olympischen Spielen und äußerte seine Genugtuung über die Vorbereitung unserer Hauptstadt zur Olympiade 80. Diese Einschätzung trifft auch mit gutem Grund auf die Organisation des Verkehrs während der Olympischen Spiele zu. Ich möchte betonen, daß alle einschlägigen Maßnahmen den Erfordernissen der Hauptstadt entsprechen und zur fortschrittlichen Lösung der Moskauer Verkehrsprobleme beitragen.

Bekanntlich zweifelten viele Spezialisten im Ausland, daß wir damit fertig würden, während der Olympiade alle schwierigen Verkehrsknoten aufzulockern, die in einer Riesenstadt wie Moskau unvermeidbar sind. Skeptiker dachten dabei an die einschlägigen Erfahrungen bei den vorausgegangenen Olympiaden. In Rom, Montreal und München kostete es viel Mühe, Verkehrsstockungen und -unfälle vorzu-

beugen. Und wenn man sich erst an die fraurigen Erfahrungen von Lake Placid erinnert! Es ging um Meter und Sekunden — nicht nur in den Stadien, sondern auch auf den Verkehrslinien zwischen den olympischen Objekten.

Natürlich sahen wir uns vor ähnliche Probleme gestellt, die noch dadurch kompliziert wurden, daß unsere olympischen Wege insgesamt über 400 Kilometer weit sind und oft dichtbesiedelte Stadtbezirke, darunter auch das Zentrum von Moskau, kreuzen. In den Spitzenzeiten sind die wichtigsten Verkehrsadern ohnehin bis an die Grenze ihrer Möglichkeiten überlastet. Moskau ist nämlich fast 850 Jahre alt, und als das Stadtzentrum entstand, wurde an Fahrzeuge mit Benzinantrieb noch gar nicht gedacht.

Trotz der vielen Probleme können wir bereits heute sagen, daß die Straßen und der Autoverkehr in Moskau den Olympischen Spielen gewachsen sein



werden, was natürlich zum Erfolg der Olympiade 80 und zur festlichen Stimmung beitragen wird.

Dabei hat uns die gute Vorplanung, die Anlegung der olympischen Objekte und Hotels für Athleten und Gäste unweit der modernen Autostraßen sehr geholfen. Es sei gesagt, daß sich die olympische Bautätigkeit im Einklang mit dem allgemeinen Entwicklungsplan Moskaus abwickelte. Wo die Straßen den größeren Anforderungen nicht mehr entsprachen, wurden sie verbreitert und modernisiert, auch neue wurden angelegt. So wurde der Mitschurinski-Prospekt bis zum Olympischen Dorf weitergeführt, mehrere Abschnitte des Sadowoje-Rings und der Straße, die vom Stadtzentrum zum Flughafen Scheremetjewo führt, wurden verbreitert. An der Stelle einiger alter Häuserviertel wurden ein Stadion und ein Bassin errichtet, zu denen eine neue Hauptstraße — der Olympische Prospekt — führt.

In den Straßen sieht man jetzt vielsprachige, häufig piktographische Informationsschilder. Es hat sich erwiesen, daß Chauffeure auf diese Weise leichter den kürzesten Weg wählen und ihre Arbeit weniger ermüdend ist. Die alten Verkehrsschilder und Ampeln

tragte, die sozialen Folgen der zunehmenden Rüstungsausgaben und die sozialen Aspekte der Abrüstung zu untersuchen. Fast zwei Jahrzehnte sind inzwischen verstrichen, der Beitrag der ILO zur Abrüstung beschränkt sich aber bislang darauf, daß die IAA-Führung verkündet, sie wolle nach sozialer Gerechtigkeit in Frieden streben.

IAA-Generaldirektor Blanchard rief in seiner Rede vor der 66. Tagung dazu auf, „jede Initiative zur Verringerung der Spannung und zur täglichen Festigung des Friedens, zur Förderung von Gerechtigkeit und Fortschritt zu unterstützen, denen die Menschheit angesichts der wachsenden Befürchtungen fest verbunden bleibt“.

Solchen Worten aber muß die Tat folgen. Das ILO-Sekretariat sollte endlich nicht nur verbal zur Lösung der sozialen Probleme des Kampfes gegen das Wettrüsten, gegen die internationale Spannung beitragen. Hatte ja der WGB-Vertreter Zakaria allen Anlaß, Blanchard zu tadeln, weil sein Rechenschaftsbericht, „in dem er düstere Aussichten für die Beschäftigung in den 80er Jahren zeichnet, keine konkreten Schritte für die Abrüstung enthält, die zum sozialen Fortschritt beitragen könnten“. Die Werktätigen, die progres-

siven Gewerkschaften und die Vertreter der sozialistischen Staaten sind bereit, die ILO allseitig zu unterstützen. Von der Bedeutung der Entspannung und eines Abbaus der Rüstungsausgaben für den sozialen Fortschritt, von der Hilfe für die jungen Nationalstaaten sprach auf der Tagung als ihr Ehrengast Willy Brandt, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale. Doch wie gehabt konnte die 66. Tagung der Generalkonferenz wegen der Manöver reaktionärer Kräfte nicht die von den Gewerkschaften einiger sozialistischer Länder eingebrachte Resolution über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Abrüstung und über die Verwirklichung der Ziele der ILO-Sozialpolitik annehmen.

Die Tagung billigte eine Empfehlung für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der 500 Millionen älteren Werktätigen. Zuvor hatte man Fragen der Ausarbeitung international verbindlicher Normen für Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, über die gleiche Haltung gegenüber Werktätigen mit Familie, über die Verbesserung der Produktionssphäre und über die Verhütung von Berufskrankheiten erörtert.

Doch viele von der ILO gebilligte

Dokumente weisen schwerwiegende Mängel auf. Sie werden als Empfehlungen, nicht aber als Konventionen angenommen, die für die Teilnehmerländer verbindlich wären.

Noch negativer ist, daß das Arbeitsprogramm der ILO, u. a. die von ihr gebilligten Normen der Arbeitsbedingungen selten die Leistungen und Erfahrungen bei der Lösung sozialen Probleme in den sozialistischen Ländern zum Ausdruck bringt. Das gilt vor allem für die Frage der Beschäftigung, um deren Lösung sich der Kapitalismus schon nicht das erste Jahrzehnt bemüht. In den 60 Jahren ihres Bestehens ist die ILO im Grunde nicht darangegangen, international verbindliche Normen auszuarbeiten, die das Recht auf Arbeit, auf Beseitigung der Arbeitslosigkeit gewährleisten würden. Trotz der wiederholten Vorschläge der Vertreter der sozialistischen Staaten für die Ausarbeitung einer Konvention über das Recht auf Arbeit bleibt diese Frage weiter offen, weil sich reaktionäre Kräfte jeglichen Initiativen für neue internationale arbeitsrechtliche Normen entgegenstellen.

Die Tätigkeit der ILO kann im Interesse der Werktätigen, der internationalen Zusammenarbeit und des sozialen Fortschritts intensiviert werden, wenn sie von der Realität des Bestehens zweier unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme ausgehen wird. Vor allem gilt das für die Haltung der ILO gegenüber den demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten sowie den Menschenrechten. Allein durch offenbar mangelnde Objektivität lassen sich die schon seit zwei Jahrzehnten zu vernehmenden unbegründeten Beschuldigungen erklären, in den sozialistischen Ländern würden die ILO-Konventionen über die Vereinigungsfreiheit verletzt. Recht merkwürdig nehmen sich die Forderungen des US-Arbeitsministers aus, den „Kontrollmechanismus“ der ILO über die international verbindlichen arbeitsrechtlichen Normen zu verstärken, da ja die USA keine ILO-Konvention über die Grundrechte der Werktätigen ratifiziert haben. Zugleich wurde auf der 66. Tagung zu Recht konstatiert, daß das IAA und der ILO „Kontrollmechanismus“ ihre Möglichkeiten nicht nutzen, um in Chile, Uruguay und in anderen Diktaturen die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten wiederherzustellen.

Die erste Tagung der ILO-Generalkonferenz in den 80er Jahren hat deutlich gemacht, daß die Internationale Arbeitsorganisation ihre Tätigkeit weiter verbessern und ihre Struktur demokratisieren muß.

ind entfernt worden. Den Verkehr „regeln“ moderne Zeichen, die vom Standpunkt der Ergonomie und ästhetisch einwandfrei sind. Auch war es bei der Vorbereitung zur Olympiade von Bedeutung, die Straßen mit Fahrspuren zu versehen.

Im Ergebnis der getroffenen Maßnahmen brauchten wir den Verkehr, der nicht der Olympiade dient, nicht zu drosseln, wenn auch einige Massenreden im Westen uns solche Verkehrsregungen, nicht ohne Schadenfreude, prophezeiten. Es gibt natürlich Verkehrsbeschränkungen, aber sie beeinträchtigen die Interessen der Moskauer in keiner Hinsicht. So ist für die Zeit der Olympiade der Zustrom von Transportmitteln aus anderen Städten reduziert und ein rationeller Fahrplan für LKWs eingeführt worden. PKW- und Motorradfahrer wurden gebeten, während der Spiele nur im Notfall ihr Fahrzeug zu gebrauchen. Auch werden Chauffeuren, die mit dem Olympia-service nichts zu tun haben, möglichst kurze Umfahrwege angewiesen.

Der öffentliche Personenverkehr in Moskau ist gut organisiert, und die Hälfte davon bestreitet die Metro. Die Bus- und Obuslinien machen über 1500

Kilometer aus. Schon einige Monate vor der Olympiade wurde das Verkehrsnetz in Moskau merklich enger gestaltet, es kamen drei Bus- und ein Obus-Park hinzu.

Für die Olympiade sind sechs große Bus-Parks da und ein Taxi-Park für über 1000 Wolgas mit Funkverbindung. Neben den olympischen Objekten sind große Parkplätze eingerichtet. Die olympischen Verkehrsadern haben eine Reservebahn. Für reibungslosen Verkehr sorgen die erfahrenen Mitarbeiter der Staatlichen Automobilinspektion. Diese verfügt auch über Begleitgruppen, denen speziell ausgerüstete Patrouillewagen beigegeben sind. Die Begleitgruppen begannen ihre Arbeit, als das Olympische Feuer seinen Weg nach Moskau antrat, und werden während des olympischen Hochbetriebs im Einsatz bleiben.

Vor der Olympiade wurde der Moskauer Straßenverkehr ein übriges Mal auf Sicherheit geprüft. Die Organisiertheit und Disziplin der Fahrer und der Fußgänger hat zugenommen. Wir geben unseren Gästen grünes Licht.

Der Mekong, ein Helfer

Michail ILJINSKI

Die Völker haben dem Mekong, dem größten Gewässer Südostasiens, ganz verschiedene Namen gegeben: „Strom des Großen Drachens“, „Vater der Flüsse“, „Strom der neun Drachen“ und andere. Ich war viele Jahre in Indochina tätig und habe auf dem Mekong weite Strecken befahren: in Dschunken, Sampans, Motorbooten und Wachschiffen des Militärs. Auf Mekong-Inseln habe ich in Dörfern übernachtet, in Thailand und Laos Pirogenrennen zugesehen, habe beobachtet, wie sowjetische Piloten sich nach den Stromwindungen orientierten und zwischen den hohen Bergen den Flugplatz in Luang Prabang ansteuerten. Sie eskortierten Transportflugzeuge mit Treibstoff, Nahrungsmittern, Medikamenten und unentbehrlichen Gebrauchsartikeln.

Ich kenne den Mekong, wie er ruhig durch Kampuchea fließt, aber auch, wie er viele Kilometer weite Flächen überschwemmt. In der Zeit des Monsuns ist in seinem Delta in Südvietnam das andere Ufer nicht zu erkennen.

Der Vater der Flüsse ist ein fürsorglicher Ernährer und zugleich ein blindwütiger Zerstörer. Die gut 30 Millionen Bewohner von 600 000 km² an seinem Mittel- und Unterlauf, in Vietnam, Laos, Kampuchea und Thailand, stellt er vor schwierige Probleme. Um die enormen Energieressourcen nutzbar machen, wasserwirtschaftliche Anlagen sowie solche zum Schutz gegen Überschwemmungen bauen, den Zufluß von Meerwasser unter Kontrolle halten und bessere Schiffahrt- und Bewässerungsmöglichkeiten schaffen zu können, müssen die Anrainer sehr viel Mühe aufwenden und über ihre Landesgrenzen hinaus rege miteinander zusammenarbeiten.

Leider bemüht man sich nicht in allen Hauptstädten der Länder am Mekong um bessere Verständigung und engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. So hat Thailand neulich die am Mekong verlaufende Grenze zu Laos geschlossen und damit gegen die früher von den beiden Regierungen unterzeichnete Erklärung verstossen, den Mekong zu einer Grenze des Friedens und der guten Nachbarschaft zu machen.

Die Stromschnellen in Laos

Vor Jahren lernte ich in einem Vorort von Vientiane bei der Fähre

Thadea zwischen dem laotischen und dem thailändischen Ufer, wo sich jetzt ein Kontrollpunkt und ein Zollamt der VDR Laos befinden, den Holzhändler und Besitzer von LKW-Kolonnen und großen Schleppkähnen Bounthong Voravong kennen, der einer reichen Familie aus Savannakhet angehörte und dessen Geschäft florierte.

Nachdem am 2. Dezember 1975 die Republik ausgerufen worden war, verließ er das Land nicht wie viele Angehörige der Fianzoligarchie und der nationalen Bourgeoisie, sondern stellte sich in den Dienst der jungen Republik und akzeptierte die Wirtschaftspolitik der Volksmacht. Später traf ich ihn oft in Vientiane und Savannakhet. Er arbeitet mit Regierungsämtern zusammen, schließt mit ausländischen Firmen Kontrakte und inspiert einlaufende Ausrüstungen. Auf Angriffe der Reaktion versetzt er gewöhnlich: „Wie den Mekong, so kann man auch die Zeit nicht zur Umkehr zwingen.“ Seine Pfeife rauchend, sagt er:

„Ich möchte der Volksmacht soviel wie nur möglich dabei helfen, die Güter- und Passagierschiffahrt auf dem Mekong wieder in Schuß zu bringen. Früher war ich Kapitän und führte ein kleines Schiff über die Stromschnellen. Ich hoffe, bald wieder die Kapitänsmitze aufsetzen zu können.“

Von der chinesischen Grenze bis nach Luang Prabang fließt der Mekong, der viertgrößte Strom Asiens, durch enge Schluchten, über Stromschnellen und umbraust tückische Riffe und Felsbrocken. Es gehört viel Mut und Geschick dazu, hier Schleppzüge, Flöße und Sampans zu führen. Bei Vientiane schwillt der Mekong bereits an und wird zugleich ruhiger. In der Regenzeit tritt er hier 1–1,5 km weit über seine Ufer. Im Herbst und Winter dagegen wird er seichter, und am thailändischen Ufer ist er dann nur noch ein schmäler, grauer Streifen zwischen gelbem Sand und schütteren Sträuchern.

Aber flußabwärts, von der laotischen Hauptstadt bis nach Savan-

nakhet, ist der Mekong zu jeder Jahreszeit fast 500 km weit schiffbar. Das ist ungemein wichtig, denn Savannakhet liegt an einer Kreuzung strategischer Straßen: der Nr. 13, die über Kampuchea nach Vietnam, bis Ho-chi-Minh-Stadt, führt, und der Nr. 9 zur Pazifikküste und dann nach Da Nang. (Während der amerikanischen Aggression wurde auf der Chaussee Nr. 9 im Februar 1971 besonders erbittert gekämpft.)

Wenn die erste Bahnstrecke in Laos fertiggestellt ist, wird diese Stadt am Mekong als Umschlagspunkt und Handels- und Wirtschaftszentrum eine noch größere Rolle spielen. Auf dieser 500-km-Strecke wird man Frachten aus dem Hafen Da Nang befördern. Vorläufig gelangen sie auf dem Luftwege und auf Chausseen nach Laos. Dann aber werden die Transportmittel, die Bounthong für staatliche Aufträge stellt, noch mehr zu leisten haben, denn aus Savannakhet werden immer mehr Güter nach Vientiane geschafft werden müssen. Vorbereitungen dazu sind schon im Gange. Geplant sind der Ankauf von neuen Schiffen und Ersatzteilen, eine Verbesserung der Reparaturwerkstätten und die Ausbildung von Arbeitskräften.

Bounthong meint, er wird das



Eine vom Pol-Pot-Klüngel in Phnom Penh gesprengte Mekongbrücke

erste laotische Fahrgastschiff im September d. J. aus Savannakhet nach Vientiane führten. Vor dem zweiten Weltkrieg verkehrten Schiffe zwischen den beiden Städten. Alte Leute sagen, ein Raddampfer mit einem Schornstein habe die Strecke erstmalig 1930 zurückgelegt. Der Kapitän soll derselbe Franzose gewesen sein, der das Handelsschiff „Admiral Latouche-Tréville“ befehligte, mit dem Ho chi Minh 1911 Saigon verließ.

Von Savannakhet aus flußabwärts sind die Stromschnellen von Kham-

„Das Mekong-Projekt“ soll die komplexe Erschließung und Nutzung der Wasserressourcen des Mekong ermöglichen.

1957 wurde auf Vorschlag des UNO-Wirtschafts- und Sozialausschusses für Asien und den Pazifikraum (ESCAP) der Ausschuß zur Koordinierung der Forschungen und zur Nutzung des Bassins des unteren Mekong oder kurz der Mekong-Ausschuß gebildet.

Die grundlegende Änderung der Lage in Indochina durch den historischen Sieg der Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea gegen die Aggressoren hat die Grundlage für eine Konsolidierung der Zusammenarbeit zwischen den Ländern der Region geschaffen, u. a. bei der Nutzung der Ressourcen des Mekong. Anfang 1978 bildeten Vertreter von Laos, Vietnam und Thailand den Provisorischen Mekong-Ausschuß.

Der Ausschuß befaßt sich vor allem mit vier Hauptproblemen mit der Entwicklung der Hydroenergie, der Bewässerung, der Schifffahrt und der Kontrolle über Neugesitaltungen im Flußbecken.

Die Bewässerung ist von großer Bedeutung für die SRV. Vietnamesische Fachleute arbeiten an Projekten für die Entwicklung des Irrigationssystems, die dann vom Ausschuß finanziert werden.

Viel soll für die Navigation und die Errichtung von Dämmen getan werden, die die Strömung und die Wasserverhältnisse regulierbar machen sollen.

Jetzt wird die Verwirklichung des Planes für 1971–1980 abgeschlossen, der den Bau von 87 Hydroenergieläufen umfaßt. Das Langzeitprogramm für die kommenden 20 Jahre sieht weitere 17 Großkomplexe vor. Hauptobjekt in den 80er Jahren ist der Wasserbaukomplex Pa Mong mit Kraftwerksdamm, Stausee und Kanalsystem zur Bewässerung von 2,5 Mio Hektar in Laos und Thailand.

„Wir schätzen die Hilfe der UNO für unsere Arbeit hoch ein und meinen, daß diese Hilfe an die Gesamt- wie an die Einzelprojekte für jedes Land einen Beitrag zur Zusammenarbeit der Staaten am Mekong sowie zur Festigung von Frieden, Stabilität und Wohlstand in Südostasien leisten wird“, betonte Singkao Sokhotchoulnamany, Leiter der laotischen Delegation und amtierender Vorsitzender des Provisorischen Mekong-Ausschusses.



marat der Schifffahrt im Wege. Sie gehören zu den gefährlichsten im Mekong, unter dem brodelnden Wasser sind spitze Steine verborgen. Die Flussschiffer von Laos planen, zwischen 1981 und 1985 in einer sicheren Fahrrinne auch dieses Hindernis zu nehmen.

Dahinter ist der Mekong wieder schiffbar, er ist einige Kilometer breit. Bei der Grenze zwischen Kampuchea und Laos kommen wieder Stromschnellen. Zwischen den mit Gestüpp bestandenen Felsen bilden sich bis zu 15 m hohe Wasserfälle.

Der Strom teilt sich in zahlreiche Arme. Man muß wissen, welcher jeweils befahrbar bleibt. Bounthong meint, Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre wird ein regelmäßiger Schiffsverkehr zwischen Laos und Kampuchea möglich sein, wenn für Baken, einen verlässlichen Wetterdienst, Drainagearbeiten und ein System von Dämmen und Deichen gesorgt sein wird.

Morgen am Hau-Fluß

Foto: J. Tawrowski



11° nördlicher Breite

Nachdem der Mekong das gebirgige Laos verlassen hat, fließt er in Kampuchea zwischen dem 105. und 106. Längengrad und nimmt bei Phnom Penh, etwa auf dem 11. bis 12.° nördlicher Breite, seinen größten rechtsseitigen Nebenfluß, den Tonle Sap, auf. Hier wüteten noch unlängst die Pol-Pot-Banden. Sok Sim, Mitglied des Exekutivkomitees des Frauenverbandes für die nationale Rettung Kampuchea, hat mir erzählt, daß neun ihrer Angehörigen von den Soansroks, Agenten von Pol Pots Geheimdienst, bestialisch ermordet wurden. Man hört hier von Tausenden solchen Fällen.

Bestimmt wird einem von dem Gemetzel in Phnom Penh erzählt, das nach dem proamerikanischen Putsch General Lon Nols vom März 1970 angerichtet wurde. Ohne Ende schwammen damals auf dem Mekong Leichen vorbei. Im Nachtclub „Goldener Lotos“, der in den 60er Jahren auf einem Schleppkahn eingerichtet worden war, wurden Menschen bei Trommelwirbel die Bäuche aufgeschlitzt. Die steile Holztreppe zum Kai in Phnom Penh hinauf war rot von Blut.

Als Phnom Penh im Januar 1979 befreit wurde, sah ich den zerstörten, geschwärzten Schleppkahn noch am Ufer liegen.

Früher hatte ich öfter in dem Städtchen Neak Luong zu tun, das nur ein paar Dutzend Kilometer von Phnom Penh entfernt am Mekong liegt. Angler hatten in der Umgebung kleine Zeltlager aufgeschlagen. Als ich im Januar 1979 wieder dort war, konnte ich das Städtchen kaum wiedererkennen. Es hatte höchstens 100 Einwohner. Alle Häuser waren zerstört.

„Bevor sie von der Fähre abzogen, sperrten die Pol-Pot-Banden viele Einwohner in eine vermint Barakke. Mehrere Minuten dauerten die Explosionen. Dann wurde es totstill. Ich konnte mich im Röhricht verstecken, da wartete ich den Einzug der Befreier ab“, erzählte mir Rim, die Frau, die die Fähre bedient.

Und sie fuhr fort: „Ich habe den Soldaten erzählt, was hier eine Stunde vorher geschah. Wir begruben die zerrissenen Leichen.“

„Warum haben sie sie umgebracht?“ fragte mich ein Soldat.

„Weil sie nicht mit den Banditen zusammen abziehen wollten. Sie wollten auf die revolutionäre Armee warten.“

Jetzt verkehrt die Fähre regelmäßig, und die Häuser werden wieder aufgebaut. Vom frühen Morgen an sieht man Fischerboote auf dem Mekong. Nichts besonderes, aber unter der Pol-Pot-Clique war der Fisch-

fang verboten, jeder Fischer galt als „asoziales, nur auf seinen Vorteil bedachtes Element“. Die Boote draußen sind also auch ein Zeichen für die Rückkehr des Landes zum normalen Leben.

Aus Neak Luong fahren Boote und Schiffe mit Reis und anderen Nahrungsmitteln, landwirtschaftlichen Geräten und Fahrgästen nach Phnom Penh. Dank der Volksmacht ist der Mekong in Kampuchea den Menschen wieder ein tüchtiger Helfer.

Die Fähre bei Can Tho

An der Überfahrtstelle My Thuan überquerte die Fähre mit lautem Sirenengeheul den wasserreichen Hau Giang, einen der größten Arme am Unterlauf des Mekong. Hau bedeutet auch „unterer“. Wie kleine Inseln schwimmen Wasserpflanzen namens Beo vorüber. Vor noch nicht langer Zeit verbargen sich vietnamesische Partisanen in ihnen. Mit einem Schilfrohr zum Atmen im Mund gelangten sie, von den Pflanzen verborgen, über Gewässer und

befestigten Haftminen an feindlichen Schiffen.

Plötzlich gingen die Wellen hoch, ein starker Windstoß bauschte die Persenningen der LKWs.

„Wahrscheinlich ein Gewitterregen im Anzuge“, sagte ein älterer Mann neben mir und strich sich das schweißnaße Haar glatt. „Danach folgt die Regenzeit, die dauert ein halbes Jahr.“

Eine bleigraue Wolke schüttete ihren Segen aus. Alles ringsum begann zu dröhnen, besonders der Donner. Und dann wölbte sich über dem Hau Giang ein prächtiger Regenbogen.

Mir fielen folgende Worte von dem Missionar de Roth ein, der 1653 die erste Landkarte Vietnams anfertigte: „Es ist öde und traurig. Ohne Wasser hat hier keiner ein richtiges Leben.“

„Wer das Mekong-Delta, die Reiskornkammer, besitzt, der besitzt den ganzen Süden.“ Dieser Satz, der über Vietnam schon zu unserer Zeit geschrieben wurde, kennzeichnet sehr genau die wirtschaftliche Bedeutung des Deltas dieses Stroms der neun Drachen.

In der Provinz Hau Giang werden die Anbauflächen weiter ausgedehnt. In den letzten beiden Jahren sind 20 000 ha nutzbar gemacht worden, und auf 100 000 ha ernten die Bauern den Reis schon zweimal im Jahr. Le Duan, der Generalsekretär des ZK der KPV, besuchte Hau Giang und wies auf das enorme wirtschaftliche Potential der Provinz hin. In Zukunft werde sie viel für den Export produzieren, sagte er.

Auf dem Hau fahren Schleppzüge und Prahme mit Reis, Zuckerrohr und Obst nach Can Tho, der Provinzhauptstadt. Die kleinen Fähren sind veraltet, in den letzten Jahren sind sie durch 100-t-Schleppkähne ersetzt worden, die in Ho-chi-Minh-Stadt und Can Tho gebaut werden. Bei den mehr als 100 Reisschälereien der Stadt wird der Reis angeliefert.

Can Tho liegt an der Kreuzung wichtiger Wasserwege und Autostraßen im Mekong-Delta. An der Jahrhundertwende war es ein kleines Dorf, in der Mitte des Jahrhunderts aber war es bereits eine der größten Städte im Delta. Am 1. Mai 1975, am Befreiungstag, hatte sie 250 000 Einwohner. 25 breite Straßen empfingen damals die patriotischen Truppen. Der derzeitige Generalgouverneur, Nguyen Khoa Nam, erfuhr von seinem Adjutanten, daß Panzer der Befreiungsarmee in der Stadt sind, und nahm Gift. 30 000 Soldaten und Offiziere der Saigoner Armee, darunter vier Brigadegenerale, streckten die Waffen. Die Fahnen mehrerer Marionettendivisionen wurden vor dem Portal des höchsten Gebäudes der Stadt in den Staub geworfen.

Vom Dachgarten dieses Hauses hat man jetzt einen schönen Ausblick auf die Stadt, den Hau und den Hafen. In den Jahren seit der Befreiung hat sich der Kai verändert. Dort ist Ho chi Minh ein sechs Meter hohes Denkmal gesetzt worden.

Wie ein grüner Teppich dehnten sich am Mekong die Reisfelder. Jenseits von Can Tho, an der Überfahrtstelle My Thuan, erwartete uns wieder die Fähre. Bis Ho-chi-Minh-Stadt waren es noch ungefähr 170 km. Wieder sprang, als wir auf dem Hau Giang waren, ein Wind auf und stürzte Wassermassen herab: Die Regenzeit gab der Natur neues Leben.

BIOGRAPHISCHES

PRÄSIDENT DER REPUBLIK PERU

FERNANDO BELAUNDE TERRY



Geboren am 7. Oktober 1912 in Lima. Besuchte Hochschulen in Frankreich und in den USA. 1935 absolvierte er die Architekturfakultät der Universität Texas. 1936 kehrte F. Belaunde Terry nach Peru zurück, gründete die Zeitschrift „Arquitecto Peruano“

und lehrte Architektur an der Universität.

1943 trat er der Frente Democrático Nacional bei und wurde 1945 ins Parlament gewählt.

1956 gründete F. Belaunde Terry die Partei Acción Popular und übernahm deren Leitung. Für sie kandidierte er bei den Präsidentschaftswahlen 1956 und 1962, wobei er jeweils den zweiten Platz belegte. Bei den Wahlen 1963 wurde er Präsident. 1968 wurde er bei einem Militärputsch gestürzt. Bis 1977 USA-Emigration.

Nach seiner Rückkehr übernahm er wieder die Führung der Acción Popular, die die Rückkehr Perus zu einer Zivilregierung verlangte und damit den Wahlkampf führte. Bei den allgemeinen Wahlen am 18. Mai erhielt F. Belaunde Terry 45,3% der Stimmen (für die Direktwahl zum Präsidenten hätten 36% gereicht).

F. Belaunde Terry gab bekannt, er wolle die staatlichen Betriebe in vielen Zweigen vollständig oder teilweise reprivatisieren.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich möchte Ihnen meine Meinung zu den Maßnahmen der US-Regierung wegen des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan und wegen der Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR umwunden sagen. Ich finde, daß die amerikanischen Wissenschaftler, die es ablehnen, an Konferenzen in der UdSSR oder an gemeinsamen wissenschaftlichen Programmen teilzunehmen, im Recht sind. Auf diese Weise kann ihr Land wirksam beeinflußt werden, da es an wissenschaftlichen Kontakten mit dem Westen sehr interessiert ist.

James MORTON
Los Angeles, USA



Es
diskutiert
NZ-
Kommentatorin
Jelena
KNORRE

Weil Sie, geehrter Herr Morton, unsere Zeitschrift lesen, muß ich bekannte Fakten wohl nicht wiederholen, die beweisen, wie hofflos die an die UdSSR gerichteten Beschuldigungen ähnlich der Ihren sind.

Lassen Sie uns genauer betrachten, ob die Wissenschaftler, die unter dem Druck ihrer Regierung oder auch aus eigener Initiative abgelehnt haben, an Konferenzen oder Symposien in der UdSSR oder an gemeinsamen wissenschaftlichen und technischen Programmen teilzunehmen, damit richtig gehandelt haben. Die Programme erstrecken sich auf so wichtige Gebiete wie Medizin, Suche nach neuen Energiequellen und vollkommeneren Nutzungsmethoden der traditionellen Energiequellen, Erschließung des Kosmos, Umweltschutz — einschließlich gemeinsamer Aktionen zur Verhütung der Luft- und Wasserverschmutzung.

An einer Lösung dieser Aufgaben ist nicht, wie Sie sagen, nur die UdSSR ganz besonders interessiert, sondern auch die USA und die übrige Welt. Ich wage zu behaupten, daß die Menschheit auf die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit mit Hoffnung blickt, weil unsere beiden Länder über die größten wissenschaftlichen Potenzen in der Welt verfügen.

Nehmen wir als Beispiel die Medizin, die buchstäblich alle Menschen berührt. Seinerzeit wurden umfassende gemeinsame Forschungen geplant. Ich möchte aus einem offiziellen Bericht der

USA, der auf dem „Wissenschaftlichen Forum“ der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten im Februar/März dieses Jahres in Hamburg vorgetragen wurde, zitieren. Dieser Bericht wurde formuliert, bevor die US-Regierung die amerikanischen Wissenschaftler aufforderte, die wissenschaftlichen Kontakte zur UdSSR abzubauen, und drückt sicher die wahre Ansicht Ihrer Mediziner über die Zusammenarbeit aus. Darin heißt es u. a.:

Eine grundlegende Aufgabe des amerikanischen Gesundheitswesens bei der medizinischen Zusammenarbeit mit der UdSSR ist gewesen, ein Programm zu gewährleisten, daß sowohl beiden Ländern als auch der Gesundheit und dem Wohlergehen aller Menschen von Nutzen ist.

Nach Ansicht der amerikanischen Wissenschaftler gewährleistet das bilaterale Programm engere Kontakte mit sowjetischen Wissenschaftlern und Instituten und ermöglicht es, mit Fachliteratur und Therapieverfahren besser bekannt zu werden. Die Öffnung von Kanälen der Zusammenarbeit hat eine engere Koordination der Finanz- und wissenschaftlichen Ressourcen beider Seiten zu einer gemeinsamen Akkumulation wissenschaftlicher Erkenntnisse erleichtert.

... Seitdem das sowjetisch-amerikanische Programm für eine medizinische Zusammenarbeit 1972 angenommen wurde, hat sich diese, ursprünglich drei Gebiete umfassende Zusammenarbeit, auf sechs ausgedehnt: Krebs, Herzkrankungen, Umwelthygiene, Arthritis, Grippe und Augenkrankheiten.

... Heute beinhaltet das Programm 53 konkrete gemeinsame wissenschaftliche Projekte, die nach sorgfältiger Prüfung ihrer Möglichkeiten und nachdem beide Seiten eine effektive Zusammenarbeit fest zugesichert hatten, angenommen wurden. Über 450 Mal be-

suchten sowjetische Wissenschaftler die USA und 600 Mal amerikanische die UdSSR.“

Damit Sie, Herr Morton, nicht den Eindruck haben, daß diese Forschungsergebnisse nur für die UdSSR — und nicht auch für die USA — „von großem Interesse“ seien, möchte ich dafür einige Beispiele aus demselben Bericht anführen.

Ein amerikanischer Mediziner studierte in Moskau ein Präparat, das angewandt wird, um das bei einem Herzinfarkt befallene Gebiet zu verringern. Obwohl das Medikament in den USA bereits ein Jahr ausprobiert wurde, kamen die Forschungen langsam voran. Da bei uns durch das System der „Schnellen Hilfe“ solche Fälle zentral erfaßt werden, konnte der amerikanische Wissenschaftler Informationen über alle Herzinfarkte in der Stadt erhalten und deshalb seine Arbeit in weniger als drei Monaten abschließen. In den USA hätte er dafür Jahre gebraucht.

Oder nehmen wir die medikamentöse Heilung von Krebs. Wissen Sie, daß unsere Länder Krebs-Medikamente austauschen (61 USA-Präparate und 104 UdSSR-Präparate)? Wissen Sie, daß das sowjetische Präparat Florafur gegenüber dem entsprechenden amerikanischen Medikament wesentliche Vorteile hat, weil es weniger Nebenwirkungen wie Infoxikation des Gehirns, Obelkeit und Erbrechen verursacht? Wissen Sie, daß amerikanische Onkologen im Affenzoo von Suchumi kostenlos den Leukämievirus erhalten haben, den unsere Wissenschaftler den Affen mit menschlichem Serum eingeimpft hatten?

Meinen Sie nicht auch, daß die Barrieren für eine Zusammenarbeit vor allem dem wissenschaftlichen Fortschritt hinderlich sind und nicht nur beide Seiten, sondern die ganze Menschheit dabei verliert?

UNSERE RUSSISCH-SEITE

SCHLÜSSEL ZU LEKTION 12

Übung 2.

Выдвинуть идею
предложение
идею
Поддержать предложение

идей
выступить предложения
против урегулирования вопроса

идее
выступить предложение
за урегулирование вопроса

идее
предложение
отвергнуть урегулирование вопроса

Übung 3.

1. Выработать линию поведения — взять линию поведения
2. Уничтожение очагов напряженности — устранение очагов напряженности
3. Новый этап гонки вооружений — новый тур гонки вооружений.
4. Втягивание народов в новую войну — вовлечение народов в новую войну
5. Центр напряженности — очаг напряженности.

PS

Ohne Eichenlaub und Schwerter

Die „Newsweek“ teilt mit, daß das US-Verteidigungsministerium beschlossen hat, sechs Teilnehmern der unrühmlichen Operation im Iran, bei der angeblich die amerikanischen Geiseln befreit werden sollten, Medaillen zu verleihen. Da das Pentagon aber das „Unternehmen Adlerkralle“ als nicht militärisch, sondern als „humane Mission“ bezeichnet, verleiht es ihnen keine Kampfauszeichnungen. Wie die „Newsweek“ hinzufügt, machen sich viele Soldaten nichts aus solchen Auszeichnungen, weshalb diese nicht in einer öffentlichen Zeremonie überreicht werden.

Nachwehen von Montreal



Die Staatsanwaltschaft von Quebec (Kanada) hat für das Justizministerium dieser Provinz einen Bericht über viele Fälle von Korruption beim Bau der olympischen Objekte in Montreal abgefaßt. Einer der Stadtväter, Gerard Niding, baute sich auf Kosten der Firma, die mit seinem Dazutun einen fast 7-Mio-Kontrakt über den Bau des Stadions bekommen hatte, eine Villa im Wert von 160 000 Dollar. Erst als Niding vier Jahre später erfuhr, daß ihm die Justiz auf die Schliche gekommen ist, bezahlte er die Rechnung. Seine Rekordsumme

hat der stellvertretende Verkehrsminister von Quebec, Claude Rouleau, nicht erreicht. Der Chef der Baufirma zahlte ihm angeblich als Gewinn bei einer Wette 42 000 Dollar. Dazu schreibt die „Montreal Gazette“: „Ein abscheuliches Bild der Verrottung auf hoher Ebene.“

Rette sich, wer kann!



Die Bonner „Welt“ brachte ein Inserat, in dem behauptet wird, der 3. Weltkrieg habe bereits begonnen. Und weiter: „ÜBERLEBEN? JA. Eine Zufluchtsburg in einem neutralen Land, auf einem schönen Schloß wird Ihnen das sichere Exil gewähren, das Sie im Krisenfall benötigen werden. Diskretion Ehrensache.“ Es folgt die Nummer des Postfachs.

Ohne Frauen geht die Chose nicht

Das Wirtschaftsdepartement in Arizona (USA) hat noch eine Körperschaft auf die Liste der Arbeitgeber gesetzt, die Frauen nicht diskriminieren: den Ku-Klux-Klan. Er hat nämlich Schneiderinnen eingestellt, die 500 neue Kapuzenüberhänge nähen sollen.

Ein moderner Harun al Raschid

Unlängst ging die Geschichte von einem FBI-

Agenten durch die Welt- presse, der sich für einen milliardenschweren Scheich ausgab und so mehrere korrupte Gesetzgeber überführte. In einer harmlosen Variante hat sich die Sache jetzt in Frankreich wiederholt. Der Pariser Reporter André Bercoff, der fließend arabisch spricht, reiste im Auftrag der Zeitschrift „Actuel“ nach Bordeaux, stieg in einem Hotel ab und gab sich für einen Kuweiter Olscheich aus. In einem Stadtblatt rückte er eine Anzeige ein, eine Arab Corporation and Co. wolle in verschiedenen Unternehmen und Grundstücken investieren. In nur drei Tagen bekam Bercoff Angebote über rund 1,5 Md. Dollar: er solle mehrere alte Schlösser, Winzerien, das größte Hotel Südwestfrankreichs und einen Rüstungsbetrieb kaufen. Keiner zweifelte an der Echtheit des „Scheichs“, nicht einmal dann, als ihm bei einem Essen der falsche Bart abfiel.

Raumfahrt in eigener Regie



Manche Amerikaner finden, das Raumforschungsprogramm der USA werde zu stockend erfüllt. Der italienische „Corriere della Sera“ teilt mit, ein 63jähriger ehemaliger Seeoffizier, der Kalifornier Robert Truax, wollte nachhelfen und baute auf seinem Hof eine richtige Rakete. Er hat bereits vier Triebwerke für die 8 m lange Zigarre getestet und will sie, wie es heißt, demnächst auflassen, wobei seinen Nachbarn nicht ganz geheuer sein mag.

Gleichberechtigung wiederhergestellt



Einige Delegierte der in Blackpool abgehaltenen Jahrestagung der britischen Medizinergewerkschaft beantragten, einen Schönheitswettbewerb der Krankenschwestern zu veranstalten und für die Siegerin einen Preis von 50 Pfund Sterling auszusetzen. Viele Delegierte waren empört. Eine Schwester, Susan Rigby, erklärte: „Sie erniedrigen uns zu etwas, das zum Ansehen da ist, und beurteilen uns nicht nach unserer Intelligenz, sondern nach unserem Busenumfang.“ Um die Gerechtigkeit wiederherzustellen, wurde der Schönheitswettbewerb auch auf die Männer ausgedehnt.

Glück muß man haben

Der LKW-Fahrer Isao Onuki fand in der berühmten Ginza in Tokio ein schmutziges Päckchen mit 100 Mio Yen (etwa 1 Mio Mark) darin. Er lieferte das Geld bei der Polizei ab, sie konnte aber den Verlierer nicht ermitteln. Im Zusammenhang mit den kürzlichen Enthüllungen über die Korruption in Politikerkreisen folgert die Polizei, daß es sich um Schmiergeld handelt, das ein Politiker bekommen und aus Furcht, entlarvt zu werden, weggeworfen hat.

Zeichnungen:
V. Trintschenko

SOWJETISCHE WOCHENSCHRIFT „NEUE ZEIT“

kommentiert das Geschehen auf allen Kontinenten, berichtet über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die **NEUE ZEIT** bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die **NEUE ZEIT** erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, polnisch, tschechisch und arabisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (360 bfr.) — Librairie du Monde Enfant rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles.

Association Belge—URSS, 21 rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

BRD (22,00 DM) — Brücken-Verlag GmbH, 4 Düsseldorf 1, Ackerstraße 3 (Worringerplatz) Postfach 1928.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, 8 München 34, Postfach 68.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m. b. H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

DÄNEMARK (42,00 dkr.) — Akademisk Boghandel Universitetsparken, 8000 Aarhus-C.

— Sputnik International Import og Boghandel, Vester Voldgade 11, 1152, København K.

— Rhodos International Tidsskrifthandel, 36, Strandgade, DK 1401 København K.

DDR (12,00 M) — Deutsche Post und deren Zusteller sowie Zeitungsvertriebsamt, 1004 Berlin, Straße der Pariser Kommune 3—4

FINNLAND (29,00 fmk) — Akateeminen Kirjakauppa Postilokero 128, 00100 Helsinki 10.

— Kansankulttuuri Oy Simonkatu 8, 00100 Helsinki 10.

— Rautakirja Oy, PL 1, 01641 Vantaa 64

HOLLAND (18,00 hfl.) — „Pegasus“ Boekhandel, Leidsestraat 25, Amsterdam.

JUGOSLAVIEN (8255, Din.) — 11 000 Belgrad, „Jugoslavenska knjiga“, Terazije 27 II, soba 5.

— Prosveva Terazije 16 1.

— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ilica 30, Preradovicova 18.

— 6100 Ljubljana, „Drzavna Zalozba Slovenije“

Titovala cesta 25, P. O. B50-1

— „Cankarjeva Zalozba“, Kopitarjeva 2.

— 71 000 Sarajevo, „Veselin Maslesa“, S. Milutinovica 4.

— 91 000 Skopje, „Makedonska knjiga“, Ul. 11 Oktamvri bb.

KANADA (7,00 c\$) — Periodica Inc., C. P. 220, Ville Mont-Royal, P. Q H3 P 3C4.

— Progress Books, 71 Bathurst Street 3rd Floor, Toronto, ont., MSV 2P6.

LUXEMBURG (360 lfr.) — Messageries Paul Kraus, Case, Postale 2022, 5, rue de Hollerich Luxembourg-Gare.

NORWEGEN (42,00 nkr.) Tidsskrift Sentvalen Tanum A/S

P.O. Box 1177 Sentrum Oslo 1

— Norsk-Sovjetrussisk Samband, Boks 119, Ankertorget, Oslo 1

— A/S Narvesens Litteraturtjeneste, Bertrand Narvesens vei 2, Postboks 6140, Oslo 6.

ÖSTERREICH (60 ÖS) — „Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Traffnerhof 1, A-1010 Wien 1.

— Morawa und Co., Wien, Postfach 159. Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.

— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

POLEN (52 zł.) — „Ars Polonia“, Niederlassungen, Postämter und internationale Presse, und Büchersclubs.

SCHWEDEN (36,00 skr.) — Wenergren-Williams AB, Fack S-104 25 Stockholm 30.

— A.B.C.E. Fritzes Kungl. Hovbokhandel, P.O.B. 16356, S-10327 Stockholm 16.

— Gumperts Bokhandel AB, Södra Hamngatan 35, Göteborg.

— Almqvist & Wiksell Subscription Agency 26, Gamla Brogatan, Box 62, S-101, 20 Stockholm.

— Förbundet Sverige-Sovjetunionen, Katarinavägen 20, 1 tr. 116 45 Stockholm.

SCHWEIZ (20,00 sfr.) — Genossenschaft Literaturvertrieb, Cramerstraße 2 Ecke Zweierstraße, 8004 Zürich.

— Naville et Cie S.A. 5—7, rue Lévrier, 1211 Genève.

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J.-Rousseau, Genève.

— Pinkus et Cie Froschauagasse 7, 8001 Zürich.

— Reiher-Verlag. Postfach 3000. Bern 6.

TSCHECHOSLOWAKEI (62,40 Kčs) PNS-dovoz tisku; PNS dovoz hlače.

UNGARN (80 Ft) — Die Postämter.

USA (10,00 \$) Four Continent Book Corporation, 149, Fifth Avenue, New York, N. Y. 10010.

WESTBERLIN (22,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thieallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der obenangeführten Firmen einsenden.

Herr/Frau/Frl. Fa. Buchhdgl.

Name Vorname

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

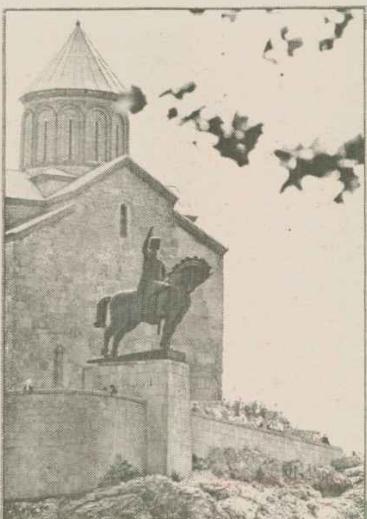
1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte entsprechendes ankreuzen Unterschrift

IM OBJEKTIV: PLANET ERDE



Ernst Hellner
(DDR) —
Spiel mit mir!



Alexander
Gustchin
(UdSSR) —
Im alten
Tbilissi

Wir veröffentlichen hier wie voriges Jahr Wettbewerbsbeiträge. Diese sind zum Wettbewerb 1980 eingesandt worden, und wir hoffen, daß sie zusammen ein gutes Bild vom Leben und von der Kultur verschiedener Völker wie auch von ihrem Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt geben.

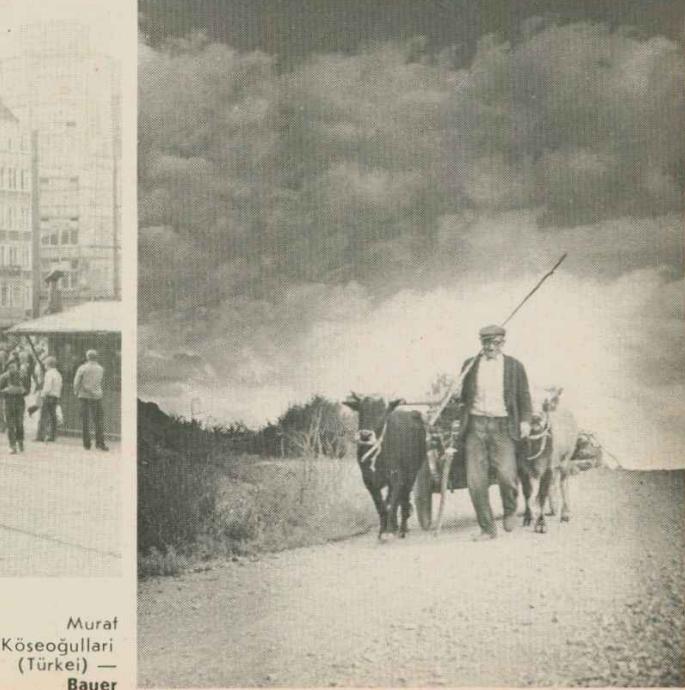
Wir danken allen Teilnehmern des Wettbewerbs und erinnern daran, daß die Sieger Preise zu erwarten haben.



Felix Sinko
(UdSSR) —
Straßenmusi-
kanten in
Australien



W. Hackmann (BRD) — Antifaschistische Demonstration



Murat
Köseoğulları
(Türkei) —
Bauer